



Landtag von Baden-Württemberg

5. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 8. Juni 2016 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Schluss: 14:59 Uhr

INHALT

| | |
|--|-----------|
| Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin | 35 |
| 1. Aussprache über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten | 35 |
| Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD | 36 |
| Abg. Andreas Schwarz GRÜNE | 46, 82 |
| Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU | 50, 84 |
| Abg. Andreas Stoch SPD | 56, 78 |
| Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP | 64, 79 |
| Ministerpräsident Winfried Kretschmann | 72 |
| Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE (zur Geschäfts- ordnung) | 86 |
| Abg. Emil Sänze AfD | 87 |
| 2. Antrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der AfD, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Einsetzung einer Geschäftsordnungskommission – Druck- sache 16/57 | 89 |
| Beschluss | 89 |
| Nächste Sitzung | 89 |

Protokoll

über die 5. Sitzung vom 8. Juni 2016

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 5. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Krankgemeldet sind heute Frau Abg. Saebel, Herr Abg. Dr. Scheffold sowie Herr Abg. Walter.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztätig Frau Staatssekretärin Dr. Splett und ab 12:30 Uhr Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vervielfältigt vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 12. Februar 2016 – Gesetz zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge; hier: Bericht des SWR über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2014 bis 2017 – Drucksache 15/8088

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung der Landesregierung vom 5. April 2016 – Jährliche Unterrichtung des Landtags gemäß § 23 a Absatz 10 Polizeigesetz (PolG) über den erfolgten Einsatz technischer Mittel mit Bezug zur Telekommunikation – Drucksache 15/8109

Überweisung an den Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration

3. Mitteilung der Landesregierung vom 6. April 2016 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Kulturwirtschaft in Baden-Württemberg – Drucksache 15/8110

Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

4. Mitteilung der Landesregierung vom 12. April 2016 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksache 15/8112

Überweisung an den Ausschuss für Europa und Internationales

5. Mitteilung der Landesregierung vom 15. April 2016 – 20. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten – Drucksache 15/8118

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

6. Mitteilung der Landesregierung vom 7. Juni 2016 – Information über Verwaltungsabkommensentwürfe; hier: Verwaltungsvereinbarungen zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 91 b Absatz 1 des Grundgesetzes

– zur Förderung von Spitzenforschung an Universitäten – „Exzellenzstrategie“

– über ein Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

– zur Förderung des forschungsbasierten Ideen-, Wissens- und Technologietransfers an deutschen Hochschulen – „Innovative Hochschule“

Drucksache 16/62

Überweisung vorberatend an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst und federführend an den Ausschuss für Finanzen

7. Schreiben des Verfassungsgerichtshofs vom 3. März 2016, Az. 1 GR 21/16 – Normenkontrollverfahren gegen das Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich, soweit es keinen Ausgleich für die Betrauung der Landratsämter mit der Umsetzung von naturschutzrechtlichen Managementplänen vorsieht

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

8. Schreiben des Verfassungsgerichtshofs vom 12. April 2016, Az. 1 VB 15/16 – Verfassungsbeschwerde gegen die §§ 10 und 23 des Privatschulgesetzes und Nummer 12 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe f der Vollzugsordnung zum Privatschulgesetz über die Anforderungen an die wissenschaftliche Ausbildung von Lehrkräften an Ersatzschulen

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

9. Schreiben des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 18. Mai 2016 – Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Finanzrichter beim Finanzgericht Baden-Württemberg; hier: Wahl der Vertrauensleute und deren Vertreter durch den Landtag

Überweisung an den Ständigen Ausschuss mit dem Auftrag, die Wahl der Vertrauensleute und deren Vertreter durchzuführen

*

Damit treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aussprache über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Das Präsidium hat für die Aussprache freie Redezeit festgelegt. – Wir treten damit in die Aussprache ein.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Ich erteile das Wort Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Meuthen.

(Beifall bei der AfD)

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mehr als 809 000 Menschen in Baden-Württemberg haben am 13. März dieses Jahres bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg der Alternative für Deutschland ihre Stimme gegeben und haben uns mit 15,1 % der Stimmen in den Landtag gewählt. Das ist der Grund, warum ich überhaupt heute hier vor Ihnen stehe, als Fraktionsführer der größten Oppositionspartei im Landtag und somit – zum größten Verdruss manch anderer – als Oppositionsführer im Hohen Haus.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Oppositionsführer? Das muss man sich verdienen! – Gegenruf von der SPD: So ist es!)

Ich möchte meine allererste Rede in diesem Hohen Haus damit beginnen, mich bei diesen mehr als 800 000 Menschen, die uns als neuer, erstmals zu einer Landtagswahl im Südwesten antretenden politischen Partei ihr Vertrauen geschenkt und uns gewählt haben, von Herzen für diesen Auftrag zu bedanken. – Danke, dass Sie uns gewählt haben.

Dieses Wahlergebnis als politisches Erstlingswerk erfüllt uns alle, meine ganze Fraktion, mit großem Stolz. Wir haben uns gegen alle Widerstände, gegen Verleumdungen, gegen Behinderungen der vielfältigsten Art durch unsere Konkurrenten, sogar durch manche gewalttätige Attacke, durchgesetzt.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Mehr als 800 000 Wähler haben sich nicht in die Irre führen lassen durch die ganzen uns angehängten, grundfalschen Attribute, wir seien womöglich Rassisten,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Worüber wollen Sie sprechen?)

gefährliche Rechtsextreme, Ausländerfeinde und was die Konkurrenzparteien sonst noch für absurde Verdrehungen über uns in die Welt hinausposaunt haben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Welche Verdrehungen? – Zuruf: Es geht um die Regierungserklärung! – Weitere Zurufe von den Grünen und der SPD)

– Ich komme noch zur Regierungserklärung.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Hat Ihnen eigentlich jemand die Tagesordnung gezeigt?)

– Ja.

(Zurufe)

Sie haben eben genauer hingeschaut und erkannt, dass wir es sind, die für echte Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

(Beifall bei der AfD – Lebhafter Widerspruch – Zurufe)

und für die Respektierung des Bürgerwillens eintreten.

(Unruhe)

Dieser Mut und diese Entschlossenheit haben uns aus dem Stand auf 15 % der Wählerstimmen katapultiert.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein, eure inhaltliche Qualifikation! – Gegenruf: Genau!)

– Exakt, Herr Rülke, exakt. – Dieses Wahlergebnis ist uns Auftrag, Bürde und Verpflichtung, doch alles in einer Weise, der wir uns gern stellen und der wir in der parlamentarischen Arbeit gerecht zu werden gedenken.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das merkt man ja!)

– Sie werden das noch merken, verlassen Sie sich darauf. – Vor allem werden wir nun, da wir im Parlament angekommen sind, nicht einknicken und nicht so werden wie die Vertreter der vier anderen Parteien, die in diesem Hohen Haus vertreten sind.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da besteht keine Gefahr!)

Sie haben sich zuvor in dieser Existenz, wie wir als Novizen schon lernen durften, trefflich zum eigenen Wohl eingerichtet. Ich komme darauf gleich zu sprechen. Es wird nun ungemütlicher für Sie werden, verehrte Kollegen von Grünen, CDU, SPD und FDP/DVP.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Im Moment ist es ungemütlich für Sie! – Gegenruf von der AfD: Rülke tut auf liberal!)

– Herr Rülke, wie wäre es denn, wenn Sie nicht jeden meiner Sätze mit einem Zwischenruf kommentieren würden?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jeden nicht, nur die, bei denen es mich reizt! – Zuruf: Das ist keine Hochschule! – Weitere Zurufe)

– Ja, es reizt Sie ständig. Ich komme gleich auch noch zu Ihnen.

Parlamentarische Neulinge nehmen den Wählerwillen gern weitaus ernster, als Sie sich das offenbar überhaupt noch vorstellen können, und das wird noch manchen Rechtfertigungsdruck bei Ihnen auslösen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist ziemlich unverschämt für Ihre erste Rede, das muss ich schon sagen!)

– Warten Sie es ab. Ich bin nicht hier, um brav zu sein.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Es geht nicht um brav, sondern um Anstand! – Gegenruf von der AfD)

Eine letzte kleine Vorabmerkung aus gegebenem, aktuellem Anlass – –

(Zurufe, u. a. des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Zum Thema Anstand und zu Ihrer Partei komme ich gleich auch noch, warten Sie es doch einfach ab. „Anstand und SPD“ ist ein interessantes Thema, fürwahr.

(Beifall bei der AfD – Zuruf: Dreckschleuder!)

(Dr. Jörg Meuthen)

Nun aber eine letzte kleine Vorabbemerkung aus gegebenem, aktuellem Anlass in Sachen meiner eigenen Partei: Auch der neueste Versuch der Verunglimpfung seitens unserer politischen Gegner, nämlich der Versuch, uns nun mit der Antisemitismuskeule zu beschädigen,

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Zurufe)

wird scheitern und in sich zusammenbrechen.

(Beifall bei der AfD – Zurufe: Jawohl! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Worüber haben Sie denn gestern debattiert? – Weitere Zurufe)

Es ist so, wie ich es bereits mehrfach klar und deutlich gesagt habe: Antisemitismus hat in meiner Partei keinen Platz.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Martin Rivoir SPD: Da sitzt einer! – Zurufe)

Das ist so, und das wird auch immer so bleiben.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das wird bei einem Blick in Ihre Reihen sehr deutlich! – Zuruf von der AfD – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das müssen Sie erst noch beweisen! Da sitzt er, mittendrin! – Weitere Zurufe)

Im Gegenteil – Herr Schmid, Sie machen gerade so weiter wie im Wahlkampf; Sie lernen einfach nicht.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Im Gegenteil: Wir stehen dem jüdischen Glauben offen und ohne jede ablehnende Haltung gegenüber.

(Zurufe)

Wir bejahen wie jede andere Partei in diesem Haus ohne jede Einschränkung das Existenzrecht Israels und sind uns unserer besonderen, aus dem dunkelsten Kapitel unserer deutschen Geschichte erwachsenen Verantwortung zur Verteidigung Israels wie gegenüber den weltweit lebenden Juden vollständig bewusst.

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

Alles andere verbietet sich – für Sie wie für uns.

Es ist übrigens in diesem Kontext vielleicht auch mehr als nur eine Fußnote, darauf hinzuweisen, dass wir unter unseren Wahlkreiskandidaten für den Landtag auch zwei Kandidaten jüdischen Glaubens hatten.

(Beifall bei der AfD)

Das wäre ja doch etwas sonderbar für eine Partei, die angeblich antisemitisch unterwegs ist. Nein, liebe Kollegen! Auch dieser Anwurf mit dem alleinigen Ziel, uns als neue und höchst lästige Konkurrenz alsbald wieder loszuwerden, ist zum Scheitern verurteilt.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Also machen Sie nur, wenn Sie meinen, das sei der richtige Weg, uns wieder loszuwerden.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie werden sich selber los!)

Sie werden sich erneut irren. Wohlan denn!

Nun lassen Sie mich zu meiner Antwort auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten kommen.

(Zurufe)

Nun ja, es ist gar nicht so einfach, darauf einzugehen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das glaube ich! Ja! – Zuruf von der SPD: Wieso?)

Denn was soll man eigentlich replizieren auf diese inhaltsleere Aneinanderreihung von Schlagworten,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

die daherkam wie eine entschieden zu lang geratene Twitter-Botschaft? Sicher, wieder einmal sehr staatstragend vorgetragen mit der ernstesten, großväterlichen Miene, die manch einer, der sich dadurch von den fehlenden Inhalten ablenken lässt, an unserem Ministerpräsidenten so schätzt. Nichtsdestotrotz fiel es mir beim zähen Zuhören schwer, all die hohlen Phrasen, die Sie verwendet haben, nicht mitzuzählen. Und über allem stand für mich die Frage: Hat dieser Mann eigentlich einen Plan? Hat er eine Vision?

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Was versteht ein Herr Kretschmann eigentlich, ins Konkrete gewendet, unter dem Begriff „Verantwortung“, mit dem er seine Ausführungen letzte Woche begonnen hat?

(Beifall bei der AfD)

Etwa, sich zwei Tage nach einem der verheerendsten Unwetter, die unser Land seit Langem gesehen hat, die passenden Gummistiefel zu seinem überteuerten Anzug überzustreifen und, bestens choreografiert und von zahllosen Kameras begleitet,

(Unruhe)

einmal Katastrophen-Sightseeing in Braunsbach zu betreiben,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Peinlich!)

natürlich anlassgemäß die besorgte Miene des erschütterten Landesvaters aufsetzend? Gelernt ist gelernt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist einfach nur peinlich! – Zuruf von den Grünen: Das ist Ihr Niveau!)

Und dann der ultimative Fauxpas: Mit dieser Miene teilt er den von dem Unwetter furchtbar getroffenen Bürgern, die fast alles verloren haben und vor den Trümmern ihrer Existenz stehen, erst einmal mit – Zitat –: „Wir können jetzt nicht wie früher der Kaiser mit dem Geldsack hierherkommen und das Geld irgendwie verstreuen.“

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

(Dr. Jörg Meuthen)

Das ist an Gleichgültigkeit, an Empathie- und Taktlosigkeit wirklich nicht zu überbieten.

(Beifall bei der AfD)

Die Bürger unseres Landes müssen also lernen, meine Damen und Herren:

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Da klatscht nicht mal Ihre Fraktion!)

Während für echte wie auch für nur vermeintliche Flüchtlinge aus fernen Ländern, die zu nicht geringem Teil illegal und unkontrolliert in unser Land einreisen, ad hoc Hunderte von Millionen bereitgestellt werden –

(Zuruf von der AfD: Jawohl! Richtig!)

spricht: hier kann der Kaiser mit dem Geldsack offenbar sehr wohl und sehr schnell daherkommen; nur am Rande: woher kommt dieses Geld eigentlich, und wer hat es erwirtschaftet? –, fehlt für den Fall, dass die eigene Bevölkerung von einer schweren Katastrophe getroffen wird, genau die Empathie, die man Migranten aus fernen Ländern offenbar undifferenziert und auch unlimitiert entgegenbringt.

(Beifall bei der AfD)

Das ist ein Skandal eigener Art und wirft ein bezeichnendes Licht auf das krude Verständnis von Verantwortung, das Herr Kretschmann und die Seinen aufbringen, meine Damen und Herren.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Unglaublich! Unglaublich! – Weitere Zurufe von den Grünen)

Völlig zu Recht brach daraufhin ein Sturm der Entrüstung los.

Nun hat Herr Kretschmann ja auch gut bezahlte Mitarbeiter, die derlei sogleich aufgeschreckt wahrnehmen. Flugs beschließt darauf die Landesregierung, dass auf einmal doch 2 500 € Soforthilfe pro Haushalt drin sind. Chapeau! Da haben Ihre Berater aber gerade noch die Kurve gekriegt, Herr Kretschmann.

(Beifall bei der AfD)

Schön, wenn man den Staatssäckel dazu nutzen kann, seine eigenen PR-Desaster wieder auszubügeln.

Wissen Sie eigentlich, was die AfD-Abgeordneten aus den betroffenen Wahlkreisen stattdessen gemacht haben? Die haben ihre Anzüge zu Hause gelassen und haben einige Tage vor Ort bei den Aufräumarbeiten geholfen,

(Beifall bei der AfD)

übrigens schon, bevor der Herr Ministerpräsident mit seiner Entourage sich vor Ort blicken ließ.

(Abg. Raimund Haser CDU: Das haben die Syrer auch gemacht!)

Kollege Udo Stein – da sitzt er – hat einfach ein paar Parteifreunde zusammengetrommelt, und dann wurde spontan und tatkräftig angepackt. Und als man gesehen hat, dass die Opfer dieses schrecklichen Unwetters auch finanzielle Hilfe be-

nötigen, haben unsere Abgeordneten flugs den Verein „AfD hilft“ gegründet, um Geld für die Betroffenen zu sammeln. Da sind mittlerweile knapp 10 000 € zusammengekommen. So sieht schnelle und unbürokratische Hilfe aus.

(Beifall bei der AfD)

Das ist Bürgersinn und wahrgenommene Verantwortung, Herr Ministerpräsident.

Und weiter: Was versteht Herr Kretschmann unter Nachhaltigkeit, die ihm ja so wichtig zu sein scheint, dass es der seit Jahren abgedroschene Begriff sogar in den Titel seiner Rede geschafft hat? Ist es denn nachhaltig, den erst 51 Jahre alten Stuttgarter Regierungspräsidenten Johannes Schmalzl sowie den 55 Jahre alten Tübinger Regierungspräsidenten Jörg Schmidt mit goldenem Spazierstock in den einstweiligen Ruhestand zu schicken

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Jawohl! Verschwender!)

und beide Stellen künftig mit einem Grünen bzw. einem CDU-Politiker zu besetzen, nur weil die bisherigen Stelleninhaber einfach nicht das richtige Parteibuch haben? Ist das nachhaltig?

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Genau!)

Und ist es nachhaltig, im gleichen Augenblick zu verkünden, dass in den kommenden Jahren bei den einfachen Landesbeamten gespart werden soll? Ich muss Ihnen sagen: Ich habe da ein anderes Begriffsverständnis.

(Beifall bei der AfD)

Aber vielleicht sollte ich ja gar nicht so hart Ihnen gegenüber sein, Herr Kretschmann. Sie haben es nun – das sei konzediert – auch wahrlich nicht leicht. Schließlich musste man sich direkt nach Ihrer Wahl fragen, wer Ihnen da gleich von Beginn an die Gefolgschaft verweigert. Was ist denn das für ein Start in eine Regierungskoalition, wenn das Regierungslager aus 89 Abgeordneten besteht, Sie dann aber bei der Wahl zum Ministerpräsidenten schon nur mit 82 Stimmen gewählt werden? Die dröhnende Stille der langen Schrecksekunde nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses haben wir wohl alle mitbekommen.

(Beifall bei der AfD)

Sie sprach – und sie spricht noch – Bände. Der Rückhalt, auf den Sie in dieser Konstellation bauen müssen, ist fragiler denn je. Es darf gerätselt werden, wer Ihnen denn da in nicht ganz kleiner Zahl die Gefolgschaft verweigerte.

Gehen wir doch einmal davon aus, dass die Probeabstimmungen in den Regierungsfractionen ein ganz gutes Bild zeichnen. Dann haben Sie ein nicht ganz geringes Problem mit Ihrem Koalitionspartner CDU – oder Teile dieser Fraktion mit Ihnen, oder beides. Da konnte Ihr stellvertretender Ministerpräsident Strobl gleich zu Beginn, bei der allerersten Abstimmung, schon nicht Wort halten. Nur zu gern hätte er wie angekündigt die Stimmen aller Mitglieder der CDU-Fraktion mitgebracht. Allein, die Fraktion, die widerspenstige, sie folgt ihm nicht.

(Dr. Jörg Meuthen)

Das nimmt bei etwas genauerem Hinsehen auch nicht wirklich wunder, weder inhaltlich noch personell. Wir haben es bei den Restbeständen der einstmaligen stolzen CDU-Fraktion ja doch mit einer tief in sich gespaltenen Gruppierung zu tun. Da gibt es nämlich durchaus einige, die sehr ernsthaft gern noch eine wirklich konservative und freiheitliche Politik betreiben würden

(Beifall bei der AfD)

und die sich nun als Anhang eines grün dominierten und determinierten Koalitionsvertrags fremd in der eigenen Partei fühlen und daher trotz der Gefolgschaft verweigern. Ärgerlich für die Machtgelüste eines aus Berlin eingeflogenen Thomas Strobl. Aber so sind sie, die heutigen Dinge in der 28-%-Partei CDU.

(Lachen des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Ein kleiner Hinweis am Rande: Vielleicht liegt es ja an den Inhalten. Es hat in der CDU eine schon bemerkenswerte Tradition, nach dem Wahlabend inhaltliche Positionen einfach zu vergessen. Kann sich noch jemand erinnern – ich jedenfalls kann das –, wie lautstark die CDU im Wahlkampf gegen den Bildungsplan gepölkert hat und das Bild eines daraus resultierenden Untergangs des Bildungsbürgertums geradezu heraufbeschworen hat? Und jetzt, liebe Kollegen, sind Sie in Regierungsverantwortung. Stimmt das? Wie stehen Sie denn nun zum Bildungsplan? Wir haben da einige Fragen an Sie. – Aber alles zu seiner Zeit.

Also regieren Sie mal munter los, verehrter Herr Ministerpräsident und Herr stellvertretender Ministerpräsident. Wir von der Opposition freuen uns auf noch manches überraschende Abstimmungsergebnis in den vor uns liegenden Jahren der neuen Legislaturperiode.

(Beifall bei der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Da sind die Ergebnisse ja dann auch öffentlich!)

Für die anderen Parteien hier im Landtag war diese Ministerpräsidentenwahl ja bereits ein trefflicher Grund zu vergnüglichem Tuscheln. Ich konnte das von hier aus beobachten. Ich blicke ja genau auf die Kollegen von der SPD.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie haben ja auch sonst nichts zu tun!)

Nun ja, es sei insbesondere der SPD gegönnt, dass sie auch mal wieder was zum Schmunzeln hat. Sonst ist da ja nicht mehr viel, worüber Sie sich in der neuen Fraktionsstärke noch amüsieren könnten, nicht wahr, Herr Schmid?

(Beifall bei der AfD)

Das war aber auch eine Leistung von Ihnen, die SPD in einer beispiellosen Performance von der Regierungsbank aus derart zu versenken.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Wo sind die politischen Inhalte?)

Dabei dachten Sie, Sie machen alles richtig, indem Sie Ihnen – –

– Wollen Sie mir von politischen Inhalten erzählen? Diese habe ich in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten aber gehört vermisst. Das finde ich jetzt interessant.

(Beifall bei der AfD)

Ich habe bei der Regierungserklärung von Herrn Kretschmann bald 60 Minuten auf politische Inhalte gewartet. – Dabei dachten Sie wohl, Herr Schmid, Sie machen alles richtig, indem Sie Ihren Vorgesetzten und Regierungspartner in Sachen Inhalts- und Konzeptlosigkeit einfach imitieren. Das ging mal richtig schief.

Vielleicht liegt es ja auch daran, dass bei Ihnen von der SPD zusätzlich auch noch jeglicher Stil fehlt. Ja, nicht einmal elementare zwischenmenschliche Höflichkeit ist manchen von Ihnen gegeben.

(Beifall bei der AfD)

Ich habe das im Wahlkampf an den letztlich nur selbstbeschädigenden Herabwürdigungen meiner Person durch Nils Schmid erlebt. Nun geht das im neuen Landtag gerade so weiter.

Herr Drexler,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Sie sollten da noch ein wenig an sich arbeiten.

(Beifall bei der AfD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: An was? – Vereinzelt Heiterkeit)

Einer Dame, die einem freundlich die Hand zur Begrüßung reicht, sollte man den Handschlag nicht verweigern –

(Beifall bei der AfD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Egal, was sie denkt? – Abg. Reinhold Gall SPD: Für Showveranstaltungen stehen wir nicht zur Verfügung! – Weitere Zurufe – Unruhe)

auch, wenn man ihre Ansichten ganz und gar nicht teilt. Das gehört zu den elementaren Grundregeln menschlichen Anstands.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Lebhaftes Zurufe)

Ein wenig Lektüre des Knigge täte hier bitter not – falls Ihnen dieses Buch überhaupt bekannt ist.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! Ihnen sind einige Bücher Ihrer Mitglieder nicht bekannt! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sie denken Antisemitismus! – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Völlig korrekt!)

– Darüber werden wir dann morgen sprechen.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Wiewohl ja doch nur Vertreter einer marginalen Partei und Fraktion im Hohen Haus, will ich doch den geschätzten Kollegen Rülke – da er mich so gern anspricht – nicht unerwähnt lassen.

(Lachen des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

(Dr. Jörg Meuthen)

Er redet ja seit einiger Zeit so furchtbar gern über mich – da will ich nicht unhöflich sein und ihm auch einmal die Ehre erweisen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Eijejei! – Abg. Reinhold Gall SPD: Was für eine Arroganz!)

Lieber Herr Kollege Rülke, Ihre Schauergeschichten nehme ich gelegentlich ja durchaus amüsiert zur Kenntnis. Vor allem die volksschauspielerhafte Attitüde Ihrer Einlassungen, in der Sie sich etwas allzu offenkundig selbst zu gefallen scheinen,

(Zuruf des Ministers Winfried Hermann)

ist possierlich anzuschauen. Es erinnert mich zuweilen ein wenig an Darbietungen der Volksschauspieler auf der Freilichtbühne Ötigheim –

(Zuruf von den Grünen: Inhalte bitte!)

etwas deplatziert in der politischen Arena, aber sei's drum; jedem das Seine.

Für Sie und, wie ich gerade wieder erlebe, für etliche andere Kollegen offenbar auch sind wir von der AfD

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Das ist keine Antwort auf eine Regierungserklärung!)

offenbar so etwas wie die Ausgeburt der Hölle.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein! Das wäre zu viel der Ehre! – Vereinzelt Heiterkeit)

Unser Menschen- und Familienbild ist etwa für Sie und Ihre Parteifreunde vorgeblich – –

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sie denken Antisemitismus! Das ist Ihr Problem!)

– Wie oft wollen Sie das Wort eigentlich hineinrufen? Sie haben die Vokabel artig gelernt. Wie oft wollen Sie sie hier heute eigentlich noch bringen, Herr Schmid?

(Beifall bei der AfD – Lachen – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Bis Sie es kapiert haben! Wir werden Ihnen nicht das Feld überlassen! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

– Ich lasse mich von Ihnen doch nicht irritieren.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Offensichtlich schon! Sonst hätten Sie ja nicht reagiert! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Bei Ihrer Vorlesestunde kann man sich auch kaum irritieren lassen!)

– Ja.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir sind hier nicht in der Universität!)

– Vielleicht wollen Sie sich einfach beruhigen, und dann rede ich in Ruhe weiter. Das ist ja schon interessant hier.

Also: Unser Menschen- und Familienbild ist für Sie und Ihre Parteifreunde vorgeblich ein stetiger Grund zur Empörung.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sterbenslangweilig, was der Mann hier vorträgt! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Antisemitismus! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist angestaubt!)

Homophob seien wir und zu sehr auf traditionelle Rollenverteilung fixiert – dabei wollen wir doch nichts anderes, als der fortgesetzten, staatlich begünstigten Entwertung von Ehe und Familie, die hier betrieben wird, endlich etwas entgegenzusetzen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ach so!)

Wir wollen, dass Familien nicht mehr durch zu hohe Steuern und Abgaben daran gehindert werden, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es wollen.

Da recherchiere ich ein bisschen und stelle fest: Mensch, der Rülke ist ja auch so ein Familienmensch – fast gar einer von uns.

(Heiterkeit – Oh-Rufe – Minister Peter Hauk: Na, so ein Schlechter ist er nicht! – Zuruf von der SPD: Das hat er nicht verdient!)

Bei ihm geht die Liebe zur Familie sogar so weit, dass er – Zitat – „andere Lebensformen als tolerabel, aber nicht gleichwertig“ bezeichnet. Das brachte ihm dann sogar parteiintern den unschönen Homophobievorwurf ein. Denn „seine Äußerungen zur Minderwertigkeit gleichgeschlechtlicher Beziehungen seien Sand im Getriebe der neuen FDP“. – Herr Rülke, was werfen Sie uns noch einmal vor?

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Angestaubt!)

– Dann recherchieren Sie einmal bei sich selbst.

(Beifall bei der AfD)

Daneben war kürzlich auf Ihrer Facebook-Seite zu lesen, dass der „Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen“ gelöst werden müsse.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So ist es! Sie sind da aber kein Beitrag!)

Denn dann verschwinde auch das „Phänomen der Neuen Rechten“. Ich gehe jetzt einmal davon aus, dass Sie sich für die hehre Mission für geeignet halten. Einmal ehrlich, Sie müssen da irgendwie an Realitätsverlust oder so etwas wie Amnesie leiden.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ist es wahr?)

Darf ich Sie daran erinnern: Sie vertreten hier die FDP – mit hin die Partei, die überall und in mehr Regierungsjahren als jede andere Partei so ziemlich jedes Wahlversprechen gebrochen hat

(Heiterkeit des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

und jede inhaltliche Position geräumt hat, aber auch wirklich jede.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

(Dr. Jörg Meuthen)

Gerade Sie wollen Vertrauen wiederherstellen und versuchen, sich als Retter der Demokratie zu inszenieren, und äußern sich zugleich bei jeder Gelegenheit – übrigens undifferenziert abschätzig – über die demokratische Entscheidung, die mehr als 800 000 Leute getroffen haben. Mir fehlen da die Worte.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Was hat die FDP mit einer Debatte zur Regierungserklärung zu tun? – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt lassen Sie ihn doch vorlesen, was die ihm aufgeschrieben haben! – Weitere Zurufe)

– Das ist auch witzig.

Die Worte fehlen mir übrigens auch dann – –

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sagen Sie mal was über den Gedeon!)

– Ich denke, ich soll zur Regierungserklärung reden. Da kommt Gedeon nicht vor.

(Heiterkeit bei der AfD)

Also, was wollen Sie denn, Herr Schmid? Sparen Sie sich doch Ihre Zwischenrufe.

(Beifall des Abg. Udo Stein AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Es sind 25 Minuten vergangen! – Weitere Zurufe)

Die Worte fehlen mir auch dann, wenn ich höre – wir sind mitdrein –, mit welcher Vehemenz Ihre Fraktion und die Fraktion der SPD sich hingegen für den Bau von Kühlungsanlagen für Fraktionsräumlichkeiten einsetzen können.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Jetzt sind wir bei den großen Problemen!)

– Ja, das ist ein Problem. Das ist schon interessant: Die SPD und die FDP/DVP wünschen in trauter Allianz, zukünftig dienstlich im repräsentativen Königin-Olga-Bau untergebracht zu werden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wünschen?)

Dort war bis vor einiger Zeit die Verwaltung des Landtags untergebracht. Derzeit arbeiten dort meine Fraktion und Teile der Landtagsverwaltung.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Arbeiten“ ist vielleicht ein bisschen übertrieben! – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei der AfD – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Und was machen wir dort?)

– Wunderbar. Ich sage ja: Volksschauspiele Ötigheim – das passt.

(Zuruf von der AfD: Weiß Rülke, was arbeiten heißt?)

– Nein. Rülke weiß, was Sprücheklopfen heißt. So geht es mit ihm schon sehr lange.

(Beifall bei der AfD)

Meine Partei hätte diese Räume dauerhaft so übernommen, wie sie sind – ohne weitere kostspielige Umbauten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die waren im Sommer noch nie da drin!)

– Doch, es ist Sommer. – FDP/DVP und SPD hingegen zeigen sich nun, da sie, ohne ein einziges inhaltliches Argument dafür zu haben, zunächst durchgesetzt haben, uns aus diesem Bau wieder rauszuschmeißen, äußerst schockiert angesichts der Tatsache, dass der Königin-Olga-Bau keine Kühlungsrichtungen hat.

(Zuruf von der AfD: Na so was!)

Das ginge so ja nun gar nicht, bekamen wir unlängst zu hören. Der Einwand, dass es für die Verwaltung lange Jahre gut genug war – –

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Was ist das für eine Rede? Sie beschäftigen sich nur mit sich selbst!)

– Nein, ich beschäftige mich gerade mit SPD und FDP/DVP. Ich weiß nicht, ob Sie das merken.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Was hat das mit der Regierungserklärung zu tun? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie beschäftigen sich nur mit sich selbst, und das schon minutenlang! – Glocke der Präsidentin)

Ich beschäftige mich damit – –

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Meuthen, darf ich Sie ganz kurz unterbrechen? – Zum einen bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, insgesamt um etwas Ruhe. Und Sie, Herr Dr. Meuthen, bitte ich, zur Aussprache über die Regierungserklärung zu kommen und nicht aus dem Präsidium – –

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ihr Wort, Frau Präsidentin, ist mir Befehl. – Ich werde das mit dem Umbau in 30 Sekunden fertigbringen, und dann sind wir direkt bei weiteren Teilen der Regierungserklärung.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Stattdessen wurde jetzt der teure Umbau auf den Weg gebracht. Es ist offenbar schon etwas anderes, ob nur eine Verwaltung dort arbeitet oder edlere Fachkräfte einer Landtagsfraktion.

(Zuruf der Abg. Sabine Wölfe SPD)

Was interessiert es die Kollegen von FDP/DVP und SPD, was das kosten wird? Übrigens ist das Land nicht einmal Eigentümer der Immobilie. Es ist doch nur Steuergeld – davon ist ja reichlich da. Manche sind eben gleicher als andere.

(Zuruf von der SPD: Hä?)

Nun noch einiges zu Herrn Kretschmanns Phrasen aus der Regierungserklärung.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt schon? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nach 30 Minuten!)

Sie nennen Ihren Koalitionsvertrag, Herr Kretschmann, ein „demokratisches Reifezeugnis“ und „das Ergebnis intensiver Verhandlungen guter Demokratinnen und Demokraten“. Wir nennen ihn ein Armutszeugnis.

(Dr. Jörg Meuthen)

Der Koalitionsvertrag ist intellektuell arm und absolut uninspiriert. Er bringt zum Ausdruck, dass Sie nur einen Arbeitsmodus kennen: Verwalten. Zum Gestalten fehlen Ihnen Wissen, Fantasie und Begeisterung für die Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Lachen des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Zuruf von der AfD: Richtig! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: So viel zu den Phrasen!)

Ein Beispiel: Auf Seite 16 Ihres Koalitionsvertrags heißt es – Zitat –:

Flüchtlinge sind für den Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg eine Chance, um den durch die demografische Entwicklung verstärkten Fachkräftebedarf zu decken.

Dass Sie – wie immer – den humanitären Gedanken der Asylpolitik mit Migrations- und Arbeitsmarktpolitik vermischen und so ganz klar zeigen, wie verworren Ihre Gedankenwelt ist – geschenkt.

(Zurufe von der SPD: Wieso denn? – Warum?)

Aber wie immer blenden Sie dabei die Realität völlig aus. Sie wollen einfach nicht sehen, dass die Mehrzahl der Flüchtlinge unserer hochkomplexen Arbeitswelt nicht im Mindesten gewachsen ist.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Man muss sie ausbilden!)

Bei den derzeit eingereisten Migranten haben wir es mit einer höchst heterogenen Gruppe von Menschen

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Migranten oder Flüchtlinge?)

mit völlig verschiedenen kulturellen und bildungstechnischen Hintergründen zu tun. Das reicht von Menschen, die überhaupt keine Vorstellung davon haben, wie Arbeit funktioniert, über solche, die noch nie eine Schule besucht haben, über solche, die vielleicht vier Jahre eine Schule besucht haben,

(Abg. Winfried Mack CDU: Mein Gott!)

bis hin zu natürlich auch einigen, die in ihrer Heimat vielleicht bereits ein Studium absolviert haben. Dann schauen Sie sich doch einmal exemplarisch auf den Jobseiten der Firmen um, die hier ansässig sind. Die suchen z. B. „Human Machine Interface“-Experten, Softwareingenieure, „User Interaction“-Experten, Chemieingenieure, Path Operations Senior Executives usw. – Das alles sind Stellenanzeigen von Daimler.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Aussprache!)

Und Sie geben sich tatsächlich der Illusion hin, dass die Menschen, die in jüngerer Zeit in unser Land eingereist sind, diesen Anforderungen gewachsen sind oder in absehbarer Zeit dafür qualifizierbar sind? Das ist, mit Verlaub, Traumtänzeri,

(Beifall bei der AfD)

niedergeschrieben in einem Koalitionsvertrag und ausgeführt in einer Regierungserklärung, die mit den realen Problemen

unseres Landes und Ansätzen zu ihrer Lösung wenig bis nichts zu tun hat.

Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, das ist nicht nur naiv, sondern das ist auch eine Beleidigung aller Menschen in Deutschland, die hart arbeiten, die jahrzehntelang fleißig lernen und studieren mussten, um den hohen Anforderungen ihres jeweiligen Faches gerecht werden zu können.

Liebe Kollegen der Grünen, richten Sie Ihrem Kollegen Volker Beck in Berlin doch gelegentlich aus, dass das insbesondere auch für den Bereich der Pflegeberufe gilt.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sie wissen, dass das schon längst korrigiert wurde!)

Das sind kostbare Ausbildungsberufe, die eine beträchtliche vorherige Qualifikation verlangen. Diese Stellen kann man nicht so einfach eben mal mit Flüchtlingen besetzen. Das funktioniert nicht; das zu denken ist naiv.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch ein paar Worte darüber verlieren, dass die AfD angeblich nur von Menschen gewählt wird, die anderen Parteien einen Denkkzettel verpassen wollen und die zu jenen zählen, die man als die sogenannten Verlierer unserer Gesellschaft bezeichnet.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie kommen wieder zu sich selbst!)

In Deutschland gibt es in der Tat einige, die sich von unserer hochkomplexen Arbeitswelt abgekoppelt fühlen und damit auch von der Gesellschaft abgehängt sind. Das ist eine Tatsache. Diese Menschen haben zum Teil über Jahrzehnte hinweg erfahren, dass ihr Schicksal der Politik und der Öffentlichkeit schlicht egal war. Jetzt sitzen diese Leute zu Hause und müssen erleben, wie sich die deutsche Medienöffentlichkeit und die Politik förmlich ein Bein ausreißen für Menschen, die vielfach keine Lebenschancen suchen, sondern schlicht den Zugang zu unseren Sozialsystemen.

Dass diese Leute nun sauer sind und sich wie Menschen zweiter Klasse fühlen, sollte eigentlich jedem klar sein. Ich kann Ihnen eines versichern: Wir werden es uns durch keine Gutmenschen- und Rassismuskule nehmen lassen, auch diesen Menschen Gehör zu verschaffen und zuerst an unser eigenes Volk zu denken.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Damit hier keine Missverständnisse aufkommen: Wenn ich „unser eigenes Volk“ sage, dann meine ich damit durchaus auch ehemalige Migranten, die zu uns kamen, weil sie unsere Art zu leben und unsere Kultur schätzen, bei uns heimisch geworden sind und Deutschland ebenso lieben wie wir.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Schäbig!)

Ich kenne nicht wenige solcher Menschen.

Aber weiter zu Herrn Kretschmann und dem Koalitionsvertrag. Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Rede auch ge-

(Dr. Jörg Meuthen)

sagt, dass Sie die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in unserem Land stärken und bürokratische Belastungen abbauen wollen. – So weit, so gut. Da sind wir ganz bei Ihnen.

In der gleichen Rede sprechen Sie aber auch davon, dass Sie die Stelle eines Demografiebeauftragten neu schaffen wollen, dass Sie einen Bürgerbeauftragten ernennen wollen, an den sich Bürger mit die Polizei betreffenden Anliegen wenden können,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das steht im Gesetz! – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Richtig lesen!)

dass Sie mit den Kommunen einen Pakt für Integration schließen wollen,

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

dass Sie mit der Bundesagentur für Arbeit ein gemeinsames Programm zur beruflichen Integration von Flüchtlingen auf den Weg bringen und eine Wohnraum-Allianz gründen wollen.

Fällt Ihnen da etwas auf? Ein Widerspruch vielleicht? Statt das Kompetenzwirrwarr zu entflechten und die Anzahl von Institutionen, die unseren Bürgern das Leben häufig schwer machen, zu reduzieren, schaffen Sie sogar neue Stellen und neue Bürokratie.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Neue Stellen, neue Bürokratie!)

Dabei haben Sie zwei Minuten vorher noch genau das Gegenteil gesagt. Wie wäre es denn, wenn Sie, dem Wortlaut Ihrer eigenen Rede folgend, sich einfach einmal aus dem Leben der Menschen heraushalten würden?

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Sie haben selbst gesagt, niemand könne – Zitat –

sicher voraussagen, welche Strategien, welche Produkte, welche Dienstleistungen oder welche Geschäftsmodelle in Zukunft erfolgreich sein werden, schon gar nicht der Staat.

Richtig. – Warum bauen Sie dann bei jedem Problem, sei es in der Bildung, sei es in der Hochschulpolitik oder in der Integration, als Allererstes immer auf den Staat statt darauf, dass die Menschen in Baden-Württemberg selbst klug genug sind, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen?

(Beifall bei der AfD)

Glauben Sie denn wirklich, dass Integration dadurch gelingt, dass man möglichst viele Stunden in einem Integrationskurs sitzt?

(Beifall bei der AfD)

Ich kann Ihnen nur sagen: Ich bin in den Sechziger-, Siebzigerjahren im Ruhrgebiet groß geworden. Ich habe eine Ahnung, wie Integration funktioniert. Integrationskurse gab es damals nicht; das ging anders, und das hat funktioniert.

(Lachen des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Glauben Sie, dass die Schüler bessere Leistungen erzielen, wenn Sie den Ganztagsunterricht und die Gemeinschaftsschule weiter massiv ausbauen?

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ja!)

– Sie glauben das, ich weiß. Mich verblüfft das immer wieder.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Glauben Sie ernsthaft, dass Kinder, die für Sie laut Ihrer Rede das Wertvollste sind, was wir haben – auch das so eine Applaus heischende Selbstverständlichkeit; wer wollte dem widersprechen? –, freie und selbstbestimmte Individuen werden, wenn sie ganztags einem Bildungsplan mit teilweise grotesken Inhalten unterworfen werden?

(Zuruf von der SPD: Welche? – Abg. Andreas Stoch SPD: Beispiele anführen! Zitieren Sie!)

– Den Bildungsplan diskutieren wir dann, wenn das Thema Bildungsplan auf der Agenda steht.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Andreas Stoch SPD: Sprechblasen! – Abg. Reinhold Gall SPD: Nichts als Sprüche! – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Sprechen Sie zum Koalitionsvertrag! – Abg. Andreas Stoch SPD: Grotesk ist Ihre Argumentation! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Auf diese Inhalte werden wir zu sprechen kommen. Wir werden in den nächsten Monaten viel Gelegenheit dazu haben, und wir werden diese nutzen. Haben Sie einfach noch ein wenig Geduld, Herr Stoch.

(Beifall bei der AfD)

Wir glauben, dass es für Kinder und Jugendliche schöner ist, nachmittags ihren Wünschen entsprechend in den Fußballverein, zum Theaterspielen, zum Musizieren oder in den Schachklub zu gehen – oder was immer sie tun wollen. Weiß Gott, mit dieser Position stehen wir nicht ganz allein.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Das muss alles vom Staat genehmigt werden! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie sind ja romantisch!)

– Für Sie ist Freiheit Romantik, ich weiß.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Abg. Udo Stein AfD: Jawohl! Bravo!)

Das genau ist das Problem der Partei der Grünen. – Wenn wir schon bei der Bildungspolitik sind, möchte ich auch dazu noch ein paar Worte sagen. Im Koalitionsvertrag ist viel von Wahlfreiheit die Rede. Aber wie können wir, gerade wenn es um das Thema Kinderbetreuung geht, eigentlich von Wahlfreiheit sprechen, wenn die Eltern gar nicht mehr über die finanziellen Mittel verfügen, sich gegen stark subventionierte Ganztagskrippen zu entscheiden? Wieso stellt es für Sie eigentlich einen Wert an sich dar, Kinder den ganzen Tag in Ganztagschulen staatlich kontrolliert aufwachsen zu lassen?

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Jawohl!)

(Dr. Jörg Meuthen)

Sie haben sich in Ihrer Rede sogar zu der Behauptung hinreißen lassen, dass sich die Mehrheit der Eltern eine Ganztagschule wünschen.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Es gibt Studien dazu!)

Ich weiß nicht, mit wem Sie sprechen. Aber wenn ich mit Eltern spreche, höre ich immer etwas ganz anderes. Vielleicht sollten Sie Ihren Vorsatz, für die Bürger eine Politik des Gehörtwerdens zu etablieren, schon heute umsetzen und einfach einmal lernen, richtig zuzuhören.

(Beifall bei der AfD)

Wieso sind Sie eigentlich so unglaublich stolz darauf – Zitat –, „alte Strukturdebatten überwunden“ zu haben, auf Deutsch: kurz davor zu sein, das dreigliedrige Schulsystem finanziell derart auszutrocknen, bis Sie es endlich ganz auf dem Gewissen haben?

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner
AfD: Das ist eine gute Frage! – Abg. Andreas Stoch
SPD: Er lebt in den Fünfzigerjahren!)

Wieso macht die CDU bei dieser Umsetzung einer ideologischen Verblendung eigentlich mit? Sie wollen den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg stärken, begreifen aber offenkundig nicht, dass Sie mit dem dreigliedrigen Schulsystem einen seiner Hauptpfeiler angreifen.

Ihre grundfalsche Ausrichtung setzt sich auch in der Hochschulpolitik fort. Dort haben Sie laut Koalitionsvertrag Folgendes vor – ich zitiere –:

Stärken werden wir besonders

– „besonders“ –

die Beiträge der Sozial-, Geistes-, Kultur- und Religionswissenschaften, um die Herausforderungen in den Bereichen Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt zu bewältigen. Auch die Geschlechterforschung und die Beteiligungsforschung können hier wichtige Impulse setzen.

Ich sehe es förmlich schon vor mir: Daimler, Bosch und Co. werden sich um geschlechterforschungserfahrene Absolventen geradezu reißen.

(Beifall bei der AfD)

Das sind aus Ihrer Sicht also künftige Kernkompetenzen der Absolventen unserer Hochschulen. Wir haben da andere Vorstellungen.

(Beifall bei der AfD)

Die Unternehmen werden sich um diese Absolventen fast genauso reißen, wie Sie sich, lieber Herr Ministerpräsident, um die Einführung direktdemokratischer Elemente in unsere Verfassung reißen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

Ich habe mit Begeisterung vernommen, dass Sie Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie für eine wichtige Ergänzung

und Bereicherung unserer Demokratie halten; so heißt es in Ihrer Regierungserklärung.

(Beifall bei der AfD)

Das sehen wir auch so. Dann können wir, die AfD, uns ja schon auf Ihre Unterstützung freuen, wenn wir entsprechende Initiativen ins Parlament einbringen. Ich bin gespannt.

(Beifall bei der AfD)

Nicht so ganz passt zu Ihren neu gewonnenen Einsichten hinsichtlich direkter Demokratie hingegen die in Ihrem Koalitionsvertrag vereinbarte Wahlrechtsreform. Denn darin heißt es – Zitat –:

Damit der Landtag die baden-württembergische Gesellschaft künftig in ihrer ganzen Breite besser abbildet, werden wir ein personalisiertes Verhältniswahlrecht mit einer geschlossenen Landesliste einführen. Darüber wollen wir mit den im Landtag vertretenen Parteien in Gespräche eintreten.

Ich weiß nicht, wie Sie das bewerten; aber in unserer Fraktion haben wir beispielsweise mit Herrn Palka einen Feinmechaniker, mit Frau Dr. Baum eine Zahnärztin, mit Herrn Dr. Merz einen Informatiker,

(Zuruf: Und mit Herrn Gedeon?)

mit Herrn Dr. Podeswa einen Physiker, mit Herrn Rottmann einen Buchhändler und mit Frau Martin eine Erzieherin. Unsere Abgeordneten decken bereits ein gutes Stück der gesamten Breite der baden-württembergischen Gesellschaft ab. Aus welchem Grund wollen Sie das bestehende Wahlrecht also ändern?

(Beifall bei der AfD)

Um vonseiten der Parteispitzen die Kandidaten im Hinblick auf Listenplätze besser disziplinieren zu können? Gehört auch das zu Ihrer Wertschätzung für direktdemokratische Elemente? Unsere Vorstellung ist eine andere.

(Beifall bei der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Um Gottes willen!)

Aber ich weiß, Sie treiben andere Sorgen um, Herr Kretschmann. Sie sehen sich durch politisch motivierte Gewalttaten herausgefordert. Da sind wir nun wirklich ganz bei Ihnen. Als Mitglieder dieser Partei erleben wir das auch alles sehr häufig.

Das reicht von einfachen Sachbeschädigungen über Beleidigungen bis hin zu tätlichen Angriffen, Morddrohungen und gefährlichen Eingriffen in den Straßenverkehr.

(Zuruf von den Grünen: Was?)

Unser Bundesparteitag in Stuttgart war dafür ein exzellentes Beispiel. Wir als AfD-Mitglieder teilen die Sorge vor politisch motivierten Gewalttaten.

(Zuruf von der AfD: So ist es!)

(Dr. Jörg Meuthen)

Wir sind aber auch besorgt über Ihr eingeschränktes Sehvermögen, Herr Ministerpräsident; denn auf dem linken Auge sind Sie blind.

(Beifall bei der AfD)

Das gilt übrigens auch für die Medienöffentlichkeit dieses Landes.

(Lachen bei den Grünen)

Als Herr Drexler, nachdem er in einem Akt mutigster Zivilcourage Frau Dr. Baum den Handschlag verweigert hatte,

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der AfD)

daraufhin, von welchem Idioten auch immer, eine ominöse Morddrohung erhielt – –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Woher wissen Sie, dass das ein Idiot ist? – Gegenruf: Genau!)

– Wenn jemand eine Morddrohung gegen Sie ausspricht, dann wird es wohl ein Idiot sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Kennen Sie den? Ich kenne den nicht! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Herr Drexler, sind wir uns vielleicht im Minimalkonsens darin einig, dass jemand, der Morddrohungen gegen Sie ausspricht, ein Idiot sein muss? Ich denke schon. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Überlegen Sie, was ihn dazu gedrängt haben könnte!)

Wenn Sie meinen, das sei ein hochgebildeter Mensch – – Wie auch immer; einen Menschen, der Morddrohungen ausspricht, nenne ich einen Idioten, und zwar egal, wer das ist. Ich weiß natürlich nicht, wer das ist. Was denken Sie denn?

Ein SPD-Politiker wird also mit dem Tode bedroht – in der Tat ein schlimmer Vorgang. Zur traurigen Realität gehört es aber auch, zu sagen, dass das für einen AfD-Politiker sozusagen der Normalzustand ist. Das kann ich Ihnen belegen. Wir hatten erst neulich in der Fraktion die Diskussion darüber, ob wir all die Schreiben mit Beleidigungen und wüsten Beschimpfungen sowie Drohungen mit „Hausbesuch“ doch einmal sammeln sollten, statt sie wie bisher in der Rundablage zu entsorgen. Doch das interessiert in diesem Hohen Haus niemanden,

(Zuruf: Nö!)

und nur vereinzelte Medienvertreter greifen es gelegentlich dankenswerterweise einmal kurz auf, vielleicht weil die Koalition – Zitat – „einen Schwerpunkt auf die Verbrechensbekämpfung im Internet legen und unsere Sicherheitsbehörden auf dem Weg zu IT-Strafverfolgung und -bekämpfung weiter unterstützen“ wird. Allerdings bezweifle ich auch hier, dass auch nur einer der Koalitionäre dieses Ansinnen ernst meint. Schließlich zeigten sich weder Herr Kretschmann noch Herr Strobl oder Herr Wolf empört darüber, dass nach einem Hackerangriff die Daten sämtlicher Gäste unseres Bundesparteitags – 3 000 Personen – samt Telefonnummer und Adresse

durch linksextremistische Gruppen ins Internet gestellt wurden. Das änderte sich auch nicht, als von anderen Extremisten gleich noch eine übersichtliche Landkarte mit den Adressen unserer Mitglieder angelegt wurde, damit man diese für – so nennen die das – „Hausbesuche“ leichter finden könne. Was für ein freundlicher Service, damit die Farbbeutel ihren Weg an die richtigen Fassaden finden!

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Wo bleibt denn da eigentlich der empörte Aufschrei, vereehrte Parlamentskollegen der anderen Parteien? Wo bleibt der da?

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Abgesehen davon habe ich auch in anderer Hinsicht im vorliegenden Koalitionsvertrag verzweifelt nach der Handschrift der CDU gesucht – der CDU Ludwig Erhards als des Begründers der sozialen Marktwirtschaft, der Bewahrerin von wirtschaftlicher Freiheit und Vertragsfreiheit. Steht doch z. B. in Ihrem gemeinsamen Fahrplan des Koalitionsvertrags auf einmal geschrieben:

Die Frauenquote ist ein Schlüssel für eine gerechte Repräsentation von Frauen in den Entscheidungsgremien von Wirtschaft und Politik.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

Von Grünen und SPD wundert dieser Unfug ja nun wahrlich nicht mehr.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sind Sie da dagegen?)

Aber dass die CDU derlei unterschreibt, verblüfft mich, ehrlich gesagt, immer noch. Na, dann quotieren Sie mal schön mit, liebe Kollegen von der CDU. Wir bedanken uns höflich. Die vielen Menschen, die den Unfug solcher Regelsetzungen problemlos durchschauen, haben ja nun in uns eine exzellente Alternative zu Ihren verstörenden Angeboten.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Mehr noch: Die CDU ist sich mittlerweile auch nicht mehr zu schade für die Rolle als Verfechterin der aberwitzigen Ideologie des Gender-Mainstreamings. Denn sie will gemeinsam mit den Grünen – wiederum Zitat – „bei allen politischen Vorhaben und Entscheidungen die unterschiedlichen Auswirkungen auf die Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern grundsätzlich und systematisch berücksichtigen“,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sind Sie da dagegen?)

und sie will „prüfen, inwiefern dies auch in Bezug auf den Landeshaushalt verwirklicht werden kann“.

(Zurufe von den Grünen: Ja!)

Was soll man nun noch groß zu Ihrer Regierungserklärung oder zu Ihrem Koalitionsvertrag sagen?

(Zuruf von den Grünen: Etwas Inhaltliches!)

(Dr. Jörg Meuthen)

– Ja, ich zitiere den unmöglichen Inhalt, der sich darin findet.
– Sie haben brav jedes schöne Schlagwort einmal genannt und bleiben sonst in Ihrer Regierungserklärung vage und unbestimmt. Zu den wolkigen und blumigen Ausführungen – konkret werden Sie allenfalls bei der Besetzung von Minister- und Staatssekretärsposten – Ihrer an Dürftigkeit kaum zu überbietenden Regierungserklärung kann ich nur sagen: Früher war weniger Lametta.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Viele Wähler haben es aber mittlerweile gemerkt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: 43 Minuten!)

Sie haben gemerkt, dass auf Sie alle kein Verlass ist, dass Ihnen offenbar das Schicksal und das Wohlergehen der Menschen in Baden-Württemberg letztlich doch gleichgültig sind. Deshalb sind wir jetzt hier; zu Ihrem Verdruss, den wir in den kommenden Jahren – das sei angekündigt – noch zu mehren trachten.

Sie mögen sich der Illusion hingeben, dass wir eine Protestpartei seien,

(Zurufe von den Grünen: Ja!)

nur hier wegen der Flüchtlingswelle und allgemeiner Unzufriedenheit. Es bleibt Ihnen überlassen, wie lange Sie sich in dieser Illusionsblase noch aufhalten wollen. Aber lassen Sie sich gesagt sein: Wir haben Inhalte, und wir haben einen Plan.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da sind wir gespannt!)

– Lachen Sie! Je mehr Sie lachen, desto besser ist das für uns. Je später Sie das durchschauen, umso besser ist das für uns.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie verbergen es auch geschickt! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Wir wissen noch, wem wir verpflichtet sind,

(Beifall bei der AfD)

und wir haben die Kraft und den Durchhaltewillen, Ihnen das in den nächsten fünf Jahren bei jeder Sitzung im Plenum, bei jeder Ausschusssitzung, bei jeder Debatte zu zeigen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wir schauen erst einmal, wie es in den nächsten zwei Wochen aussieht!)

Wir werden das mit Freude an der Arbeit und höchster Motivation tun – und ganz ohne Lametta.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD – Abg. Klaus-Günther Voigtmann, Abg. Carola Wolle und Abg. Udo Stein AfD spenden stehend Beifall. – Bravo-Rufe von der AfD – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Wolfgang Drexler: Nichts!)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erhält Herr Fraktionsvorsitzender Schwarz das Wort.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die grüne Landtagsfraktion steht für eine Politik, die sich der Nachhaltigkeit und der Innovation verschrieben hat. Damit passen wir sehr gut zu Baden-Württemberg. Denn – unser Ministerpräsident hat es in der Regierungserklärung schon gesagt – Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger haben sich immer getraut, Neues und Innovatives auszuprobieren.

(Beifall bei den Grünen)

Ob es der Dübel war oder das Automobil: Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger sind Tüftler, sind Erfinderinnen und Erfinder. Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger sind imstande, neue Horizonte zu erschließen. Dazu braucht man zwei Eigenschaften, die uns in diesem Land auszeichnen: Mut und Optimismus. Für Mut und Optimismus stehen wir hier im Landtag von Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD, zur CDU blickend: Das sieht nach Mut und Optimismus aus da drüben!)

Denn nur wer mutig und optimistisch ist, wer die Courage und den Weitblick besitzt, Neues zu schaffen, wird erfolgreich Politik machen. So ist es in der Landespolitik. Diese grün-schwarze Koalition steht für Weitblick, steht für Courage, steht für Optimismus. Wir freuen uns darauf, Baden-Württemberg in den nächsten Jahren zum Wohle der Menschen in unserem Land gemeinsam kraftvoll gestalten zu können.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Neues und Innovatives kann nur entstehen, wenn es eine verlässliche Basis, eine verlässliche Grundlage gibt. Der Koalitionsvertrag, den wir gemeinsam unterzeichnet haben, ist diese Grundlage. Er wird die Basis unserer Arbeit sein.

Wir, die grüne Landtagsfraktion, stehen als verlässliche Partner da. Wir wollen innovative Impulse setzen. Mit unseren 47 Abgeordneten aus dem ganzen Land, mit Abgeordneten, die mit einer langjährigen Erfahrung hier in den Landtag eingezogen sind, und auch mit neu gewählten Kolleginnen und Kollegen, die frischen Wind in den Landtag bringen, gestalten wir Politik. Ich freue mich, für solch ein tolles Team hier sprechen zu können und diesem Team vorstehen zu können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen)

Den Titel „Oppositionsführer“ muss man sich in diesem Haus erwerben; er wird nicht verliehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Diesen Titel muss man sich durch harte Arbeit, durch gute Reden, durch Inhalte erarbeiten, Herr Kollege.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zurufe von der AfD)

(Andreas Schwarz)

Ihren Ausführungen hat nicht nur die Substanz gefehlt, sondern Sie haben sich in vielen Teilen widersprochen. Ihre Hetze gegen Flüchtlinge

(Oh-Rufe von der AfD)

kann ich gar nicht akzeptieren. Denn ich bin sehr froh, dass wir in Baden-Württemberg in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Bürgergesellschaft ein breites Verständnis dafür haben, Flüchtlinge in die deutsche Sprache, in unsere Rechtskultur, in Ausbildung und Arbeitsmarkt zu integrieren.

(Zuruf von der AfD: Sie wissen gar nicht, was Flüchtlinge sind! Definieren Sie Flüchtlinge!)

Dafür stehen Baden-Württembergern und Baden-Württembergern. Darüber bin ich froh, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Ihre weiteren Ausführungen nehme ich zur Kenntnis. Morgen wird hier für Sie der Lackmusest eintreten, ob Sie tatsächlich gegen Diskriminierung und Antisemitismus sind, denn morgen stehen hier im Landtag Wahlen zu verschiedenen Gremien an. Der Entwurf der Liste der zu entsendenden Abgeordneten enthält aus Ihrer Fraktion weiterhin den Kollegen Geedeon.

(Zuruf von der AfD: Hetzer!)

Nehmen Sie diesen Kollegen von der Liste herunter,

(Zuruf von der AfD: Beweisen Sie es!)

dann bestehen Sie den Lackmusest, ob Sie tatsächlich gegen Diskriminierung und Antisemitismus sind, Herr Kollege.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Dann warten Sie es doch einmal ab!)

Als stärkste Fraktion im Landtag wollen wir Impulse setzen, etwa bei der ökologischen Modernisierung, bei der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Bewahrung der Schöpfung, dem Klimaschutz und dem sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

(Zuruf von der AfD: Die Gesellschaft zerstören!)

Wir wollen verlässliche Politik machen und Kernprojekte der letzten Legislaturperiode fortführen. Wir sehen uns als Garanten für Kontinuität.

Dabei vergessen wir nicht, neue Impulse zu setzen, neue Impulse auch in der Finanzpolitik. Wir stehen für eine nachhaltige und gegenüber künftigen Generationen faire Finanzpolitik. Wir Grünen haben die Schuldenbremse im Blick und wollen sie in der Landesverfassung verankern. Wir wollen künftig weiterhin ohne neue Schulden auskommen und den Haushalt weiter konsolidieren. Das sind wir künftigen Generationen schuldig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das wird nicht einfach; das ist uns allen klar. Die Tatsache, dass wir bereits heute 310 Millionen € Steuermehreinnahmen haben, stimmt mich aber zuversichtlich. Gleichwohl erwarten wir von der Landesregierung, von den Ressorts, dass bei jeder zusätzlichen Aufgabe, bei jeder zusätzlichen Ausgabe und bei neuen Stellen dem Landtag aus dem jeweiligen Ressort ein Vorschlag zur Gegenfinanzierung vorgelegt wird. Denn wer heute nicht mutig beim Sparen ist, wird an späteren Haushalten verzweifeln, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der AfD: Deshalb haben Sie neue geschaffen!)

Auch hier kann uns die Digitalisierung bei der Stärkung der Steuerverwaltung helfen. Sie kann helfen, die Steuerverwaltung zu modernisieren und ihre technische Ausstattung weiter zu verbessern.

Auch auf Bundesebene werden wir Akzente setzen. Wir wollen die Reform des Bund-Länder-Finanzausgleichs endlich zu einem guten Abschluss bringen. Unser Ministerpräsident hat den anderen Regierungschefs einen guten Vorschlag für eine gerechte Verteilung zwischen den Ländern unterbreitet, der uns in Baden-Württemberg eine Entlastung um 1 Milliarde € bringen würde.

Wir stärken Sie, Herr Ministerpräsident, in diesen Verhandlungen, hier gemeinsam mit Ihren Kolleginnen und Kollegen und der Kanzlerin zügig zu einem Ergebnis zu gelangen. Der Vorschlag der Länder muss jetzt diskutiert werden, nicht erst nach der Bundestagswahl. Hier müssen wir zügig zu einem Ergebnis kommen. Das liegt im Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Baden-Württemberg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Ich habe schon davon gesprochen: Meine Fraktion sieht sich als ein verlässlicher Partner für alle Teile der Gesellschaft in Baden-Württemberg. Die Menschen in unserem Land können sich auf uns Grüne verlassen. Das hat man jetzt aktuell bei der Hochwasserkatastrophe, bei den schlimmen Unwetterereignissen gemerkt – erst gestern.

(Lachen bei der AfD)

Die Menschen im Raum Karlsruhe, viele Menschen haben in den letzten Tagen und Stunden enorm angepackt, haben sich engagiert. Ich möchte allen Ehrenamtlichen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Feuerwehren und beim Technischen Hilfswerk sowie all denjenigen, die sich in den Rettungsdiensten engagiert haben,

(Zuruf von der AfD: „Feuerwehrinnen“!)

ein ganz herzliches Dankeschön für die geleistete Arbeit aussprechen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Ich möchte auch jenen einen Dank aussprechen, die ihren Nachbarn geholfen haben, die in der Kommune geholfen ha-

(Andreas Schwarz)

ben. Für mich ist das gelebte Solidarität, wie wir sie in Baden-Württemberg kennen. Über diese Solidarität freue ich mich.

(Zuruf von der AfD)

Ich freue mich, dass das Land Soforthilfen zur Verfügung gestellt hat.

(Zuruf von der AfD: 500 € pro Person!)

Die Finanzministerin hat sehr zügig reagiert; die Gelder sind bereits ausgezahlt worden. Wir begrüßen es, dass der Ministerpräsident mit dem Innenminister ein Sofortprogramm aufgestellt hat und darüber hinaus ein Wiederaufbauprogramm insbesondere für die Gemeinde Braunsbach zugesagt hat. Die Kollegin Jutta Niemann war vor Ort und hat sich mit den Bürgerinnen und Bürgern dort unterhalten. Dieses Wiederaufbauprogramm ist hier auf jeden Fall hilfreich.

Das ist ein ganz wichtiges Signal, das Sie, Herr Ministerpräsident, Herr Innenminister, hier an die Menschen in unserem Land aussenden: Die Regierung tut etwas, und wir sind nah an den Menschen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Lachen bei der AfD)

Wir sind verlässlich,

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ja! – Unruhe bei der AfD)

die grüne Landtagsfraktion ist verlässlich. Wir werden den Naturschutz weiter stärken sowie den Nationalpark und die Biosphärengebiete fortsetzen.

Der Klimaschutz hat für uns höchste Priorität. Daher stehen wir verlässlich zur Energiewende. Aber das reicht nicht aus; wir müssen weitere Impulse setzen: Ich nenne ein 50 000-Dächer-Programm, ein Programm, das es auch Mietern ermöglicht, von kostengünstigem Solarstrom zu profitieren. Hier wollen wir weitere Akzente setzen.

Ich finde, es ist ein starkes Signal, das sich Grün-Schwarz vorgenommen hat, bis Mitte dieses Jahrhunderts aus der Kohleverstromung auszusteigen – ein ganz starkes ökologisches Signal, das aus Baden-Württemberg in Richtung Berlin und Brüssel gesandt wird. Darauf bin ich stolz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Lachen bei der AfD)

Vor vielen Jahren wäre ein solches Signal undenkbar gewesen. Heute bestärken uns Vertreter aus der Wirtschaft, aus Unternehmen, diesen Kurs der sozialen, der ökologischen Modernisierung fortzuführen. Ökologie und Ökonomie haben in unserem Land zusammengefunden. Grün-Schwarz ist gerade dafür die beste politische Voraussetzung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir begreifen unsere urbanen Stadtregionen und die ländlichen Räume als Ausdruck der Vielfalt und der Stärke unseres

Bundeslands. Trotz der Verschiedenheit der ländlichen Räume und der urbanen Regionen möchten wir Grünen in allen Regionen Baden-Württembergs für gleichwertige Lebensverhältnisse sorgen.

(Zuruf von der AfD: Gleichheit und Gleichmacherei!)

Wir kennen und spüren die momentan schwierige Situation der landwirtschaftlichen Betriebe in unserem Land. Dabei ist gerade die Landwirtschaft eine wichtige Säule der Wirtschaftskraft im ländlichen Raum. Sie trägt mit ihrer Arbeit dazu bei, dass in den ländlichen Räumen Prosperität entsteht und unsere vielfältigen Kulturlandschaften erhalten werden.

Mit einer stärkeren Fokussierung auf Regionalität und Qualifizierung wollen wir den Betrieben helfen, ihre Situation zu verbessern, sodass Landwirte von ihrer Arbeit auch leben können.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Klaus Burger CDU: Sehr gut!)

Für manche Unternehmen kann die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft ein Weg sein, die wirtschaftliche Prosperität zu erhöhen. Wer diesen Weg mit uns gehen möchte, den laden wir dazu ein und werden ihn hierbei auch tatkräftig unterstützen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Darüber hinaus setzen wir neue Impulse in der Strukturentwicklung. Im Bereich Mobilität werden wir ein verlässliches Grundangebot im öffentlichen Nahverkehr schaffen und jeden Ort von früh bis spät mindestens im Stundentakt durch Bus oder Bahn anbinden. Auch das ist ein klares Bekenntnis zum ländlichen Raum in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zuruf von der AfD)

Lokale Verantwortungsgemeinschaften sind uns wichtig. Wir wollen Dorf- und Quartiersgemeinschaften ermöglichen. Sie sollen zentrale Herausforderungen wie beispielsweise die Schaffung von Pflegeangeboten eigenverantwortlich und wohnortnah angehen können.

Wir wollen gerade die zentralen Forderungen aus der Enquetekommission Pflege, die uns der Landtag mitgeben hat, umsetzen.

(Zuruf von der AfD: Wollen!)

Die Beschlüsse der Enquetekommission Pflege sind für uns Richtschnur in der Sozialpolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wir werden uns weiterhin aktiv um preiswerten Wohnraum und effizientes Bauen kümmern. Unser Ziel sind durchmischte Stadtquartiere, durchmischte Wohnviertel. Wir wollen, dass Wohnen und Arbeiten nebeneinander möglich werden, und wir wollen ein soziales Miteinander, sodass die Leute gern neben den Boatengs dieser Welt in Baden-Württemberg leben.

(Andreas Schwarz)

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Herr Ministerpräsident, die Wohnraum-Allianz, die Sie angekündigt haben, ist ein ganz wichtiger Schritt dorthin: Alle Beteiligten an einen Tisch holen und dann zügig loslegen. Wir unterstützen das; wir halten das für eine der Herausforderungen in den nächsten Jahren.

Bei der Infrastruktur steht unsere Politik für Verlässlichkeit. Wir erhalten unsere Infrastruktur, wir sanieren sie, und wir bauen sie Schritt für Schritt aus. Gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung werden wir zusätzlich 500 Millionen € in Hochschulen, in Landesgebäude, in Schienen und Landesstraßen investieren. Auch das notwendige Personal in der Straßenbauverwaltung werden wir zur Verfügung stellen. Das ist ein klares Signal an den Bund: Wir wollen gemeinsam mit dem Bund die Chancen, die sich aus dem Bundesverkehrswegeplan für Baden-Württemberg – für den Straßenbau, für die Schienenwege, für die Wasserwege – ergeben, nutzen, um die Infrastruktur in unserem Land zu modernisieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Das ist uns noch nicht genug. Auch hier müssen wir weiterdenken und neue Impulse setzen. Das Straßennetz muss intelligenter werden. Die Digitalisierung hilft uns dabei – intelligente Verkehrssteuerung oder die Möglichkeit des autonomen Fahrens. Das Testfeld für autonomes Fahren, das wir in Baden-Württemberg eingerichtet haben,

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

soll ein Vorreiter für Innovation und für Digitalisierung in der Mobilität sein. Wir machen es möglich. Mit Mut und Zuversicht gehen wir ans Werk.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wenn wir all diese Zukunftsvisionen realisieren wollen, dann müssen wir bei unseren Hochschulen beginnen. Sie sind die Kerne der wirtschaftlichen Cluster, die uns stark machen; gerade unsere Hochschulen für angewandte Wissenschaften nehmen dabei eine Vorreiterrolle ein. Wir werden unsere Hochschulen weiterhin massiv finanziell unterstützen. Der Hochschulfinanzierungsvertrag, der bis 2020 reicht, bietet eine verlässliche Finanzierungsgrundlage, und daran werden wir weiterarbeiten.

(Zuruf von der AfD)

Diese Unterstützung gilt natürlich auch für die exzellenten Hochschulen in unserem Land.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Genau! Besonders!)

Auch in der Bildungspolitik werden wir verlässlich sein. Wir haben in den letzten Jahren zahlreiche Reformen und Veränderungen eingeleitet, um unser Bildungssystem leistungsfähig und gerecht zu machen. Unser Ziel bleibt es, Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zu fördern und jedem Kind in unserem Bundesland die besten Chancen zu geben. Wir haben aber auch vernommen, dass Lehrerinnen und Leh-

rer, Eltern, Schülerinnen und Schüler nicht alle paar Jahre Reformen haben wollen.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Aha!)

Nachdem der Zug durch den Koalitionsvertrag von Grünen und CDU jetzt auf das richtige Gleis gesetzt ist, müssen sich alle in Baden-Württemberg darauf verlassen können,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Der Zug war schon auf dem richtigen Gleis!)

dass es mit planmäßiger Fahrt weitergeht. In den nächsten Jahren wollen wir die begonnenen Veränderungen deshalb konsolidieren, weiterentwickeln, optimieren. Wir müssen die pädagogische Qualität in unseren Schulen in den Mittelpunkt stellen, wir müssen aber auch den einen oder anderen neuen Impuls setzen. Gerade im frühkindlichen Bereich bieten sich Chancen durch den flächendeckenden Ausbau von Kinder- und Familienzentren, für starke Familien Angebote vorzuhalten, Familien hier zu unterstützen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Das ist ein ganz wesentlicher Punkt: die Förderung der Kinder- und Familienzentren, um in den Kommunen gute Angebote für Familien zu haben. Diesen Impuls werden wir noch einmal intensivieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Geben Sie den Familien Zeit und Geld!)

Wir treiben den Ausbau der Ganztagsangebote voran und stärken die Grundschulen. Auch weitere Gemeinschaftsschulen können eingerichtet werden.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Vernichtung der Bildung!)

Zudem stärken wir Gymnasien und Realschulen. Wir wollen sicherstellen, dass sich junge Leute in einer immer komplexer werdenden Gesellschaft immer besser auf diese zunehmende gesellschaftliche Komplexität vorbereiten können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Deswegen ist politische Bildung für uns

(Abg. Stefan Räßle AfD: Indoktrination!)

das A und O. Sie muss in angemessenem Umfang und angemessener Tiefe in unseren Schulen vermittelt werden. Gerade für uns hier im Landtag von Baden-Württemberg, gerade für uns Abgeordnete, hat doch die politische Bildung einen enorm hohen Stellenwert. Wir wollen sie im schulischen Bereich, aber auch im außerschulischen Bereich stärken. Für uns hat politische Bildung eine hohe Priorität.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Einen weiteren Schwerpunkt setzen wir auf eine gute Ausbildung. Gute Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sind gera-

(Andreas Schwarz)

de für Facharbeiterinnen und Facharbeiter wichtig. Unsere Allianz für Fachkräfte wollen wir fortführen, neue Impulse setzen und natürlich die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen weiterhin sehr gut sicherstellen. Auf eine verlässliche Unterrichtsversorgung in Baden-Württemberg können sich die Menschen in unserem Land verlassen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wir verstehen uns als ein verlässlicher Partner, als ein verlässlicher und innovativer Partner für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Wir werden getreu unserem Leitbild in den nächsten Jahren Politik entwickeln, die Baden-Württemberg jeden Tag ein bisschen besser macht, und unser Land kraftvoll zum Wohle der Menschen gestalten.

Herzlichen Dank für Ihr Interesse.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie des Abg. Andreas Kenner SPD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Ganz auf der Kretschmann-Linie! Genauso hohl! – Gegenruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Bitte? – Abg. Thomas Blenke CDU: Geht's noch? – Abg. Nicole Razavi CDU: Das geht ja gar nicht! – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Reinhart, Sie haben das Wort.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sehr geehrter Herr Abg. Dr. Fiechtner, es gibt bestimmte Verhaltensregeln in diesem Parlament. Daran muss sich jeder halten, auch Sie. Wir werden diese Verhaltensregeln ohnehin im Präsidium noch einmal besprechen;

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Wiederholungs-täter!)

denn anscheinend haben manche wirklich Probleme damit. Ich bitte Sie, sich in Zukunft daran zu halten. – Danke.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Fraktion mit ihren 42 Abgeordneten steht zu dieser Koalition. Sie will den Erfolg dieser Regierung; wir wollen das Gelingen dieser Regierung in den kommenden fünf Jahren. Das ist unser Auftrag; dafür werden wir uns einsetzen. Zu diesem Gelingen werden wir unseren Beitrag bringen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

„Attempo!“ – „Ich wage es!“ – hieß der berühmt gewordene Wahlspruch des legendären Württemberger Herzogs Eberhard im Bart. Mit dieser Devise fand auch das alte Württemberg in einer kritischen Phase seiner Geschichte zu einer ersten großen Blüte. „Attempo!“ ist auch für uns heute das Motto, mit dem wir, die CDU-Fraktion, in diese neue und bundesweit einzigartige erste Koalition dieser Art gehen. Wir wagen diesen Schritt. Nur wer Mut hat, macht Mut.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut!)

Und wir stellen uns auch der Verantwortung. Wir tragen unseren Teil dazu bei, dass die nächsten fünf Jahre gute Jahre für Baden-Württemberg werden.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Die CDU Baden-Württemberg hat mit fast 60 Jahren Regierungszeit Erfahrung darin, wie man dieses Land gut regiert. Der Ministerpräsident hat dies in seiner Regierungserklärung mit seiner Reverenz an Lothar Späth und Erwin Teufel zu Recht besonders gewürdigt. Herr Ministerpräsident, ich kann Ihnen sagen: Wir sind mit Lob für die fast 60 Jahre CDU-Regierung auch weiterhin unbegrenzt belastbar.

(Vereinzelte Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

In der Tat waren es CDU-Regierungen, die über Jahrzehnte die Weichen so gestellt haben, dass Baden-Württemberg immer wieder von Neuem zukunftsfähig wird.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben auch viel einzubringen: Die Bereitschaft zur Verantwortung, der Dienst an diesem Land gehören gleichsam zur DNA der Union in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU)

Mit dieser politischen Rason nehmen wir auch unsere Rolle in der Zusammenarbeit mit den Grünen an. Wir verpflichten uns zum Gelingen, und wir werden die Chancen, die sie bereithält, nutzen und auch fördern.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Wir wollen Impulsgeber sein. Ich sage aber auch: Wir starten in dieses Wagnis nicht mit schwärmerischer Euphorie, sondern mit überlegter Sachlichkeit, mit konkreten Zielen und auch mit klaren Erwartungen an die Regierung genauso wie an unseren Koalitionspartner.

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie können damit rechnen, dass wir, die CDU-Fraktion, loyal zu allem stehen, was wir gemeinsam verabredet haben und in den kommenden fünf Jahren noch erarbeiten werden. Für uns gilt der Satz: Pacta sunt servanda. Ich habe Ihnen bei Ihrem ersten Besuch in der CDU-Fraktion gesagt: „Sie können auf uns zählen. Sie müssen aber auch mit uns rechnen.“

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Das ist unsere Haltung. Diese Position werden wir in der täglichen Zusammenarbeit mit ruhigem Selbstbewusstsein, aber auch mit klarer Haltung markieren und vertreten.

In der Elektrotechnik gilt bekanntlich: Energie entsteht nur, wo es Spannung gibt. Und diese produktive Spannung werden wir versprechen. Ich bin sicher: Wir können damit gemeinsam große Energien freisetzen und viel für unser Land bewegen.

Der Koalitionsvertrag ist dafür eine gute und eine tragfähige Grundlage. Er beschreibt die vielen gewachsenen Stärken des

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Landes, benennt seine enormen Potenziale, adressiert aber vor allem die zentralen Herausforderungen, die uns auf der Schwelle zur digitalen und auch zu einer immer diverseren Gesellschaft begegnen. Er schlägt eine bereite Brücke zwischen Erhalt und Modernisierung und steht damit in bester baden-württembergischer Tradition.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Dieser Vertrag besteht eben nicht aus flammender Liebeslyrik. Er ist vielmehr ein solides, ein ehrliches Arbeitsprogramm, dessen Stärke in seinem beherzten Pragmatismus liegt. Er ist sozusagen unsere Roadmap für die kommenden fünf Jahre. Das ist auch richtig so.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Eine Liebeslegie!)

– Kollege Rülke, über Liebeslegien kann man sich dann noch unterhalten, wenn man einen Rückblick hat. Am Anfang stehen die Erwartungen, und unsere Erwartungen sind positiv.

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Es ist, wie Kollege Schwarz gesagt hat: „Nur wer Mut hat, macht Mut.“ Wir haben diesen Mut, und diesen bringen wir auch ein.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut!)

„Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen“, ließ uns Helmut Schmidt einst wissen. Mit ihren historischen Entstehungsständen kann und will diese Koalition nicht zuständig sein für den Bau irgendwelcher visionärer Luftschlösser. Es muss stattdessen um die tatsächliche Substanz gehen. Wir gehen aus von dem, was ist, was dieses großartige Land zu bieten hat und was nötig ist, damit wir uns unseren Wohlstand auch in zehn, auch in 20 Jahren noch leisten können. Wir wollen das Bild „Baden-Württemberg 2025“ malen, und daran werden wir alle mitwirken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Herr Kollege Meuthen, gestatten Sie mir an dieser Stelle einen Satz: Wissen Sie, ich gehe davon aus, dass Ihr Beitrag weit unter Ihren Fähigkeiten lag.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ich bin mir nicht sicher!
– Abg. Nicole Razavi CDU: Hoffentlich!)

Ich will Ihnen wirklich sagen: Was einerseits die Überheblichkeit, andererseits die Belehrung in Ihren Beiträgen betrifft, würde ich einfach empfehlen: Gehen Sie auf die Chancen, auf die Inhalte ein. Wir werden dieses Spiel der Märtyrer- und der Opferrolle, in die Sie sich ständig begeben, nicht mitmachen.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Ich möchte nicht weiter auf Ihre Rede eingehen – Sie hätten gern, dass sich der Landtag ständig mit Ihren Ausführungen befasst; das werde ich aber nicht machen –, aber ich sage Ihnen eines: In der Urbanstraße haben unsere Kollegen als di-

rekt gewählte Abgeordnete jahrelang ihre Abgeordnetenbüros gehabt,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! Genau!)

und sie waren hochzufrieden. Deshalb finde ich es einfach nicht in Ordnung, dass Sie aus einer Präsidiumssitzung erzählen und behaupten, Sie würden schon wieder an den Rand gedrängt. Das ist einfach nicht wahr, Herr Kollege Meuthen.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Ich will aber zum Koalitionsvertrag zurückkommen. Dieser Koalitionsvertrag ist ein Dokument der Zukunftsfähigkeit für unser Land. In diesem Sinn werden wir aus der von manchen als „ungewollt“ beschriebenen Koalition eine Koalition der ungeahnten Möglichkeiten machen. Dazu starten wir heute, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Genau!)

Das ist ein Angebot und auch eine Zusage an diese Regierung. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir machen diese Zusage mitten in einem rasanten gesellschaftlichen Wandel. Wir sehen, wie soziale Lebenswelten auseinanderdriften, wie sich unser Gemeinwesen segmentiert, auch wie unterschiedliche Wertevorstellungen zusammentreffen. Das schafft zunehmend Konflikte, Verunsicherung, auch Polarisierung, die wir nicht unterschätzen und schon gar nicht verschweigen dürfen.

Fakt ist: Unsere Gesellschaft differenziert sich. Sie wird pluraler, sie wird vielfältiger, sie wird auch komplexer. Diese Pluralität müssen wir gestalten. Auch eine bunte Gesellschaft braucht gemeinsame Normen und – das füge ich hinzu – auch eine klare Ordnung mit gemeinsamer Wertevorstellung.

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Und Werte!)

Auch das ist wichtig in einer gemeinsamen Wertevorstellung, die unsere Gesellschaft tragen muss und die dazugehört.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir wollen in diesem Land nicht anonym nebeneinander her leben, sondern wir wollen zusammenleben. Wir können nicht akzeptieren, dass sich ganze Milieus innerlich aus unserer Gesellschaft verabschieden, sich abgekoppelt fühlen und sich von einer rückwärtsgewandten Systemopposition verführen lassen. Auch das werden wir nicht zulassen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb müssen wir den Fliehkräften unserer Gesellschaft eine starke, eine attraktive und auch eine integrative gesellschaftliche Mitte gegenüberstellen. Die Aufgabe heißt heutzutage natürlich: Wir müssen Integration umfassender denken. Es geht nicht nur darum, Menschen fremder Herkunft in unser Land zu integrieren. Wir müssen auch viele Einheimische wiedergewinnen, die wir aus der Mitte der Gesellschaft vielleicht verloren haben. Auch das gehört zur heutigen Beschreibung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der AfD)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Wenn wir in einer intakten, in einer integrierten Gesellschaft leben wollen, dann müssen wir zeigen, dass es sich für jeden lohnt, an dieser Gesellschaft mitzuarbeiten. Wir müssen dafür sorgen, dass in unserem Land jedem Chancen offenstehen, dass sich Anstrengung immer auszahlt, dass jeder Einzelne Teil davon sein kann. Dafür treten wir ein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Das ist in diesem Moment der Geschichte die eigentliche Mission auch dieser Koalition. „Mission Zukunft“ heißt unser Auftrag. Wo sonst als in Baden-Württemberg mit seinem starken Arbeitsmarkt, mit seiner lebendigen Kultur des Ehrenamts, mit seinem immer noch großen sozialen Zusammenhalt sollte das möglich sein? Das ist doch der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält. Das Ehrenamt ist unbezahlt, aber unbezahlbar, und es ist eine Stärke unseres Landes.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Wo sonst sollten wir zeigen können, dass Identität und Zugehörigkeit auch unter den Bedingungen der Globalisierung funktionieren können? Gerade Menschen, die als Flüchtlinge auf Dauer bei uns bleiben werden, müssen das schnell erfahren. Es wird doch keine Lösung sein, diese Menschen nur auszugrenzen, sie zu diffamieren oder die Angst vor den anderen zu schüren. Das kann nicht die Lösung sein.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Vielmehr muss es doch heißen, sie für unser Gemeinwesen in die Pflicht zu nehmen, sie einzubinden und zu fordern. Das ist das Gebot der Stunde, und das ist der eigentliche patriotische „Call of Duty“ in dieser Krise. Deshalb ist uns in der Union und in unserer Fraktion klar: Wer keine Aussicht auf ein Bleiberecht hat, der muss unser Land ohne Wenn und Aber auch wieder verlassen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD)

Wer aber eine Zukunft bei uns hat, muss ein vollberechtigter und auch ein voll verpflichteter Teil unserer Gesellschaft werden können. Das ist doch der Auftrag. Wir wollen kein anderes Land, weder das naive Multikultiidyll von links noch eine Chauvierepublik von rechts, weder romantischen Idealismus noch rechten Populismus. Wir stehen für Realismus, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir wollen ein starkes, ein lebenswertes Baden-Württemberg, und zwar für alle, die bereit sind, daran mitzuwirken.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür heißt Sicherheit.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

So wie die Gesellschaft selbst werden auch die Bedrohungen vielschichtiger. Nicht nur die herkömmliche Kriminalität – wie etwa die viel zu hohe Zahl der Wohnungseinbrüche – macht uns Sorgen. Auch neue Aufgaben wie der Schutz sensibler Infrastrukturen, die zivile Cybersicherheit oder die Terrorismusbekämpfung verlangen volle Wachsamkeit.

Die innere Sicherheit unseres Landes muss sich heute in neuen, globalen Strukturen bewähren. Hier muss der Staat handlungsfähig bleiben und darf den Gefahren nicht hinterherlaufen.

Wenn ich an die Silvesternacht auch hier in Stuttgart denke: Vielleicht müssen wir in Zukunft die Toleranz und die Freiheit in unserem Land auch dadurch schützen, dass wir gerade auch die Grenzen der Toleranz klarer ziehen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD)

Es wurde vorhin nach Handschriften gefragt. Es wurde gefragt: Wessen Handschrift? Die CDU hat in den Koalitionsverhandlungen dafür gesorgt, dass die Sicherheit unseres Landes ein Schwerpunkt in dieser Legislaturperiode wird. Ich kann Ihnen versprechen: Wir werden gemeinsam mit unserem Innenminister Thomas Strobl hartnäckig daran arbeiten, dass wir diese Priorität in den nächsten fünf Jahren tatsächlich und nachhaltig durchsetzen. Im Koalitionsvertrag steht – ich zitiere –:

Wir machen Baden-Württemberg zum sichersten Bundesland, ...

Dafür werden wir mit unserer Fraktion gemeinsam mit unserem Innenminister sorgen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Das sind wir übrigens schon!)

– Herr Kollege Gall, ich verstehe ja, dass Sie an einem solchen Tag wie heute bei dieser Passage innere Gefühle empfinden. Aber ich kann Ihnen versichern: Wo wir jetzt sind, ist ein Zwischenstatus. Aber bei jedem Status und Standort gilt: Wir müssen noch besser werden. Das ist unser Ziel, das ist das Ziel dieser Regierung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Das unterschreibe ich ausdrücklich mit!)

Sie wissen: Für uns ist das keine Leerformel, sondern ein Arbeitsauftrag. Ein deutliches Zeichen dafür sind die 1 500 zusätzlichen Polizeistellen, die wir schaffen werden. Wir machen damit klar: Dieser Staat stellt sich den Bedrohungen kraftvoll entgegen und gibt der freien Gesellschaft einen sicheren Rahmen. Darauf kommt es an.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir treffen trotz des hohen Spardrucks eine sichtbare und buchstäbliche Wertentscheidung zugunsten der inneren Sicherheit. Hierzu gehört übrigens auch eine angemessene Personalausstattung – neben der Polizei auch in der Justiz, die ihren hervorragenden Ruf in Baden-Württemberg nur dann halten kann, wenn auch in diesem Bereich ausreichend Personal zur Verfügung steht. Dafür wird der neue Justizminister kämpfen. Davon sind wir überzeugt. Auch das steht im Koalitionsvertrag.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Die Arbeit in Polizei und Verfassungsschutz geschieht heute unter ungeheurem Belastungsdruck. Sie verlangt hochspezialisiertes Know-how, und sie bedeutet enorme Verantwortung. Frauen und Männer in den Sicherheitsbehörden unseres Landes verdienen deshalb unseren Respekt und unsere Unterstützung. Deshalb danke ich an dieser Stelle den Tausenden Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen, die täglich für uns, für die Sicherheit ihre Arbeit tun.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

Sie werden sich – das ist uns wichtig – darauf in ihrem täglichen Dienst auch wirklich verlassen können. Um unsere Polizistinnen und Polizisten im Einsatz besser zu schützen, werden Body-Cams eingeführt. Wir setzen damit auch ein Signal, nämlich: Angriffe auf Polizeibeamte sind kein Bürgerrecht; sie sind kriminell, und sie müssen geahndet werden.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

Ich finde es deshalb wichtig, dass in der Regierungserklärung auch der Polizei ausdrücklich das Vertrauen ausgesprochen wurde. In der Vergangenheit – gestatten Sie mir diese Bemerkung, verehrte Kolleginnen und Kollegen auch von den Grünen – war das nicht immer so deutlich zu hören.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Kann man so sagen!)

Aber auch da gehe ich davon aus, dass das zur politischen Reife gezählt wird, die Sie unserer Koalition ja auch zu Recht attestiert haben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das werden wir von der Opposition aus aber genauestens beobachten!)

– Da sind wir, Herr Kollege Rülke, sicherlich gespannt miteinander unterwegs. Aber wir sind zuversichtlich. Deshalb habe ich Ihnen gesagt: Diese Koalition wird gemeinsam den Koalitionsvertrag umsetzen. Aber jede Fraktion wird auch ihren Freiraum haben. Das hat nicht nur der Ministerpräsident betont. Darauf legen beide Koalitionspartner großen Wert. Nur das gibt bei der Betrachtung der Einzelteile ein gutes Ganzes. Davon sind wir überzeugt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Sicherheit ist ein umfassendes Bedürfnis. Neben der Sicherheit vor Gewalt und Kriminalität geht es auch um die Sicherheit unseres Wohlstands, um die Sicherheit im Alter oder auch um eine gesicherte Nahversorgung.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Richtig!)

Zu einem starken und zukunftssicheren Baden-Württemberg gehört deshalb auch ganz entscheidend die Sicherung von Zukunftschancen in Stadt und Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Die Union in dieser Koalition war schon immer die Garantiemacht des ländlichen Raums, und das wird sie auch bleiben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Martin Grath GRÜNE)

Uns war und ist es nie egal, ob im Schwarzwald eben mal ein Tal zuwächst, wie früher zu hören war. Wir wollen die Stärke auch der ländlichen Räume. Wir haben in Europa 111 Regionen. In ganz Europa hat keine davon so starke dezentrale Strukturen wie Baden-Württemberg. Das ist der Erfolg einer jahrzehntelangen Politik, die Stadt und Land im Gleichschritt fortentwickelt hat. Ich nenne hier nur die beispiellose Erfolgsgeschichte, Programme wie das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum, Stadtsanierung und vieles mehr. Unser Land braucht auch seine ländlichen Räume. Sie sind auch, aber eben nicht nur Natur- und Erholungsorte.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Sie sind heute genauso brummende ökonomische Zentren. Wir sind das Land der Weltmarktführer auch auf den Dörfern. Wir sind die Heimat von Machern, Meistern und Maschinenbauern. Wir sind genauso das Weltzentrum der Medizintechnik. Das ist nicht im angesagten Berlin und nicht im coolen Kalifornien und auch in keiner chinesischen Megacity, sondern beispielsweise in Tuttlingen. Andere mittelständische Weltunternehmen führen ihre globalen Geschäfte von Schwanau, Waldachtal, Hohenlohe, Tauberfranken, Muldingen aus –

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU)

um nur einige Orte zu nennen. Das sind die Stärken dieses Landes: die dezentralen Strukturen von Stadt und Land. Daran werden wir weiterarbeiten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Der ländliche Raum in unserem Land, das ist nicht die abgehangte Provinz, in der hippe Städter bestenfalls einmal die gute Luft genießen. Unser ländlicher Raum ist das starke Rückgrat dieses Landes und die feste Basis auch unserer mittelständischen Wirtschaft.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Bernd Gögel AfD)

Damit das so bleibt, werden wir dafür sorgen, dass auch in Zukunft Chancen, Infrastrukturen und Wertschöpfung in der Fläche genauso zu Hause sind wie in den urbanen Zentren. Dafür wird auch unser Demografiebonus ein Mittel sein. Mit ihm stellen wir sicher, dass ländliche Regionen auch unter den Bedingungen des demografischen Wandels attraktive Lebensbedingungen bieten können. Das ist für uns eine vitale Frage; denn wir wollen das ganze Land in die Zukunft mitnehmen. Hierfür steht auch unser Minister für Ländlichen Raum Peter Hauk.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Der Mittelstand ist die Kraftquelle für unsere ausgeglichene Wirtschaftsstruktur und für unseren Wohlstand. Hierfür steht er. Wir werden auch junge Gründer fördern, werden ihnen gute Startbedingungen ermöglichen. Es war der Mittelstand, der Baden-Württemberg durch die Krise getragen hat. Es sind die mittelständischen Unternehmen, die uns im harten globalen Wettbewerb nach vorn bringen. Ihre Heimatverbundenheit und ihre soziale Mitverantwortung sind der Erfolgsgarant für das

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Modell Baden-Württemberg. Der Mittelstand ist unser Joker im Standortpoker, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

Doch die Digitalisierung sorgt dafür, dass die Karten in diesem Pokerspiel gerade neu gemischt werden. Für die Stärkung unseres Mittelstands steht auch unsere neue Wirtschaftsministerin, die am besten kennt, was mittelständische Wirtschaft in diesem Land ausmacht. Deshalb sind wir überzeugt davon, dass wir gemeinsam mit ihr die Wirtschaft noch weiter voranbringen und damit weiterhin Wirtschafts- und Exportland Nummer 1 bleiben und vor allem auch in der Zukunft so sein werden, wie es in der Vergangenheit der Fall war.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Bernd Gögel AfD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

– Kommt noch. – Hierzu gehört aber auch die digitale Revolution. Sie bestimmt unsere Zukunft. Sie eröffnet ganz neue Horizonte, und sie wird neue Kräfte und neue Kreativität freisetzen. Dabei ist es völlig richtig: Andere sind uns hier schon wichtige Schritte voraus, und zwar nicht nur die großen USA. Ich nenne nur das kleine Estland. Der dortige Regierungschef hat mir kürzlich gesagt, dass dort seit dem Jahr 2000 jede Kabinettsitzung papierlos durchgeführt wird.

Aber neben den großen Chancen und Potenzialen birgt die Digitalisierung natürlich auch Risiken. Baden-Württemberg ist ein Industrieland, es verdankt seinen Wohlstand nicht zuletzt der großen Zahl gut bezahlter sicherer Arbeitsplätze in der Produktion. Wenn nun aber in den Fabriken der Zukunft Maschinen und Werkstücke sich intelligent vernetzen und die Abläufe autonom organisieren, dann könnten damit auch zahlreiche qualifizierte Arbeitsplätze wegfallen. Wir wollen nicht, dass die Digitalisierung zwar Produktivität und Wachstum schafft, in ihrem Schatten jedoch Beschäftigungsabbau oder prekäre Jobs um sich greifen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Aktuell liegen ja pessimistische Prognosen vor, aber ich bin überzeugt davon: Die Digitalisierung wird auf Dauer neue und attraktivere Arbeitsplätze auch in unserem Land entstehen lassen, wie im Übrigen jeder Strukturwandel bisher ebenfalls. Wir werden den Unternehmen in unserem Land auf diesem Weg der Veränderung helfen – mit einer umfassenden Strategie, mit der wir Technologie und Innovation, Bildung und Qualifizierung, Beschäftigung und Infrastruktur zu einer Politik für die digitale Zukunft verbinden. Das wird unter der Koordination des für die Digitalisierung zuständigen Innenministeriums geschehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ferner stellen wir die wirtschaftliche Stärke des Landes mit einem eigenständigen CDU-geführten Wirtschaftsministerium wieder ganz vorn ins Schaufenster.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Leider ist der Laden leer!)

Das ist mehr als Symbolik. Es ist eine klare Ansage.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

– Ja, ich weiß, das tut euch weh.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Schaufenster reicht nicht!)

– Ja. Ich sage gerade: Es ist mehr als Schaufenster, es ist auch mehr als Symbolik. Es ist eine klare Ansage, dass Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg ab sofort wieder höchstes Gewicht hat. Darum geht es.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

– Ja! – Dazu wird die Wirtschaftsministerin, die aus einem mittelständischen Betrieb kommt, sicherlich ihren Beitrag bringen.

Meine Kolleginnen und Kollegen, Wachstum und Wohlstand brauchen Wege, Straßen und Schienen ebenso wie leistungsfähige Datenleitungen. Wir müssen den Investitionsstau auflösen. Mit 320 Millionen € für den Breitbandausbau und mit 500 Millionen € für Straße, Schiene und Hochschulbau sorgen wir dafür, dass die Infrastruktur im Land Schritt hält mit einer mobilen und auch vernetzten Welt, digital und analog. Diese Schlüsselressourcen müssen wir nutzen. Auch dafür werden wir uns einsetzen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wenn wir bei Schlüsselressourcen sind: Der wichtigste Rohstoff in dieser Welt sind Wissen und Bildung, Grips und Geist. Sie ermöglichen, dass wir in unserem Land nicht nur zu Opfern, sondern zu Gestaltern der digitalen Welt, des digitalen Wandels werden. Es ist kein Geheimnis: Auf dem zentralen landespolitischen Feld der Bildungspolitik gibt es seit jeher auch viel Trennendes zwischen den Parteien, auch zwischen CDU und Grünen, und ich sage auch voraus: Hier wird es innerhalb der nächsten fünf Jahre sicherlich noch innerkoalitionären Abstimmungsbedarf geben.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ah! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Völlig logisch! – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

– Ja. – Aber wir sind gemeinsam bereit, zum einen Brücken über bildungspolitische Gräben zu bauen und zum anderen auch pragmatische Lösungen anzugehen. Es ist nun einmal – auch gerade jetzt – die Zeit der Kompromisse. Wir haben immer gesagt: Wir werden die Gemeinschaftsschule nicht einfach wieder von der Bildungslandkarte löschen. Denn Schüler, Eltern und Lehrer haben einen Anspruch darauf, dass bildungspolitische Grundsatzentscheidungen länger als eine Wahlperiode Bestand haben und dass an den Schulen nicht ständig hin- und herreformiert wird. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Aber wir haben hier vieles vom ideologischen Sockel heruntergeholt.

(Lachen des Abg. Andreas Stoch SPD)

Wir beenden auch die Verkündigung nur einer Schulart wie der Gemeinschaftsschule als Dogma. Wir ordnen sie ein in ein ohnehin vielfältiges Bildungswesen der vielen Wege, und wir

(Dr. Wolfgang Reinhart)

überwinden damit die quälenden Strukturdebatten und konzentrieren uns auf Unterrichtsqualität und Bildungserfolg in passgenauen Angeboten. Mehr über Qualität und weniger über Strukturen – das ist unser Motto, mit dem wir an die Bildung herangehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Das bedeutet für uns neben der Einführung des Kinderbildungspasses, neben passgenauen Ganztagsangeboten – auch hier hat sich die Gesellschaft verändert; wir dürfen das nicht nur rückwärtsgewandt diskutieren – das klare Bekenntnis zum Gymnasium. Es bedeutet für uns die Stärkung der Realschule mit einem zukunftsgerichteten Profil als weiterhin tragende Säule der Sekundarstufe I und die weitere Profilierung auch der beruflichen Bildung auf Augenhöhe. Das ist unser Weg, den wir verfolgen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Dabei ist uns wichtig, dass auch die erfolgreichen beruflichen Gymnasien keine unnötige Konkurrenz bekommen. Deshalb will ich schon einen Punkt betonen, weil der so oft diskutiert wurde: Eine Oberstufe wird es in Zukunft gerade einmal an zehn von über 290 Gemeinschaftsschulen geben.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: So steht es aber nicht drin!)

Das sind maximal 3 % der Gemeinschaftsschulstandorte. Deshalb muss man die Zahl schon hinzufügen, wenn man über dieses Thema spricht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Wo stehen die Zahlen?)

Mit dieser festen Obergrenze sichern wir die Existenz der Gymnasien, Herr Kollege Stoch, an denen ja auch Ihnen sehr viel gelegen ist, wie ich weiß.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der SPD)

Hierfür, verehrte Kolleginnen und Kollegen, steht auch unsere neue Kultusministerin Susanne Eisenmann. Wir sind überzeugt davon, dass wir gerade auch in der Bildungspolitik weiter Verlässlichkeit und vor allem Zuversicht in die Schulen vermitteln, damit Schüler, Lehrer und Eltern Gewissheit haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Königsrecht des Parlaments ist das Budgetrecht.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Deshalb gehört zum Beginn einer Legislaturperiode auch eine ehrliche und eine ordentliche Eröffnungsbilanz des Staatshaushalts. Das Land hat übrigens vor allem in den vergangenen fünf Jahren Rekord um Rekord bei den Steuereinnahmen eingefahren. Zwischen 2010 und 2016 verbuchte der Finanzminister ein Einnahmeplus von 40 %, nämlich von 24,8 Milliarden € auf zuletzt 34,8 Milliarden €. In dieser Zeit der sprudelnden Steuerquellen haben acht Bundesländer damit begon-

nen, Altschulden zurückzuzahlen. Bei uns hat sich der Schuldenberg aber erhöht und damit das Haushaltsloch vergrößert. Ich meine, hier haben wir eine große Chance vertan und auch wertvolle Zeit verspielt. Wir könnten heute noch besser dastehen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Nun steht die neue Koalition vor der Aufgabe, den Haushalt zu sanieren und die Deckungslücke von fast 2 Milliarden € zu schließen, allerdings unter deutlich schwierigeren Bedingungen. Denn die Zuwächse bei den Einnahmen werden sich in den nächsten Jahren nicht so fortsetzen. Der Steuerregen ist ja leider der einzige Regen, der oft schon verdunstet ist, bevor er den Boden erreicht hat. Aber wir stehen – das will ich hier schon sagen – zur haushaltspolitischen Verantwortung. Wir bekennen uns, wie der Kollege Schwarz zu Recht ausgeführt hat, zur Schuldenbremse, und wir wollen die Erblast für die Generation unserer Kinder endlich auch wirksam begrenzen. Auch das ist ein Auftrag, dem wir uns stellen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Mit dem Einzug der AfD in dieses Parlament – wir haben es vorhin vom Kollegen Meuthen gehört, und ich habe es heute erst recht so vorausgesehen – werden wir noch viel über politische Kultur im Land und in diesem Haus zu sprechen haben.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf von der AfD: Sie können noch was lernen! – Gegenruf von der CDU: Man muss nicht alles lernen!)

Da sind wir uns sicherlich alle einig.

Wir müssen uns fragen, welches Bild von Baden-Württemberg wir den Menschen, auch der Welt vermitteln wollen. Ein Thema liegt mir da besonders am Herzen, und das ist Europa. Baden-Württemberg liegt nicht nur im redensartigen Sinn, sondern ganz real und geografisch mitten in Europa. Bei uns kreuzen sich die großen kontinentalen Verbindungsachsen von Rotterdam nach Genua, von Paris nach Budapest. Die Unternehmen in unserem Land exportieren aktuell Güter und Waren im Wert von fast 100 Milliarden € im Jahr allein in die Länder der Europäischen Union. Das ist immerhin die Hälfte der gesamten baden-württembergischen Ausfuhr. Bei den Waren aus dem Hochtechnologiesektor ist der Anteil der Exporte sogar noch deutlich höher.

Das zeigt: Wir in Baden-Württemberg sind nicht nur Europäer, wir leben auch von Europa. Wenn jemand von der europäischen Integration profitiert hat und weiter profitiert, dann sind das wir. Europa steht in vielen Fragen am Scheideweg. Aktuell bin ich überzeugt davon: Für die großen Themen – globale Flüchtlingskrise – brauchen wir erst recht europäische Lösungen statt Nationalismus. Das ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Als europäische Region mit weltweiten Verflechtungen ist für uns deshalb eine Zukunft ohne ein offenes Europa überhaupt nicht denkbar. Hierfür steht gerade unser neuer Justiz- und

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Europaminister Wolf; denn er hat diese Aufgabe übernommen und wird sie ebenfalls erfolgreich in diesem Land als Botschaft weiter hinaustragen.

Gerade unter dem Eindruck der europäischen Krise und gerade an die Adresse aller, die jetzt die europäische Idee infrage stellen, sage ich deshalb: Ein Land wie Baden-Württemberg kann sich billige Antieuropareflexe auch von der AfD schlicht und einfach nicht leisten, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf von der AfD: Europa ist ein Kontinent!)

Wer hier seine Heimat wirklich liebt, der steht zu Europa. Alles andere schadet diesem Land. Es ist letztlich ziemlich einfach, klarzumachen, was Sie von uns unterscheidet. Das wurde auch in Ihrer heutigen Eingangsrede deutlich. Ihr Selbstverständnis ist es, Zukunftsangst zu schüren. Unseres ist es, Zukunftsfähigkeit zu schaffen. Das ist der Unterschied zwischen uns beiden.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Genau!)

Und wir, die Union, sind die Alternative zur Alternative für Deutschland.

(Lachen bei der AfD – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir sind die wirklich freundlichen Patrioten in diesem Land, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD – Vereinzelt Heiterkeit)

Ich will in die Schlussrunde kommen. Adenauer, unser erster Bundeskanzler,

(Zuruf von der AfD: Schon lange her!)

hat einen schönen Satz gesagt:

Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist eine Notwendigkeit für ... alle.

Ich bin überzeugt davon, dass dieser Satz heute mehr denn je Gültigkeit hat. Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, sage ich: Baden-Württemberg ist heute nicht mehr nur das Modell deutscher Möglichkeiten, auf das Theodor Heuss einst seine Hoffnungen gerichtet hat. Es ist längst zum Beweis dieser Möglichkeiten geworden. Wir werden diesen Beweis von Neuem antreten. Wir werden das Bild „Mission Zukunft Baden-Württemberg 2025“ ausmalen. Diese Koalition stellt die Weichen für Baden-Württemberg 2025. Wir wollen, das Baden-Württemberg im Glücksatlas der Republik wieder ganz oben steht.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich komme zum Schluss: „Attempo!“, habe ich am Anfang gesagt. Machen wir uns auf den Weg, auf einen Weg der Si-

cherheit und des Zusammenhalts, auf einen Weg der Neugier und des Unternehmergeistes, auf einen Weg der Chancen für alle.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei den Grünen – Zurufe von der CDU: Jawohl! – Bravo!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Fraktionsvorsitzender Stoch, Sie haben das Wort.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Im Rahmen der Aussprache über die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten stellt sich für die SPD-Landtagsfraktion die Frage: Wie gehen wir mit der Regierungserklärung um? Wie gehen wir mit dem Inhalt des Koalitionsvertrags um,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Konstruktiv, Herr Stoch!)

da wir doch fünf Jahre lang mit dem größeren Partner in der neuen Regierung dieses Land – so meine ich – erfolgreich und gut regiert haben?

(Abg. Winfried Mack CDU: Wie lang habt ihr darüber in der Koalition beraten?)

Viele Journalisten haben natürlich gefragt: „Herr Stoch, was können Sie jetzt in der Aussprache über die Regierungserklärung vorbringen?“ Denn wenn Sie genau in den Koalitionsvertrag schauen, wenn Sie auch die Regierungserklärung anschauen, dann stellt sich doch an vielen Stellen die Frage: Wäre denn bei einer Fortsetzung der von Grünen und SPD geführten Regierung so vieles anders gestaltet worden?

(Zurufe, u. a. Abg. Nicole Razavi CDU: Ja, bestimmt!)

– Ich sehe, die Reflexe funktionieren noch. – Deswegen muss man hier sehr differenziert vorgehen.

Wir werden, sehr geehrter Herr Ministerpräsident und liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, nicht an den Stellen die verbale Keule auspacken, an denen es darum geht, das Land in der Linie der letzten fünf Jahre weiterzuentwickeln. Ich werde nachher auch zu verschiedenen Themenbereichen kommen, bei denen ich meine, dass wichtige und richtige Entscheidungen getroffen wurden. Aber ich werde für die SPD-Landtagsfraktion natürlich auch an den Stellen deutliche Kritik üben, an denen wir das Gefühl haben, dass Entscheidungen, die jetzt für die Zukunft dieses Landes wichtig sind, nicht getroffen werden, weil keine konkreten Aussagen in diesem Koalitionsvertrag zu finden sind.

Ich darf vorweg betonen und darf Ihnen, Herr Ministerpräsident, da die volle Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion zusagen: Sie reden einem Bild von Baden-Württemberg als einem weltoffenen und toleranten Land, einer offenen Gesellschaft das Wort. Ich glaube, es sollte unser aller Interesse sein, gerade im Hinblick auf die Herausforderungen dieser Zeit zu betonen, dass uns dieses Ziel verbindet, dass vier Fraktionen in diesem Landtag wissen, was sie an diesem weltoffenen und toleranten Baden-Württemberg haben – nicht nur aus gesellschaftlichen, auch aus wirtschaftlichen Gründen und weil es der Moral und der Ethik in unserem Land entspricht.

(Andreas Stoch)

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Ich möchte an dieser Stelle anfügen – Herr Kollege Reinhart, Sie haben mit dem Thema Europa geendet –: Für uns Sozialdemokraten, für eine Partei, die seit über 150 Jahren für die Entwicklung dieser Gesellschaft Verantwortung übernimmt, ist Europa, ist der Frieden in Europa, ist vor allem auch die gesellschaftliche Entwicklung in Europa ein ganz wichtiges Bindeglied für eine gute Entwicklung in Baden-Württemberg und in Deutschland. Deswegen, Herr Ministerpräsident, werden wir auch bei der Frage „Wie stellt sich Baden-Württemberg, wie stellt sich Deutschland im europäischen Kontext auf?“ an Ihrer Seite sein. Denn Europa muss für die Menschen ein Hoffnungszeichen sein, Europa muss ein Hort der Menschlichkeit und der Menschenrechte sein. All dem, was in europäischen Ländern gerade mit rechtspopulistischen Bewegungen passiert, muss klar Einhalt geboten werden. Dafür steht die SPD in Baden-Württemberg, und dafür stehen wir alle.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Aber ich glaube, wir müssen auch ganz deutlich ansprechen, dass wir in diesem Koalitionsvertrag und in der Fortsetzung auch in der Regierungserklärung eines vermissen. Dieses eine, was wir vermissen, ist die gestalterische Idee. Wo ist vor allem die gemeinsame Idee von Grünen und CDU, wie die Herausforderungen unserer Zeit bewältigt werden sollen? Gestatten Sie mir den Hinweis: Wenn ich die Reaktionen der Vertreter der Regierungsfractionen nicht nur im Rahmen der heutigen Aussprache, sondern auch während der Regierungserklärung betrachte, sehe ich, ganz offen gesagt, noch wenig Verbindendes.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Der Eindruck täuscht!)

Dann müsste es, glaube ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Aufgabe sein, die nächsten Wochen und Monate zu beobachten. Denn wenn eine Regierung, die noch gar nicht im Amt ist, damit startet, dass jemand, der offensichtlich vorhat, stellvertretender Ministerpräsident zu werden,

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

wütend eine Fraktionssitzung verlässt, weil in einer Probeabstimmung nicht das Ergebnis herauskam, das er sich gewünscht hat, dann ist das kein gutes Zeichen für Baden-Württemberg und kein gutes Zeichen für diese Regierungskoalition.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Herr Kollege Reinhart, Sie haben auch vom Thema Freiraum gesprochen.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ihr kennt das!)

Natürlich werden alle Fraktionen im Landtag von Baden-Württemberg – auch die Regierungsfractionen – Freiräume haben und Freiräume brauchen. Aber wenn man das Gefühl hat, dass Grüne und CDU nur Freiräume haben, aber keinen

gemeinsamen Raum, dann wird das keine erfolgreiche Koalition sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD – Zurufe der Abg. Dr. Wolfgang Reinhart und Nicole Razavi CDU)

Wenn wir nun zu den beiden Redebeiträgen der Vertreter der Regierungsfractionen, der Kollegen Schwarz und Reinhart, kommen, dann stellen wir eines fest: Es wird versucht, ein rhetorisches Feuerwerk abzubrennen,

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Es war eines!)

das aber letztlich in Überschriften verhaftet bleibt. Das ist auch ein Punkt, den ich bei der Lektüre des Koalitionsvertrags sehr kritisch sehe. Denn mit 140 Seiten ist der Koalitionsvertrag von Grün und Schwarz der längste Koalitionsvertrag, den es bisher in Baden-Württemberg gab.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Da ist ja auch inhaltlich viel drin! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Viele schwarze Buchstaben sind da drin, aber keine Inhalte!)

Leider ist es so, dass dann, wenn man viel Platz braucht, meist ganz, ganz wenig Substanz und Inhalt drin sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diesen kurzen Rückblick – das sei der einzige – gestatten Sie mir doch sehr wohl: Wenn wir vielleicht in einigen Jahren einmal die Frage stellen: „Was ist denn von einer Regierung aus Grünen und CDU in diesem Land gestaltet und geschaffen worden?“, dann wird es natürlich – egal, ob für Journalisten oder für die Öffentlichkeit – äußerst schwierig werden.

(Zuruf der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

Denn wie wollen Sie Leerformeln, Phrasen und Worthülsen auf Umsetzung überprüfen?

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das mit dem Glashaus!)

Wir hatten in der Vergangenheit – das war auch Teil des Koalitionsvertrags der letzten Regierung – ein umfassendes Reformprogramm für dieses Land Baden-Württemberg begonnen, ein Reformprogramm, in dem wir z. B. im Bildungsbereich dringend notwendige und längst überfällige Reformen angestoßen haben,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

in dem wir einen Pakt für Familien geschlossen, eine Polizeireform durchgeführt, vier Mal die schwarze Null im Haushalt erzielt und die Mittel für die Krankenhausfinanzierung in Baden-Württemberg um 47 % gesteigert haben.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Wo, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist denn Ihr Zukunftsentwurf für Baden-Württemberg?

(Beifall bei der SPD)

(Andreas Stoch)

Ich habe ein bisschen die Befürchtung, dass das Flüchten in diese rhetorisch geschickten Formulierungen – die aber letztlich doch Phrasen und Worthülsen sind – eine Reaktion darauf ist, dass man auf vielen Politikfeldern keine gemeinsame und vor allem keine verbindende Idee hat.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Der Eindruck täuscht, Herr Kollege! Da täuschen Sie sich!)

Da aber, wo Sie ins Detail gehen, stellen wir fest, dass uns hier Dinge verkauft werden, die längst auf dem Weg sind. Ich werde dazu noch kommen.

Deswegen halte ich es – das sei zu Beginn vorangestellt – bei einer Regierung mit dieser satten Mehrheit – nämlich 89 von 143 Sitzen – gerade in Zeiten des rasanten gesellschaftlichen und auch wirtschaftlichen und technologischen Wandels für eine Enttäuschung, dass in diesem Koalitionsvertrag auf die wichtigen Fragen dieser Zeit nicht wirklich eine Antwort gegeben wird, sondern dass versucht wird, mit rhetorischen Finessen darüber hinwegzutäuschen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren – Kollege Reinhart hat es in seinem Wortbeitrag gegen Ende auch angesprochen –, wir hätten natürlich erwartet, dass wir gerade zum Thema „Haushalts- und Finanzpolitik“ hier klarere Aussagen bekommen.

(Beifall des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So wie bei Ihrem Beginn damals!)

Zu dem Thema Finanzen fällt Ihnen immerhin eine ganze Seite Text ein. Es ist ja ein ganz beliebtes Stilmittel, zum Antritt einer neuen Regierung einen groß angekündigten Kassensturz zu machen, um dann mit einem sauertöpfischen Gesicht in die Kamera zu sagen, die Lage sei äußerst prekär.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Das wirkt wenig glaubwürdig, denn die größere der beiden Regierungsfractionen hat auch in den vergangenen fünf Jahren mitregiert, und die größere der beiden Regierungsfractionen war über jede finanzpolitische Entscheidung im Bilde.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wird nicht bestritten!)

Aber jetzt darf ich darauf hinweisen – es ist ja wohl offensichtlich, Herr Kollege Reinhart, auch ein Ammenmärchen, das Sie jetzt in Fortsetzung der Oppositionszeit weiter zu erzählen versuchen –: Wir haben das strukturelle Defizit, das wir 2011 im Haushalt vorgefunden haben, um 1,6 Milliarden € reduziert. Falls es eines Belegs bedarf: Die Ratingagentur Standard & Poor's hat Baden-Württemberg 2003 das AAA-Rating verliehen. Unter Schwarz-Gelb hatte man es dann zwischenzeitlich verloren, aber seit 2012 hat man es wieder durchgehend erhalten. Wo ist also die finanzpolitisch schlechte Bilanz dieser Regierung?

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren – da würde ich mir sehr viel mehr Mut bei Ihnen wünschen –, wir haben in vielen Bereichen, in denen dies jahrelang verschlafen wurde,

wichtige Investitionen getätigt. Denn was bringt Ihnen ein Verschuldungsabbau in der Kasse, wenn Sie die Substanz draußen verschlechtern? Wir haben z. B. im Landesstraßenbau, gerade wenn es um das Thema Sanierung geht, und im Hochschulbau viele Versäumnisse der zuvor von der CDU geführten Regierungen repariert, indem wir sehr viel Geld in diese Bereiche investiert haben. Das ist Nachhaltigkeit im politischen Tun und Handeln.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Stoch, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Abg. Andreas Stoch SPD: Nein.

Präsidentin Muhterem Aras: Okay.

Abg. Andreas Stoch SPD: Dann ist es doch überraschend, wenn wir jetzt vom stellvertretenden Ministerpräsidenten nach Gesprächen, die offensichtlich im Rahmen der Koalitionsverhandlungen gelaufen sind, hören, dass er – er kommt aus der Bundespolitik, ist aber immerhin Landesvorsitzender der CDU – überrascht sei, wie intensiv sich das Land Baden-Württemberg z. B. im Bereich der Integration von Flüchtlingen engagiert hat.

Wer dann, wenn er nicht weiß, dass das Land im Haushalt 2016 für diesen Bereich gut 2 Milliarden € zur Verfügung stellt, versucht, aus einer Deckungslücke im Haushalt eine Schimäre aufzubauen und daraus den Vorwurf häuslicher unverantwortlichen Handelns abzuleiten, der geht fehl, Herr Strobl. Ich glaube, Sie sollten sich sehr intensiv mit der Frage beschäftigen, was das Land Baden-Württemberg in den letzten fünf Jahren gerade in diesem Bereich geleistet hat.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Was ich mir, liebe Kolleginnen und Kollegen und Herr Ministerpräsident, gewünscht hätte, wäre auch mehr Aufrichtigkeit, gerade wenn es um das finanzpolitische Kapitel geht. Denn wir finden im Koalitionsvertrag leider keine umfangreichen Angaben dazu, wie Sie gedenken, den Pfad der haushaltspolitischen Solidität und der finanzpolitischen Konsolidierung weiterzugehen. Denn mit Blick auf konkrete Maßnahmen, wenn es z. B. um Einsparungen bei den Beamten geht, wenn es z. B. um die Frage der Deckelung zukünftiger Gehaltserhöhungen geht, wenn es z. B. um die Absenkung der Beihilfe für neue Beamte oder 300 Millionen € weniger an Mitteln für die Kommunen geht, bleiben Sie im Ungefähren und im Vagen.

Ich glaube, es ist ein Gebot der Ehrlichkeit, aber vor allem auch ein Gebot der Transparenz, dass man den Menschen im Land Baden-Württemberg die Wahrheit sagt – auch über die unangenehmen Seiten des Regierungshandelns.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Es ist natürlich sehr viel leichter, finanzpolitische Ankündigungen zu Ausgaben zu machen, als sie zu hinterfragen. Wir haben Ihre Ankündigung – die war auch medial nicht zu überhören – vernommen, dass in den nächsten fünf Regierungs-

(Andreas Stoch)

jahren 500 Millionen € in die Bereiche Schiene, Straße, Hochschule und Hochbau investiert werden.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Zusätzlich!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind ganze 100 Millionen € pro Jahr – nur einmal zum Vergleich. Insbesondere beim Straßenbau müssen Sie sich an den Zahlen messen lassen, die wir Ihnen hinterlassen haben, um den Sanierungsstau abzubauen. Ich darf für die Regierung, die von Grünen und SPD getragen wurde, sagen: Da war es insbesondere die SPD, die dem Verkehrsminister die Möglichkeit gegeben hat, inzwischen als Straßenbauminister Deutschlands durch die Lande zu ziehen. Aber Sie kennen sicherlich auch die Geschichte vom Hund, den man zum Jagen tragen musste.

(Beifall bei der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Ach so! War es doch so? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der Hund war auf dem Gepäckträger! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Kommen wir zu einem weiteren Thema – ich wusste, dass Herr Rülke an diesem Spruch Gefallen findet –: Eine Überschrift, die wir in diesem Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung – ich habe es nicht gezählt – einige Male gelesen bzw. gehört haben, ist der Begriff „Digitalisierung“. Digitalisierung ist – das ist völlig unbestritten – ein unglaublich wichtiges Zukunftsfeld,

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Der rote Faden! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der grüne Faden! – Abg. Nicole Razavi CDU: Der schwarze Faden!)

und zwar nicht nur für die wirtschaftspolitische Entwicklung dieses Landes. Die Digitalisierung berührt vielmehr ganz viele Bereiche unseres politischen Handelns. Digitalisierung steht dabei zuvörderst für eine umfangreiche Vernetzung aller Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft. Sie bedeutet auch für das Individuum Veränderungen – nehmen Sie die Beispiele E-Commerce, mobiles Internet oder die sozialen Medien –, sie bietet auch für Beschäftigte, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – übrigens Begriffe, die ich in der Regierungserklärung aus meiner Sicht leider viel zu selten gehört habe –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Kein einziges Mal!)

die Chance, räumlich und zeitlich so flexibel wie nie zuvor arbeiten zu können. Und für die Industrie – das ist völlig unbestritten; diese Prozesse sind ja längst im Gang – bedeutet Digitalisierung einen massiven Umbruch durch die Verbindung physischer und virtueller Welten; Prozesse, Produktion, Produkte und Service verändern sich radikal.

Zweifelsohne ist diese bereits im Gang befindliche Digitalisierung ein bedeutendes Thema für unser Land. Aber, mit Verlaub, Herr Ministerpräsident, Sie haben es nicht erfunden. Wichtige Impulse wurden hier bereits teilweise vor Jahren gesetzt – auch von Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid, der in seiner Tätigkeit als Wirtschaftsminister hier bereits in vielen Bereichen Prozesse angeregt und gestartet hat. Dabei standen Themen wie IT und Datensicherheit für den Mittelstand, die Digitalisierung der Produktion unter dem Stichwort „Industrie 4.0“ oder auch Mobilitätskonzepte wie das autono-

me Fahren im Mittelpunkt. Die Digitalisierung eröffnet natürlich nicht nur in der Industrie, sondern auch für das Handwerk neue Geschäftsfelder.

Aber wir dürfen bei dem Glauben an diese Kraft, diese Veränderungsdynamik der Digitalisierung nicht vergessen, meine sehr geehrten Damen und Herren – und darüber habe ich zu wenig gehört –: Diese Veränderungen – auch die Digitalisierung – sind für Menschen in Baden-Württemberg auch mit Risiken verbunden, nämlich dann, wenn diejenigen, die von diesen Digitalisierungsprozessen erfasst werden, teilweise ihren Arbeitsplatz verlieren oder aufgrund ihrer beruflichen Qualifizierung diesem Prozess, diesem Entwicklungstempo nicht mehr standhalten können.

Deswegen spielen für mich gerade bei diesem Digitalisierungsthema Bildungsthemen – vor allem die berufliche Weiterqualifizierung – eine ganz zentrale Rolle. Deswegen wird auch das Thema „Lebenslanges und lebensbegleitendes Lernen“ eine noch viel wichtigere Rolle spielen, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Dazu hätte ich gern in dieser Regierungserklärung sehr viel mehr gehört.

Aus der Digitalisierung erwächst auch ein großer Bedarf an Qualifizierung und Weiterbildung, ein noch höherer Bedarf in den MINT-Berufen, bei denen wir schon heute einen deutlichen Fachkräftemangel verzeichnen.

Auch die Frage, wie künftig im Rahmen des Arbeitszeitgesetzes Arbeitszeiten erfasst und welche neuen Modelle der Qualifizierung erprobt werden, wird eine wichtige Rolle spielen.

Da erscheint es mir umso unverständlicher, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ein Thema wie die Digitalisierung zukünftig im Innenministerium ressortiert. Denn aus meiner Sicht ist das Thema Digitalisierung bei allen Berührungen mit anderen Bereichen im Kern ein klassisches Wirtschaftsthema.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Sehr geehrter Herr Kollege Reinhart, ich möchte Sie da – ein bisschen auch aus der Vergangenheit plaudernd – darauf hinweisen: Sie sprachen vorhin davon, dass ein eigenständiges Wirtschaftsministerium endlich wieder ein Schaufenster für die Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg sei. Dann müssen Sie aber gut aufpassen, dass Ihnen hintenherum niemand den Laden ausgeräumt hat. Denn was im Bereich des Wirtschaftsministeriums zukünftig nicht mehr angesiedelt sein wird – dagegen hat sich Nils Schmid z. B. vehement gewehrt –, ist z. B. das Thema Ressourceneffizienzstrategie; die Zuständigkeit dafür ist nämlich elegant ins Umweltministerium gekommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Oder auch die Fragen der E-Mobilität: Die Zuständigkeit dafür ist elegant ins Verkehrsministerium gekommen. Sie müssen also aufpassen, Herr Kollege Reinhart, dass es Ihnen bei manchem nicht so geht wie anderen, nämlich dass Sie feststellen, dass Sie zwar formal für ein Thema zuständig sind, dieses aber von anderen und woanders bearbeitet wird.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

(Andreas Stoch)

Herr Ministerpräsident, deswegen möchte ich an dieser Stelle sagen: Ich habe den Eindruck, dass es mit dem Begriff Digitalisierung – wir finden dieses Wort im Koalitionsvertrag immerhin 181-mal – darum geht, ein gewisses Innovationsdefizit dieses Koalitionsvertrags und damit ein Modernitätsdefizit dieser Koalition zu kaschieren.

(Beifall bei der SPD)

An einer Stelle bin ich auch besorgt. Sie sagen nämlich – ich zitiere Sie aus einem Interview der „Schwäbischen Zeitung“ –:

Wir hätten in Baden-Württemberg mit der CDU nicht die Gemeinschaftsschulen einführen können, das ging nur mit der SPD. Mit der Union als Wirtschaftspartei haben wir jetzt die Chance, die wirtschaftliche Modernisierung des Landes sehr viel stringenter anzugehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man muss auch zwischen den Zeilen lesen. Wenn es so wäre, dass die SPD in der Vergangenheit einer wirtschaftlichen Modernisierung des Landes im Wege gestanden hätte, dann könnte ich daraus auch ein bedenkliches Verständnis ableiten: dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und deren Interessen, die wir, die SPD, in der Vergangenheit vehement vertreten haben, hier nur noch eine nachgeordnete Rolle spielen sollen.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Dies wird die SPD-Fraktion nicht akzeptieren.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Das war jetzt ein Thema, zu dem sehr viel, allerdings wenig Konkretes gesagt wurde.

Kommen wir zu einem Thema, das Sie sich auch intensiv vorgenommen haben – auch im Rahmen der Regierungserklärung –, dem Bildungsthema. Jetzt muss ich zugeben, dass ich in diesem Bereich nicht ganz unbefangen bin. Aber als ich im Wahlkampf die Wahlplakate der CDU mit der Aufschrift „Bildungschaos stoppen“ gesehen habe, war mir nicht klar, dass eigentlich die eigene Fraktion gemeint war.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das, was in Ihrem Koalitionsvertrag steht und was jetzt auch ein bisschen als Ende der Strukturdiskussion gefeiert wird, ist Bildungspolitik, wie sie in den letzten Jahren aus der Sachnotwendigkeit heraus entwickelt wurde und entstanden ist.

Wir haben in Baden-Württemberg 2011 ein Bildungssystem vorgefunden, das von dem Anspruch, der in unserer Landesverfassung steht, dass jedes Kind möglichst unabhängig von seiner Herkunft und seiner wirtschaftlichen Lage beste Entwicklungschancen und beste Bildungschancen haben soll, am weitesten entfernt war.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist die alte Leier! Das ist doch Unsinn! Mir tut weh, was Sie sagen!)

– Herr Kollege Röhm, das weiß ich, aber Sie müssen sich bei Ihren Zwischenrufen zukünftig daran gewöhnen, dass Sie damit gegen Ihre eigene Regierungspolitik sprechen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mit den Grünen können wir besser arbeiten! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist ein Zeichen!)

Schauen wir uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Strichliste an. Ich werfe dem Ministerpräsidenten an dieser Stelle nicht vor, zu wenig konkret geworden zu sein. Wenn wir uns an dieser Stelle die Strichliste anschauen, dann stellen wir fest, dass in den Politikfeldern, auf denen konkrete Maßnahmen angekündigt werden, wie z. B. die Erhöhung der Stundentafel in den Grundschulen – aus meiner Sicht ein ganz wichtiger Schritt –, die zwei Vertiefungsstunden an den Gymnasien, der Ausbau der Realschulen durch zusätzliche Poolstunden, die Stärkung des Informatikunterrichts, die inklusive Beschulung und die Stärkung der beruflichen Gymnasien, die wichtigen Entscheidungen bereits getroffen sind.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollten doch die Gemeinschaftsschule haben!)

Was hier verkündet wurde, das sind Entscheidungen, die noch von SPD-Ministern getroffen wurden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da gibt es einen riesigen Unterschied!)

Aber – da gebe ich Ihnen völlig recht – Strukturmaßnahmen, Reformmaßnahmen im Bildungsbereich sind für alle Betroffenen – für die Schulverwaltung, die Schulen, die Eltern, die Schülerinnen und Schüler und insbesondere für Lehrkräfte – immer mit großen Anstrengungen verbunden. Diese Anstrengungen waren aber unvermeidlich. Jetzt geht es darum, dass wir die Lehrkräfte an den Schulen unterstützen, damit sie die Reformmaßnahmen nachhaltig und gut umsetzen können. Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist mir zu wenig Substanz dabei, wenn es um die Ausstattung in diesem wichtigen Bereich Bildung geht.

Wir legen im Bildungsbereich die Grundlage für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg dieses Landes Baden-Württemberg. Deswegen wird die SPD-Landtagsfraktion in den nächsten Jahren mit aller Vehemenz darauf drängen, dass es nicht erneut zu einer Diskussion über Stellenstreichungen im Bildungsbereich kommt. Das, was an unseren Schulen an Herausforderungen zu bewältigen ist, ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass in Deutschland noch immer – insbesondere im Vergleich zu den anderen OECD-Ländern – zu wenig für Bildung ausgegeben wird. Das ist eine riesengroße Herausforderung für die Lehrkräfte an unseren Schulen. Deswegen werden wir alles dafür tun, dass keine erneute Spardiskussion eintritt.

Mich lässt aber auch eine Aussage der neuen Finanzministerin Edith Sitzmann in einem Interview stutzen. Sie sagt nämlich, man müsse in allen Bereichen – auch im Bildungsbereich – schauen, wo man entsprechende Stellen reduzieren könne. Wir, die SPD-Landtagsfraktion, sagen: Wir brauchen jeden guten Lehrer und jede gute Lehrerin, um hervorragende Bildung an Baden-Württembergs Schulen umzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir zu einem weiteren Thema. Mit dem Bildungsthema hat der grüne Regierungspartner sicherlich eine deut-

(Andreas Stoch)

liche Handschrift im Koalitionsvertrag hinterlassen. Provokanter will ich gegenüber der CDU gar nicht werden.

In einem anderen Feld, im Bereich der Innenpolitik, hat offensichtlich die Einsicht gesiegt, dass die CDU ihr Wahlprogramm im Prinzip 1 : 1 in den Koalitionsvertrag schreiben kann.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Daran, ob das reicht, Herr Kollege Dr. Reinhart – Sie haben das vorhin angedeutet –, um der CDU wirklich nachhaltig ein landespolitisches Profil zu geben, habe ich ein bisschen Zweifel. Das wird nicht reichen. Sie sagen: „Baden-Württemberg muss wieder zum sichersten Land werden.“ Ich entgegne Ihnen: Unter dem Innenminister Reinhold Gall ist Baden-Württemberg das sicherste aller Bundesländer gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich möchte mich an dieser Stelle ein Stück weit mit dem Anspruch der Grünen beschäftigen, was von ihrer Politik in den Koalitionsvertrag eingeflossen ist. Denn die Grünen als liberale Bürgerrechtspartei – so ist häufig ihr Selbstverständnis – haben offensichtlich an manchen Stellen nicht nur eines, sondern sämtliche Augen zugeedrückt. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass die Grünen irgendwann für die Ermächtigungsgrundlage zu der präventiv-polizeilichen Erhebung von Kommunikationsverbindungsdaten oder der Ermöglichung der präventiven Telekommunikationsüberwachung auf die Straße gegangen sind.

Die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte war nach Ansicht der Grünen Jugend offensichtlich der Grund, weshalb der Rechtsstaat auf dem Spiel gestanden habe. Dazu muss ich sagen: Von grüner Handschrift ist in dem Bereich „Innere Sicherheit“ nichts mehr vorhanden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte nicht wissen, wie Ihre Basis, wie vor allem Ihre Wählerinnen und Wähler, die anderes von Ihnen erwartet haben, auf diesen Teil im Koalitionsvertrag reagieren.

(Beifall bei der SPD)

Neu ist auf grüner Seite offensichtlich die Erkenntnis, dass Polizei und Verfassungsschutz rechtsstaatlich und hochprofessionell arbeiten – so auf Seite 61 des Koalitionsvertrags zu lesen.

Herr Kollege Zimmermann von der CDU wird sich gut daran erinnern, dass es noch gar nicht so lange her ist, dass die damalige grüne Fraktionsvorsitzende unter großem Beifall der eigenen Fraktion dem Verfassungsschutz die Hälfte seiner Mitarbeiter streichen wollte. Offensichtlich ist eine Veränderung eingetreten.

Jetzt kommen wir zu den Versprechungen, Herr Kollege Dr. Reinhart. Es gab z. B. das Versprechen, 1 500 neue Stellen bei der Polizei zu schaffen. Wir sind gespannt, wie das insbesondere vor dem Hintergrund der Aussage von Finanzministerin Sitzmann geschehen soll. Laut ihr soll es nämlich bei 1 400 Ausbildungsplätzen bleiben. Ich hoffe sehr, dass Sie nicht glauben, durch das Instrument des Freiwilligen Polizeidienstes kaschieren zu können, dass Ihnen der Ausbau der Polizei um 1 500 Stellen gar nicht gelingen kann.

Jetzt kommen wir zur Ursachenforschung. An die Adresse der CDU gerichtet: Sie machen die Stärkung der Polizei offensichtlich auf einmal zur Chefsache. Warum haben Sie nicht gehandelt, als es notwendig war? Sie wussten bereits zu Ihrer damaligen Regierungszeit, dass die Pensionierungswelle auf die Polizei zurollt. Trotzdem haben Sie nicht gehandelt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wir haben vorgesorgt!)

Sie haben während Ihrer Regierungszeit in großem Stil Polizeistellen abgebaut, nämlich – Nachtigall – rund 1 500 Stellen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das stimmt doch gar nicht! Durch ständiges Wiederholen wird es nicht besser! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jeder hat ein Recht, besser zu werden, auch die SPD!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, 1 000 Stellen befinden sich im Vollzug, und 500 befinden sich im Nichtvollzug. Die Einstellungszahlen aus den Jahren 2004 und 2007 sprechen in diesem Zusammenhang Bände. Obwohl schon mehrere Hundert Polizisten mehr hätten eingestellt werden müssen, sind lediglich zwischen 152 und 300 Polizeianwärter pro Jahr eingestellt worden.

Wer glaubt, dass die Wählerinnen und Wähler und die Öffentlichkeit so vergesslich sind, der spottet bei der Aussage, dass Sie Baden-Württemberg zum sichersten Land machen wollen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: 90 % Zustimmung!)

Wenden wir uns einem ganz wichtigen Thema zu: der Sozialpolitik. Baden-Württemberg – der Ministerpräsident hat das betont – ist ein Land, in dem der gesellschaftliche Zusammenhalt wichtig ist und vor allem nicht verloren gehen darf. Der gesellschaftliche Zusammenhalt setzt voraus, dass auch Menschen, die der Unterstützung der Allgemeinheit und des Staates bedürfen, nicht das Gefühl haben, an den Rand gedrängt zu werden. Den allermeisten Menschen in Baden-Württemberg geht es gut; das ist sehr gut so. Aber wir stellen fest, dass auch in unserem Land die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht.

Der erstmalig in der vergangenen Legislaturperiode vorgelegte Armuts- und Reichtumsbericht belegt dies. In diesem Bericht sind auch viele Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut aufgeführt. Herr Ministerpräsident, ich hätte mir gewünscht, dass dazu in der Regierungserklärung und im Koalitionsvertrag sehr viel mehr gesagt worden wäre.

(Beifall bei der SPD)

Oder spielen diese Fragen beim Regierungshandeln plötzlich keine Rolle mehr? Ich möchte deutlich darauf hinweisen: Diese Maßnahmen werden Geld kosten. Wenn wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg beschwören, dann müssen wir auch etwas dafür tun, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt funktionieren kann. Dann muss Sozialpolitik auch eine aktiv gestaltende Politik sein. Dann muss Sozialpolitik auch damit verbunden sein, dass man in diesen wichtigen Bereichen Investitionen vornimmt. Sich einfach aus der Verantwortung zu stehlen, indem man nur Überschriften

(Andreas Stoch)

produziert, wird nicht ausreichen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Ihnen beweisen, dass es sehr viel konkreter geht. Ein ganz wichtiges Thema ist aus meiner Sicht derzeit in Baden-Württemberg der Wohnungsbau. Auch das Thema Wohnungsbau kommt in der gesamten Regierungserklärung so gut wie gar nicht vor. Anstatt dass Sie ein Programm mit attraktiven Konditionen auflegen, das finanziell gut ausgestattet ist und einen klaren Auftrag beinhaltet, wie viele Wohnungen tatsächlich gebaut werden, wollen Sie eine Wohnraum-Allianz gründen. Dabei liegen die Vorschläge der Wohnungsbauwirtschaft bereits auf dem Tisch. Die Vorbereitungen dafür sind bereits in der vergangenen Legislaturperiode getroffen worden, nämlich durch die Entwicklung eines Wohnungsbauschleunigungsgesetzes, damit wir schnell mehr Menschen bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen können.

Denn wenn wir wollen, dass sich unsere Städte nicht so entwickeln, dass es sich nur noch die Reichen leisten können, innerstädtisch zu wohnen, sondern dass auch Familien mit Kindern dort bezahlbaren Wohnraum finden, dann brauchen wir in diesem Bereich von der Landesregierung mehr Ehrgeiz und mehr Tatkraft, als in der Regierungserklärung deutlich wurde.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart
CDU: Wir schaffen das!)

Allein in der Landeshauptstadt warten fast 4 000 Haushalte auf eine Mietwohnung, die bezahlbar ist. In den kommenden fünf Jahren fallen landesweit rund 13 000 Sozialmietwohnungen aus der Belegungsbindung. Das heißt, wir haben hier eine ganz konkrete und jetzt zu lösende Aufgabe. Da reicht es nicht, von Allianzen, Pakten und Bündnissen zu sprechen, die keine Ergebnisse, sondern nur weitere Papiere produzieren.

Wir brauchen deswegen eine große Offensive für den sozialen Mietwohnungsbau, um den heutigen und den zukünftigen Bedarf zu decken. Wir Sozialdemokraten schlagen vor, in den kommenden fünf Jahren 25 000 neue Sozialmietwohnungen – das sind 5 000 pro Jahr – zu schaffen, und dafür muss das Land 300 Millionen € pro Jahr aufwenden.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir aus dem Produzieren der Überschriften herauskommen wollen, dann müssen wir Regierungshandeln – das wird die Opposition forcieren und überwachen – konkret gestalten. Dann müssen wir auch dafür sorgen, dass z. B. bei einem ganz wichtigen Thema wie der Integration keine Verdrängungssituation, keine Konkurrenzsituation eintritt zwischen den Menschen, die seit Jahren und Jahrzehnten hier leben, und den Menschen, die jetzt neu zu uns gekommen sind.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Wir brauchen gerade dort, wo es um bezahlbare Mietwohnungen geht, aber auch dort, wo es um die Qualifizierung von Menschen für unseren Arbeitsmarkt geht, sehr viel mehr Anstrengungen, als ich dies bisher bei der Landesregierung erkennen kann.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Rainer Balzer
AfD)

Über das Thema Integration komme ich zum Thema „Zuschnitt der Ministerien“. Gerade in einer Zeit, in der das Thema Integration an oberster Stelle der politischen Agenda stehen müsste, halte ich es für ein bedenkliches Zeichen, wenn ein eigenständiges Integrationsministerium in Baden-Württemberg nicht fortexistiert. Wie wollen wir denn angesichts der Aufgabe der Integration zu uns gekommener Flüchtlinge gerade die Aufgaben in schulischer, in wohnungspolitischer, in arbeitsmarktpolitischer und vor allem auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht lösen, wenn wir dieses Ministerium nun dem Sozialministerium anhängen und daraus ein Ministerium für den Zusammenhalt der Gesellschaft machen? Man kann das tun, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber dann muss man auch durch konkretes Handeln deutlich machen, dass dieses Thema keine nachgeordnete Bedeutung hat.

Vor dem Hintergrund, dass wir gerade im Bereich der Integration der Menschen, die zu uns kommen, eine riesengroße Aufgabe haben – und zwar über die verschiedenen Altersgruppen hinweg –, finde ich in der Regierungserklärung und auch im Koalitionsvertrag zu wenig, was konkret umgesetzt werden kann.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das gehen wir zusammen noch mal durch! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Machen Sie sich mal keine Sorgen!)

Wir haben z. B. im Bereich der Schulen – gut 30 % der Menschen, die zu uns kommen, sind zwischen null und 18 Jahren alt – gute Maßnahmen ergriffen. Ich glaube, da sind wir auch auf einem guten Stand. Aber die größte Gruppe derer, die zu uns kommen, sind Personen zwischen 18 und 34 Jahren.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Wir haben in den letzten eineinhalb Jahren festgestellt, dass unsere Institutionen, auch unsere Berufsschulen, überfordert wären, diese Aufgabe mit zu erledigen. Ich erwarte mir von dieser Landesregierung, dieses wichtige Feld zu bearbeiten, gerade für diese wichtige Altersgruppe, wenn es um bildungspolitische Fragen geht, wenn es um arbeitsmarktpolitische Fragen geht, wenn es um die Eingliederung in den Arbeitsmarkt geht, ganz konkrete Antworten zu geben. Da reicht es nicht, auf ein paar Sprachkurse hinzuweisen und darauf hinzuweisen, dass die Agentur für Arbeit da schon ein bisschen was macht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sollten den Anspruch haben, dass Baden-Württemberg ein Land wird, in dem Integration erfolgreich gestaltet wird.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich an der Stelle, an der der Anspruch formuliert wurde, dass das Sozialministerium jetzt das Ministerium für den Zusammenhalt der Gesellschaft wird, noch auf einen Punkt hinweisen: Wenn dieser Anspruch formuliert wird, dann muss dieser Anspruch auch erfüllt und hinterlegt werden. Ich glaube, dass dies eines der wesentlichen Felder ist, in dem bisher keine Konkretisierung stattfinden konnte, weil bei der Frage „Was ist eigentlich die Gesellschaft von morgen und übermorgen?“ die wenigsten Überschneidungen zwischen der grünen Fraktion und der CDU-Fraktion bestehen.

(Andreas Stoch)

Deswegen sind wir sehr gespannt, wohin die bereits im Gang befindlichen Prozesse geführt werden, wenn es z. B. um die gemeinsamen Vorstellungen von Gleichstellung geht, wenn es um die Integration von Flüchtlingen, aber auch von Menschen mit Behinderung, um die Inklusions- und Teilhabestrategie geht, wenn es um den Abbau von Diskriminierungen, Ehe für alle, das Familienbild, eine lückenlose Anwendung des Mindestlohns, Ganztagschule und Kinderbetreuung geht. Wir warten darauf, dass hier ein gemeinsames Bild entworfen wird. Ich kann an der Aufstellung der Ministerien, vor allem auch an dem Inhalt der Regierungserklärung kein gemeinsames Bild der gesellschaftlichen Entwicklung von Baden-Württemberg feststellen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Reinhart, man kann natürlich den Kollegen Wolf jetzt dafür loben, dass er das Justizministerium übernommen hat.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Wie es dazu kam, ob Rufe, welches Ressort er nicht übernehmen sollte, tatsächlich aus der Wirtschaft kamen oder ein bisschen bestellt waren, darüber kann man trefflich spekulieren.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Also, als Wahlverlierer!
Traurig!)

Aber wenn Sie das jetzt als einen großen europapolitischen Wurf beschreiben, dass das Justizministerium um die Themen Europa und Tourismus bereichert wird,

(Abg. Sascha Binder SPD: Das ist frech!)

glaube ich nicht, dass die Öffentlichkeit Ihnen das abnimmt. Das Thema Europapolitik war bisher im Staatsministerium in der Zuständigkeit eines eigenen Ministers und damit ganz an der Spitze der Landesregierung verankert. Ich glaube nicht, dass man mit dieser vielleicht auch aus Versorgungsgesichtspunkten und innerparteilichen Machtverteilungskämpfen resultierenden Verteilung der Ressorts und dem Zuschnitt der Ressorts

(Abg. Sascha Binder SPD: „Erst das Land“! – Zuruf des Abg. Klaus Burger CDU)

dem Anspruch, Europapolitik an die erste Stelle zu stellen, gerecht wird, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt möchte ich zum Ende meiner Ausführungen doch noch etwas zum Thema Personalpolitik sagen.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Ein Journalist hat in der Beurteilung des Koalitionsvertrags die Frage gestellt: „Was sollte auch dabei herauskommen, wenn sich zwei im Wesenskern aufs Bewahren ausgerichtete Parteien die Macht teilen?“ Ich kann es Ihnen sagen: auf jeden Fall mehr Staatssekretäre und mehr Stellen, die natürlich ausschließlich politisch besetzt werden.

(Zuruf von der AfD: Mehr Lametta!)

Den Anspruch, den Sie, Herr Kollege Strobl, in den Koalitionsverhandlungen fast wie ein Dogma vor sich hergetragen haben, nämlich den Anspruch „erst das Land“

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

– Sie sehen, dass schon die Pause allein gewisse Effekte erzielt –,

(Abg. Konrad Epple CDU: Das war bestellt!)

brauchen Sie den Menschen nicht auf die Nase zu binden. Denn dass bei diesen politischen Entscheidungen, vor allem den personalpolitischen Entscheidungen, das Land wahrscheinlich das Letzte war, an das Sie gedacht haben, sollte, glaube ich, jedem klar sein.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP)

Sie sind in die Koalitionsverhandlungen gegangen, ohne eine wirkliche Idee für die zukünftige Regierung zu haben. Die einzige Idee, die Sie hatten, war: Wie schaffe ich es, dass möglichst viele Kolleginnen und Kollegen in die Regierung kommen und dann auch einen eigenen Dienstwagen bekommen?

(Beifall bei der SPD und der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Oje! – Zurufe von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es reicht nicht aus, wenn der Regierungssprecher verkündet, dass aus Spargründen zwei Ministerposten gestrichen werden. Auch da sollten Sie die Öffentlichkeit ernster nehmen. Wenn Sie gleichzeitig eine zweistellige Zahl von Staatssekretären schaffen, dann ist vielleicht doch sehr durchsichtig, was die Motivation für diese Maßnahmen ist.

Wenn wir uns fragen, warum verschiedene personalpolitische Entscheidungen getroffen wurden, dann müssen wir doch ehrlicherweise zueinander sagen: Wir müssen – auch für die Zukunft des Landes Baden-Württemberg erscheint mir das sehr wichtig – die Sachfragen über die Fragen der Parteipolitik stellen. In vielen Bereichen scheint mir das bei dieser Regierung noch nicht angekommen zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der AfD)

Ich möchte auf den Widerspruch hinweisen: Die Grünen haben im Landtagswahlkampf plakatiert: „Regieren ist eine Stilfrage“.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der AfD)

Wenn ich mir die Diskussionen innerhalb der Regierungsfraktion der CDU vor Augen führe und wenn ich mir die Entscheidungen, gerade die personalpolitischen Entscheidungen, betrachte, dann muss ich sagen, dass ich sehr überrascht bin. Denn viele Menschen im Land reiben sich an dieser Stelle wahrscheinlich verwundert die Augen. Herr Ministerpräsident, Sie haben in gerade einmal sechs Wochen Koalitionsverhandlungen den Stil, den Sie in den letzten fünf Jahren als demokratischer und moderner Landesvater geprägt haben, offensichtlich schon ein Stück weit dem Regierungsstil angepasst, den die CDU bis vor fünf Jahren fröhlich im Land gepredigt und exerziert hat.

(Andreas Stoch)

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Rainer Balzer
AfD – Abg. Nicole Razavi CDU: Erfolg setzt sich
durch!)

Ich möchte dringend alle Beteiligten dazu aufrufen, dass wir zukünftig, wenn es um diese Fragen geht, in einem offenen Diskurs, vor allem auch in transparenter Art und Weise der Öffentlichkeit in Baden-Württemberg unsere Entscheidungen erklären und verantworten. Denn ich halte es für ein schwieriges Zeichen, auch unter der Überschrift „Regieren ist eine Stilfrage“, wenn vieles von dem, was offensichtlich zwischen den Regierungsfractionen oder den Spitzen der Regierungsparteien vereinbart wurde, nicht der Öffentlichkeit vorgelegt wird.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Vieles von dem, was wir im Koalitionsvertrag lesen – Sie haben vorhin den Begriff „Liebeslyrik“ verwendet; so weit würde ich jetzt nicht gehen –, ist offensichtlich nicht vollständig.

Denn dass es auch schriftlich niedergelegte Nebenabreden gibt, sollte etwas sein, was jemandem, der Transparenz, Offenheit und Beteiligung der Bürgerschaft hochhält, nicht passiert. Wir brauchen Offenheit – gerade wenn es um Regierungspolitik geht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich
Rülke FDP/DVP)

Deswegen wird die SPD – ich darf zum Schluss kommen – gerade das einfordern, was von Ihnen selbst im Koalitionsvertrag niedergelegt wurde. Dort steht nämlich auf Seite 67:

Bürgerinnen und Bürger sollen früh, offen, umfassend und verständlich informiert ... werden.

Sehr gut. Dieser Anspruch muss aber, gerade wenn es um Nebenabreden geht, mit Leben gefüllt werden.

Natürlich werden wir auch darauf achten, dass auch diejenigen in Ihrer Politik vorkommen, deren Stimme sonst wahrscheinlich nicht gehört wird, denn in Baden-Württemberg leben u. a. auch knapp 13 % der Kinder unter 18 Jahren in Armut. Das ist kein Grund, sich selbstzufrieden zurückzulehnen, sondern ein Grund dafür, alle Teile der Gesellschaft aktiv mit in die Regierungspolitik einzubinden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, darüber wird die SPD-Landtagsfraktion intensiv wachen.

(Beifall bei der SPD)

Aus diesem Grund wird die SPD-Landtagsfraktion in der Oppositionsrolle auch Vorschläge unterbreiten. Die SPD-Landtagsfraktion wird in den wichtigen Feldern – einige davon habe ich benannt – alles dafür tun, dass die Vielschichtigkeit der Problemlösungen auch tatsächlich von der Landesregierung berücksichtigt wird.

Wir werden in wichtigen Bereichen, wo es wirklich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt geht, versuchen, diesem Teil des Landes, der sonst möglicherweise von CDU und Grünen vergessen wird, eine Stimme zu geben. Wir werden alles dafür tun, dass die Menschen in Baden-Württemberg diese fünf Jahre nicht, wie es schon in der „taz“ steht, als eine der lang-

weiligsten Regierungszeiten in der Geschichte betrachten. Vielmehr werden wir versuchen, Marksteine zu setzen, sodass diese Regierung einfach entscheiden muss, auch wenn sie an manchen Stellen gar nicht entscheidungsfähig ist.

(Beifall bei der SPD)

Zum Abschluss noch eine kleine Hilfe, weil offensichtlich sowohl für Abgeordnete der CDU als auch für Abgeordnete der Grünen die Umsetzung dessen, was auf 140 Seiten im Koalitionsvertrag steht, durchaus schwierig ist. Es ist ja auch schwierig, diese Sprache erst einmal zu lernen und umzusetzen. Die SPD-Landtagsfraktion nimmt ihre Rolle als Oppositionsfraktion sehr ernst und unterstützt die Regierung auch an Stellen, wo sie es für dringend notwendig hält. Wir haben uns auch gefragt, wer diese Rede geschrieben hat und wer den Koalitionsvertrag verfasst hat.

(Der Redner hält eine Papierscheibe hoch.)

Deswegen hat die SPD-Landtagsfraktion einen „Phrasengenerator“ entworfen – man könnte auch „Phrasendreschmaschine“ sagen; die CDU reagiert ja gern auf Begriffe aus der Landwirtschaft.

Wenn Sie diesen Phrasengenerator verwenden, werden Sie Ihren Mitgliedern an der grünen Basis und an der CDU-Basis diesen Koalitionsvertrag hundertprozentig genau erläutern können. Da steht z. B. ganz viel von einer „aktiven Digitalisierungsoffensive“ oder, wenn ich weiterdrehe, von einer „solidarischen Digitalisierungscoordination“. Mit dieser Phrasendreschmaschine, diesem Phrasengenerator werden Sie den Menschen in Baden-Württemberg zumindest den Koalitionsvertrag erklären können. Die Zukunft Baden-Württembergs wird darin aber nicht liegen.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf der Staatssekretärin Friedlinda Gurr-Hirsch – Der Redner übereicht Abg. Andreas Schwarz GRÜNE die Papierscheibe.)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Rülke das Wort.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP bringt eine Stofftasche mit zum Rednerpult. – Zuruf von der CDU: Er hat eine ganze Tasche dabei! – Abg. Hans-Ulrich Seckerl GRÜNE: Weitere Geschenke!)

Jetzt kommt der Nächste mit Mitbringseln.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident, liebe Kollegen von der Grünen-Fraktion! In der Tat, auch ich habe etwas mitgebracht.

(Heiterkeit)

Allerdings müssen Sie sich noch bis zum Ende meiner Ausführungen gedulden.

Zunächst will ich an der Stelle beginnen, Herr Ministerpräsident, an der Ihre Rede am vergangenen Mittwoch, um es

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

freundlich zu formulieren, am konkretesten gewesen ist, nämlich beim Thema „Europa und Weltoffenheit“. Gleichzeitig ist das auch der Punkt, an dem das Verbindende von zumindest vier Fraktionen im Landtag von Baden-Württemberg am deutlichsten wird.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben dazu aufgerufen, sozusagen den Schulterschluss zu üben. Natürlich kann ich für meine Fraktion, die FDP/DVP, diesen Schulterschluss im Bekenntnis zu Europa und zur Weltoffenheit ohne Einschränkung zusagen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich glaube, es ist am heutigen Tag, zu Beginn dieser Legislaturperiode und auch vor dem Hintergrund dieses Wahlergebnisses schon wichtig, deutlich zu machen, was in den letzten 70 Jahren im Land Baden-Württemberg geleistet worden ist – mitten in Europa, in Weltoffenheit und in einem Bekenntnis zu dieser Weltoffenheit, zu Frieden und Wohlstand. Dies wurde, Herr Meuthen, von dem von Ihnen stets verächtlich so bezeichneten „Kartell der Altparteien“ nicht unwesentlich mitgestaltet.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Jetzt bauen Sie es wieder ab, oder?)

CDU, SPD, FDP/DVP und andere haben dieses Bundesland gegründet, die Grünen wirken seit 35 Jahren mit. Sicherlich ist in diesen 70 Jahren nicht alles richtig gemacht worden,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

aber das, was in Baden-Württemberg in diesen 70 Jahren geleistet worden ist, meine Damen und Herren, wie die Menschen in Baden-Württemberg leben und welche Lebenschancen sie haben, das hat schon ein bisschen damit zu tun, was in diesem Haus in den letzten 70 Jahren beschlossen worden ist. Dazu haben Sie bisher noch keinen Beitrag geleistet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Deshalb ist es auch bemerkenswert, mit welcher Selbstgerechtigkeit und welcher Aufgeblasenheit Sie am heutigen Tag hier aufgetreten sind.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Im Grunde haben Sie nur in weinerlichem Ton über sich selbst gesprochen. Das ist kein Beitrag zur Zukunft des Landes Baden-Württemberg.

(Zuruf von der AfD: So spricht ein Liberaler!)

Ich sage Ihnen eines, und da hat der Herr Ministerpräsident völlig recht. Ich darf aus seiner Regierungserklärung zitieren:

Wir stellen eine Politik der Liberalität und des besseren Arguments einer Politik ... der Hetze gegen Minderheiten gegenüber.

Selbstverständlich ist das ein Zitat, das Liberale unterschreiben.

Ich sage Ihnen noch eines: Wir werden gemeinsam verhindern, dass in diesem Land eine Politik der Hetze gegenüber Minderheiten, eine Politik des Rassismus und auch eine Politik des Antisemitismus wieder hoffähig werden.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD – Zurufe von der AfD)

Am heutigen Tag, meine Damen und Herren, geht es um die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und um den Koalitionsvertrag von Grün-Schwarz. Das ist das Thema des heutigen Tages.

Natürlich – da gilt für die Fraktion der FDP/DVP dasselbe, was Kollege Stoch für die SPD-Fraktion zugesagt hat – sehen wir unseren Auftrag als Opposition darin, die Regierung an ihrem eigenen Anspruch zu messen und das zu kritisieren, was wir für falsch halten. Selbstverständlich werden wir in diesem Haus aber nicht nur kritisieren und schon gar nicht ständig über uns selbst reden, sondern wir werden konstruktive Vorschläge machen und eigene Gesetzentwürfe einbringen. Der erste liegt schon vor.

Wenn sich der objektive Betrachter allerdings anschaut, was es über das, was ich jetzt genannt habe, hinaus an Gemeinsamkeiten gibt, stellt er nicht mehr allzu viel fest.

Sicher ist es richtig, sich dafür einzusetzen, dass Menschen, wie Sie es formuliert haben, Herr Ministerpräsident, nicht schief angeschaut werden, wenn sie als Unternehmensgründer nicht erfolgreich waren. Natürlich ist es richtig, zu einer Kultur des Scheiterns zu kommen, einer Kultur der zweiten Chance – das, was wir bei unserem Besuch in Kalifornien im vergangenen Jahr gelernt haben.

Was uns aber fehlt – und das ist das eigentliche Leitmotiv der Regierungserklärung und des Koalitionsvertrags –, ist die Konkretheit der Maßnahmen. Wir haben sowohl im Koalitionsvertrag als auch bei Ihrer Regierungserklärung Aussagen dazu vermisst, was Sie konkret tun wollen, um ebendiese Kultur des Scheiterns einzurichten und eine „Kultur des Scheitern-Dürfens“, wie es im Koalitionsvertrag heißt, umzusetzen.

Auch das, was da konkret drinsteht, sind Dinge, die nicht nur aus der letzten Legislaturperiode, sondern vielfach aus der vorletzten Legislaturperiode übernommen wurden – beispielsweise das Thema Innovationsfonds, beispielsweise das Thema Innovationsgutscheine, beispielsweise das Thema Risikokapital. Was uns aber fehlt, sind konkrete Vorschläge. Es wäre natürlich sinnvoll, den Innovationsfonds für privates Kapital zu öffnen, aber uns fehlen die konkreten Vorschläge – und das ist das Leitmotiv sowohl der Regierungserklärung als auch des Koalitionsvertrags.

Der Kollege Reinhart hat am heutigen Tag eine – so will ich sagen – lyrische Rede gehalten.

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Eine epochale Rede! – Abg. Stefan Teufel CDU: Eine sehr gute Rede!)

Was aber auf jeden Fall bleiben wird, ist eine Formulierung, die ich mir gleich aufgeschrieben habe, zu dieser Koalition. Der Kollege Reinhart hat diese Koalition als eine „Koalition der ungeahnten Möglichkeiten“ bezeichnet.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Andreas Stoch SPD:
Das ist mir auch aufgefallen!)

Da hat er völlig recht.

(Zuruf: Genau!)

Denn im Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung war nichts drin. Also, diese „ungeahnten Möglichkeiten“ sind im Laufe dieser Legislaturperiode noch zu entwickeln.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Wolfgang Reinhardt CDU: Wir werden das Bild noch ausmalen!)

Denn in der Tat: Es sind vielfach Worthülsen. Ich darf nur einige zitieren – Seite 6 des Vorabdrucks der Regierungserklärung –:

Denn niemand kann sicher vorhersagen, welche ... Geschäftsmodelle in Zukunft erfolgreich sein werden.

Das ist richtig, Herr Ministerpräsident, und das gab mir auch ein Stück weit Hoffnung. Denn Sie sind ja im Jahr 2011 angetreten mit der nicht ganz glücklichen Formulierung der „Innovationspeitsche“. Wenn Sie jetzt so weit sind, dass Sie sagen: „Niemand kann sicher sein, welche Geschäftsmodelle in Zukunft erfolgreich sein werden“, bin ich zunächst einmal davon ausgegangen, dass Sie diese Innovationspeitsche aus der Hand gelegt haben. Aber leider findet sich dann auf Seite 11 der Satz:

Wir wollen ... unsere Unternehmen zur Nummer 1 bei Ressourceneffizienz und Umwelttechnologien machen.

Da ist ja dann doch wieder die Innovationspeitsche, Herr Ministerpräsident, dass Sie doch wieder deutlich machen: Die Politik weiß besser als die Unternehmen selbst, was Unternehmen zu tun haben.

(Zuruf: So ist es!)

Wenn Sie es mir nicht glauben, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion – Kollege Mack hat bei meinen Ausführungen pflichtschuldigst den Kopf geschüttelt –, kann ich Sie vielleicht mit der Aussage eines Parteifreundes konfrontieren, der die Innovationspolitik und die Gründungspolitik dieser Landesregierung schon aufs Korn genommen hat. Am 24. Mai wird in den „Stuttgarter Nachrichten“ darüber berichtet: Florian Nöll, Vorsitzender des Bundesverbands Deutsche Startups in Berlin – pikanterweise seinerseits CDU-Mitglied –, spricht davon, die Maßnahmen seien „eher Lada als Porsche“.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP)

Der überaus schwammig versprochene Innovationsfonds des Landes falle gegenüber der vollmundigen Zielvorstellung, man wolle bester Gründerstandort Europas werden, dramatisch ab. Auch die Tatsache, dass der Bereich Digitalisierung vom Wirtschaftsministerium an das CDU-geführte Innenministerium abgetreten wurde, attackiert er:

Diese Entscheidung ist ein dramatischer strategischer Fehler; ein Sieg von rückwärtsgewandter, sicherheitsorientierter Digitalpolitik über digitale Wirtschaftspolitik, ein Sieg von Eitelkeit über Kompetenz.

Herr Kollege Strobl, damit meint er Sie.

(Minister Thomas Strobl: Da gibt es aber heftigen Widerspruch!)

„Wir können alles außer Start-ups“ – das war das Fazit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Insofern: kein guter Einstand bei dieser Regierungspolitik.

Die Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident – um Ihnen auch, zumindest innerkoalitionär, ein Lob auszusprechen –, steht ja auf zwei Pfeilern. Den ersten habe ich genannt: Sie verbleiben im Ungefähren. Der zweite Pfeiler ist, dass Sie den Sieg in den Koalitionsverhandlungen über die CDU feiern. Das ist berechtigt, wie wir sehen werden.

Ich komme einmal zum ersten Punkt, zum Verweilen im Ungefähren. Ich habe selten ein solches Sammelsurium von Gemeinplätzen erlebt.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Genau!)

Seite 19:

Auf die Qualität der Lehre an unseren Hochschulen werden wir einen Schwerpunkt setzen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Völlig neu!)

Dann Seite 24:

... wir können es schaffen ..., wenn wir die Sache mutig, pragmatisch und realistisch angehen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Was für ein Zitat!

Auch bei den politischen Absichten dieser Regierungskoalition bleibt alles im Ungefähren, so auch die Haushaltskonsolidierung. Sie bekennen sich dazu, die Schuldenbremse in der Landesverfassung zu verankern. Herzlich willkommen! Wir haben Ihnen in der zurückliegenden Legislaturperiode bereits zweimal durch Gesetzentwürfe die Gelegenheit dazu gegeben. Sie sind – wie Sie sicherlich in beiden Fällen sagen werden – jeweils am Koalitionspartner gescheitert. Aber die Gelegenheit hätten Sie gehabt.

Sie kündigen an:

Bei der Konsolidierung werden wir alle Bereiche des Landeshaushalts in den Blick nehmen.

Also, bisher nehmen Sie wieder nur die Beamten in den Blick. Insofern hat sich an dieser Stelle im Vergleich zur grün-roten Landesregierung nichts geändert.

Beim Thema Bildung heißt es:

Wir werden uns auf die Weiterentwicklung und Optimierung des Begonnenen konzentrieren ...

Herr Ministerpräsident, mit dieser Formulierung haben Sie sozusagen kongenial beide Pfeiler Ihrer Regierungserklärung zusammengeführt, nämlich das Ungefähre und den Sieg über

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

die CDU – eine Formulierung, die hinreichend ungefähr ist, aber gleichzeitig deutlich macht: In der Bildungspolitik ändert sich gar nichts. Das ist der eigentliche Punkt.

Das sehen wir natürlich auch an den Reaktionen aus der CDU-Fraktion, auf die Sie schon der Kollege Stoch angesprochen hat. Wir konnten in der vergangenen Woche beobachten, welche Ovationen bei der CDU-Fraktion der Satz ausgelöst hat: Gemeinschaftsschulen können weiter eingerichtet werden, und auch Oberstufen sind möglich.

(Zuruf: 3 %! – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Oder das Thema Windkraft: „Die Windkraft werden wir im Land weiter ausbauen.“ Die CDU wollte doch bremsen. Der Ministerpräsident hat erklärt: „Die Energiewende wird ein Erfolg. Wir wollen kostengünstige und effiziente Speichermöglichkeiten für Strom schaffen.“ Aber auch hier fehlt sowohl in der Regierungserklärung als auch im Koalitionsvertrag die Antwort auf die Frage nach dem Wie.

Selbst die Politik des Gehörtwerdens ist in dieser Regierungserklärung wieder aufgetaucht. Fünf Jahre lang haben wir gesehen: Jedes Mal, wenn in diesem Haus das Stichwort „Politik des Gehörtwerdens“ gefallen ist, haben sich die CDU-Abgeordneten auf die Schenkel geklopft. Und jetzt plötzlich ist es wieder da – sehr zum Ärger zumindest der Partei der CDU. Die Reaktion auf das „Sternchen“ ist ja durch die Landesmedien gegangen. Wir können die Bitte von Steffen Bilger nur wiederholen: Lassen Sie bitte die Gender-Schreibweise in den Tweets der Landesregierung! Das ist ja die ultimative Provokation – sowohl die „Politik des Gehörtwerdens“ als auch das Gender-Sternchen im Tweet der Landesregierung.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, die Regierungserklärung ist im Grunde die Umsetzung des Koalitionsvertrags. Herr Ministerpräsident, Sie haben am vergangenen Mittwoch erklärt, den Koalitionsvertrag könne im Grunde jeder lesen, deshalb setzen Sie in der Regierungserklärung andere Schwerpunkte. Aber es sind im Grunde dieselben Schwerpunkte wie auch im Koalitionsvertrag:

(Zuruf von der SPD: Keine!)

allgemeines Blabla. Der Kollege Stoch hat darauf hingewiesen: Es gab noch nie einen so voluminösen Koalitionsvertrag. Sie haben, Herr Stoch, die Vermutung geäußert: Wenn man nicht viel zu sagen hat, dann braucht man viele Worte. Ich habe eher den Verdacht: Man braucht viele Worte, um zu vertuschen, dass man wenig sagen möchte.

Das Zweite ist, dass auch an dieser Stelle im Koalitionsvertrag deutlich gemacht wird – da unterscheiden wir uns, Herr Kollege Stoch; das werde ich noch deutlich machen –, dass die CDU nicht nur auf den meisten, sondern auf allen Feldern der Landespolitik der Verlierer dieser Koalitionsverhandlungen gewesen ist.

Das dritte Stichwort ist zugegebenermaßen im Koalitionsvertrag weniger umgesetzt worden, nämlich das Schlagwort „Prüfen statt handeln“. Es ist unglaublich, was Sie alles prüfen wollen, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das geht gründlich! – Abg. Winfried Mack CDU: Wann kommt das Geschenk?)

Darauf kommen wir aber noch zu sprechen. – Ja, ja, Geschenke kommen am Schluss. Ich kann auch noch nicht zusagen, ob das Geschenk wirklich überreicht wird.

(Heiterkeit – Zuruf: Oh, schade!)

– Ja, meine Damen und Herren. – Die Blabla-Beispiele

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

im Koalitionsvertrag sind ähnlich wie in der Regierungserklärung.

Ich will nicht allzu viele Beispiele herausgreifen, jedoch ein besonders schönes auf Seite 42. Ich zitiere:

Die Studienabbrecherquoten werden wir mit geeigneten Maßnahmen senken – besonders ... in besonders betroffenen Fächern.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP)

Die Energieforschung wollen Sie ausbauen – gut, aber wie? Vor allem auch: mit welchem Geld?

Auch zur Flüchtlingspolitik steht auf Seite 16 eine allgemeine Ansage:

Flüchtlinge sollen deshalb schnellstmöglich Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen.

Aber wie?

Wir haben zu Beginn dieses Jahres einen konkreten Vorschlag gemacht, ein Modell von Professor Leibinger von Trumpf, der eine verkürzte Form der dualen Ausbildung vorgeschlagen hat, um den Flüchtlingen die Gelegenheit zu geben, schneller Qualifikationen zu erwerben, um schneller in den Arbeitsmarkt eintreten zu können. Es findet sich aber keine konkrete Angabe dazu, nur die allgemeine Aussage: Wir wollen dieses tun.

„Wir werden die beruflichen Schulen stärken“, erklären Sie. Die Frage ist: wie?

„Wir wollen die Grundschulempfehlung nicht wieder einführen, sie aber immerhin den aufnehmenden Schulen zur Kenntnis geben.“ Gut. Nachdem es mit dieser Grundschulempfehlung offensichtlich schiefgelaufen ist, hätten Sie den Mut haben sollen, zumindest einmal nach fünf Jahren zu evaluieren, ob es nicht doch sinnvoll ist, die Grundschulempfehlung wieder einzuführen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD)

Sie wollen den freien Schulen 80 % dessen zur Verfügung stellen, was die staatlichen Schulen pro Schüler bekommen. Seit ich in der Landespolitik bin, wird dieses Ziel – zugegebenermaßen unter unterschiedlichsten Regierungskoalitionen –, immer wieder beschworen. Es wurde allerdings nie erreicht. Auch bei Ihnen vermisse ich eine Aussage darüber, wie Sie es erreichen wollen. Denn das Ganze steht ja unter Finanzierungsvorbehalt.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Auch die zehn Poolstunden bei den Realschulen, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, stehen unter Finanzierungsvorbehalt.

An dieser Stelle ist es schon einmal notwendig, zum wichtigsten Satz dieses Koalitionsvertrags zu kommen. Der wichtigste Satz dieses Koalitionsvertrags steht auf Seite 11. Ich zitiere:

Für alle finanzwirksamen Maßnahmen gilt ein Haushaltsvorbehalt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Und zwar ohne Ausnahme. Herr Kollege Strobl, das gilt dann auch für die 1 500 Polizisten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Es steht drin:

Für alle finanzwirksamen Maßnahmen gilt ein Haushaltsvorbehalt.

Es steht nirgendwo, dass die 1 500 Polizisten ausgenommen sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Die Koalition verpflichtet sich, strukturelle Einsparungen in Höhe von rund 1,8 Milliarden € in der Endstufe bis 2020 zu realisieren. Wo, meine Damen und Herren? Ich vermute einmal, Frau Kollegin Sitzmann, es wird Ihre Aufgabe sein, sich um den Haushalt zu kümmern.

Frau Kollegin Sitzmann, wir haben gehört, dass Sie als ambitionierte Mediatorin auch in den Koalitionsverhandlungen manchen gordischen Knoten durchschlagen haben, indem Sie an der Pinnwand das angepinnt haben, was schwierig ist. Herr Strobl, ich vermute einmal, so wird dann auch die Haushaltskonsolidierung funktionieren.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Frau Sitzmann wird im Neuen Schloss eine Pinnwand aufstellen. An dieser Pinnwand finden sich dann die Erfolge, die Sie in den Koalitionsverhandlungen angeblich erreicht haben. Anschließend wird dann die Kollegin Sitzmann – leider ist der Kollege Schmiedel nicht mehr da; er würde sagen: „die liebe Edith“ – an jeder Stelle, wo gespart werden muss, diese Erregenschaften der CDU – bis hin zu den 1 500 Polizisten – abpinnen. So wird dann der Haushalt konsolidiert. Herr Kollege Strobl, richten Sie sich schon einmal darauf ein.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD
– Abg. Thomas Blenke CDU: Schauen wir einmal, Herr Rülke! Oder?)

Um Sie nicht ganz zu frustrieren, will ich jetzt aber zum einzigen wirklichen Erfolg der CDU bei den Koalitionsverhandlungen kommen. Auf Seite 60 steht:

Eine ... Kennzeichnungspflicht ... werden wir in dieser Legislaturperiode nicht einführen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Donnerwetter!)

Herr Kollege Strobl, das haben Sie wirklich erreicht. Das hat die SPD aber auch schon erreicht, obwohl es im damaligen Koalitionsvertrag stand. Wo ist der Unterschied, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Ich habe gehört, diese Koalition sei eine Komplementärkoalition. Unter einer Komplementärkoalition müsse man sich vorstellen, dass jeder Koalitionspartner sein Spielfeld bekommt, wo er sich verwirklichen darf, wo er Dinge umsetzen darf, die ihm wichtig sind. Bei den Grünen sind es offensichtlich alle Politikfelder bis auf die Innenpolitik. Bei der CDU ist es kein Politikfeld bis auf die Innenpolitik.

Der Kollege Stoch hat darauf hingewiesen, im Koalitionsvertrag stehe angeblich, dass das, was die CDU in ihrem Programm hat, umgesetzt wird, und hat den Grünen finstere Rache ihrer Basis angedroht. Meine Damen und Herren von der Fraktion GRÜNE, ich kann Sie beruhigen: Auch das haben Sie gut gemacht. Ihre Basis wird es außerordentlich beruhigen, zu sehen, dass es eben nicht der Fall ist, dass die CDU dort Erfolge gefeiert hat.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Es wäre gut, wenn Sie sich einmal einigen könnten!)

– Ja, ich gebe dem Kollegen Stoch gern die Gelegenheit, dass er sich der Position anschließt.

Nehmen wir das Thema Polizeifreiwillige. Dazu findet sich im Koalitionsvertrag die Formulierung:

Polizeifreiwillige sind ... eine unschätzbare Ergänzung der Arbeit der professionellen Polizei.

Außerdem werde es ein Konzept geben. Wie das Konzept aussieht, hat Kollege Sckerl in der letzten Woche schon erklärt. Er hat gesagt: „Polizeifreiwillige sind schon okay, aber wir brauchen ein Konzept, und was nicht infrage kommt, sind Uniformierung und Bewaffnung“ – also Polizeifreiwillige, die nicht uniformiert sind,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

die nicht bewaffnet sind, die vielleicht als Parkwächter fungieren können. Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, zu diesem Verhandlungserfolg kann ich Sie nur beglückwünschen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD
– Abg. Thomas Blenke CDU: Sie können ja einmal fragen, wie unser Konzept aussieht!)

Das ist ungefähr so, wie wenn Sie Minister Hermann abgehandelt hätten, dass er auf das Tempolimit 120 auf Autobahnen verzichtet, aber nur für Tretroller und für Landmaschinen. So viel wert ist in etwa dieser Verhandlungserfolg.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Auf der anderen Seite sind die Kröten, die Sie geschluckt haben, konkret. So steht beispielsweise auf Seite 60:

Wir sind uns einig, dass wir das am Ende der 15. Wahlperiode beschlossene Gesetz zur Einführung eines Bürgerbeauftragten umsetzen.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Das haben Sie unterschrieben, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion. Ich lese Ihnen einmal vor, was Ihr rechtspolitischer Sprecher am 29. Januar 2016 dazu in diesem Haus gesagt hat. Ich zitiere:

Die von Grün-Rot zum Ende der Legislatur noch eingeschobene Einsetzung eines Bürgerbeauftragten ist unnötig, teuer und schädigt das Vertrauen in unsere Polizei und unsere Verwaltung. Wir teilen die Befürchtungen aller Spitzenvertreter des öffentlichen Dienstes und lehnen deshalb das durchgepeitschte Projekt ab, zumal es nur zur Wahrung des grün-roten Koalitionsfriedens auf den letzten Zügen dienen soll ...

Mit dem Geld des Steuerzahlers den eigenen Koalitionsfrieden in die Wahl zu retten ist weder von Grünen noch von der SPD seriös, es schadet auch dem Vertrauen in die Politik.

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Recht hat er!)

Dann frage ich: Welcher Koalitionsfriede wird jetzt mit dem Bürgerbeauftragten gerettet? Streiche SPD, setze CDU – das Ergebnis ist dasselbe, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Herr Kollege Strobl, dann haben Sie einen anderen Erfolg gefeiert, nämlich:

Es ist zu überlegen, ob die Landespolizei und das Landesamt für Verfassungsschutz zum Zweck der Terrorismusbekämpfung die Befugnis zur Durchführung von Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung erhalten soll.

„Es ist zu überlegen.“

(Abg. Thomas Blenke CDU: Hätten wir das mit Ihnen auch hingekriegt?)

– Ja, Herr Kollege Blenke. Der Kollege Strobl hat sich dazu ja geäußert – 24. April, dpa-Meldung –:

Wenn ich mir anschaue, was wir mit den Grünen in puncto Vorratsdatenspeicherung, bei Online-Durchsuchungen und anderen Präventivmaßnahmen in der Arbeitsgruppe vereinbart haben, dann ist das mehr als respektabel. Mit der FDP wäre das undenkbar.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Hört, hört!)

Herr Kollege Strobl, zu viel der Ehre. Auch wir wären bereit gewesen, in den Koalitionsvertrag zu schreiben: „Wir überlegen.“

(Abg. Nicole Razavi CDU: Sie wollten mit uns ja nicht koalieren!)

Wir hätten allerdings ebenso wie die Grünen nicht hineingeschrieben, was bei der Überlegung herauskommt. Das ist das Problem, Herr Kollege Strobl. Da machen Sie wieder die Tür auf, dass nichts passiert in diesem Koalitionsvertrag.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dasselbe gilt für die Sichere-Herkunftslander-Regelung. Das haben Sie auch als Erfolg gefeiert. Die grün-schwarze Lan-

desregierung werde im Bundesrat zustimmen, dass die Maghrebstaaten zu sicheren Herkunftsländern werden. Im Koalitionsvertrag steht das nicht drin, Herr Kollege Strobl. Da steht: wenn es keine verfassungsrechtlichen Bedenken gibt. Ich sehe dem Ministerpräsidenten diese Bedenken förmlich an. Sie werden feststellen, dass es diese Bedenken gibt, und dann ist es wieder nichts mit dem CDU-Erfolg in den Koalitionsverhandlungen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Zu den 1 500 Stellen bei der Polizei habe ich schon deutlich gemacht: Für alle finanzwirksamen Maßnahmen gilt ein Haushaltsvorbehalt – ohne Ausnahmen.

Bei der Windkraft – das hat der Kollege Untersteller Ihnen auch schon ins Stammbuch geschrieben – haben Sie die Formulierung gewählt:

Wir stellen sicher, dass die Planungsträger die Möglichkeiten nutzen können, im Rahmen der planerischen Abwägung zu Wohngebieten Abstände von 1 000 Meter oder mehr rechtssicher festzulegen.

Ich kann das übersetzen. Darin steht: Wir stellen sicher, dass die Rechtslage bleibt, wie sie ist. Das ist das Gleiche, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Das wurde Ihnen ja auch schon deutlich gemacht.

Auch bei den Gemeinschaftsschulen habe ich gedacht: Da haben Sie jetzt wirklich etwas durchgesetzt. So war ja die Medienlage – weitere, neue Gemeinschaftsschulen soll es zwar geben, auch die Möglichkeit, dass diese Gemeinschaftsschulen dann, wenn die Mindestschülerzahl von 60 erreicht wird, wieder mit Oberstufen versehen werden. Aber wir haben da eine Obergrenze von zehn. Das war der große CDU-Erfolg. Im Koalitionsvertrag aber steht: Wir gehen davon aus, dass nicht mehr als zehn Standorte dies erfüllen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Geht ja auch nicht!)

Was machen Sie dann, wenn am Schluss die Grünen sagen: „Jetzt sind es eben 30“? Von Bremse ist hier nicht die Rede, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dasselbe gilt für G 8, G 9. Auf Seite 28 des Koalitionsvertrags steht:

An den 44 G-9-Modellschulen wollen wir den Schulversuch unverändert weiterführen.

Was hat die CDU-Fraktion fünf Jahre lang zu diesem Schulversuch gesagt? Ich zitiere nur einmal ein Statement des bildungspolitischen Sprechers der CDU-Fraktion, Georg Wacker, vom 18. Juli 2013:

Wie wir in diesen Tagen und Wochen gelesen und gehört haben, werden vor Ort Schulplätze inzwischen auch über das Glücksspiel vergeben. ...

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Verlost!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Ich sage in aller Deutlichkeit: Wenn Sie die Wahlfreiheit zulassen, dann müssen Sie diese auch konsequent ermöglichen, und dann müssen Sie auch nachvollziehbare, objektive Kriterien dafür anlegen, weshalb Sie eine Gruppe von Kindern für das G 9 zulassen und andere nicht.

Unterschieden haben Sie wieder einmal das Gegenteil, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich komme zur letzten Konstante dieses Koalitionsvertrags, nämlich der Konstante „Prüfen statt handeln“. Meine Damen und Herren, nach dem Koalitionsvertrag prüfen Sie, ob Rechtsetzungen des Landes grundsätzlich mit einer fünfjährigen Befristung zu versehen sind. Sie prüfen den Kinderbildungspass, prüfen dabei einen Finanzierungsvorbehalt, prüfen, ob Sie dies gemeinsam mit den Trägern gestalten können, und Sie prüfen, ob Sie dies nach fünf Jahren so weiterführen.

Das Tariftreue- und Mindestlohngesetz wollen Sie evaluieren. Kompliment, dass Sie nicht wieder „prüfen“ geschrieben haben, aber das ist das Gleiche.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das Zweckentfremdungsverbot wird evaluiert. Das Bildungszeitgesetz wird – allerdings erst nach zwei Jahren; raten Sie einmal, was – evaluiert.

Nach dem Koalitionsvertrag wollen Sie prüfen, inwiefern eine Abschaffung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsabgabe umgesetzt werden kann.

Insbesondere werden wir prüfen, wie privates Kapital zur Vergrößerung des Fonds

– Existenzgründer –

eingebunden werden kann ...

Hinsichtlich des Ausbaus der Breitbandverkabelung wollen Sie Beteiligungen privaten Kapitals prüfen, meine Damen und Herren.

Man kann es nachzählen. Vielleicht haben Sie, Frau Kollegin Boser, eine Zählmaschine; die ist hilfreich. Denn wenn man eine Zählmaschine hat, kommt man zu dem Ergebnis, dass in diesem Koalitionsvertrag genau 508-mal „wollen“ statt „machen“ steht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

132-mal ist von „prüfen“ die Rede, und dies noch ohne „evaluieren“.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP)

Nur 36-mal heißt es „umsetzen“, aber diese 36-mal stehen unter Finanzierungsvorbehalt. Ja, was steht denn in diesem Koalitionsvertrag überhaupt drin, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Entweder wird geprüft oder evaluiert, ansonsten gilt ein Finanzierungsvorbehalt.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Alle CDU-Projekte werden am Ende am Prüfauftrag oder am Finanzierungsvorbehalt scheitern. Der einzige Erfolg ist die Kennzeichnungspflicht. Aber die hat die SPD auch schon verhindert. Grün-Rot geht also weiter wie bisher, nur der Juniorpartner wurde ausgewechselt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Herr Kollege Strobl, Sie sprachen davon, in dem Koalitionsvertrag sei viel schwarze Tinte. Ich habe ihn mir angeschaut. Ich habe ihn einmal durchgelesen, ein zweites Mal durchgelesen, ein drittes Mal durchgelesen.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Bitte bei der Wahrheit bleiben!)

Dann kam ich auf eine Idee. Vielleicht ist diese schwarze Tinte Zaubertinte. Ich habe dann alle bekannten Maßnahmen zur Sichtbarmachung von Zaubertinte angewandt. Aber es ist nichts dabei herausgekommen.

Herr Kollege Strobl, Sie erinnern sich vielleicht: Vor etwa zehn Jahren – Sie waren damals noch Generalsekretär – haben Sie zur schwarz-gelben Koalition gesagt: „Die FDP hat beim Regieren nicht sehr gestört.“ Heute, Herr Kollege Strobl, kann man das Fazit ziehen: Thomas Strobl hat bei den Koalitionsverhandlungen nicht sehr gestört. So sieht es aus, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Nur an einer Stelle sind Sie richtig konkret geworden:

Die beiden Parteien stellen bis zu vier Staatssekretärinnen und Staatssekretäre in den ihnen zugeordneten Ressorts.

Allerdings haben Sie sich daran nicht gehalten. Im Staatsministerium gab es ja dann eine richtige Staatssekretärsinflation. Schauen wir einmal, wer da noch alles Staatssekretär wird.

Die Gier bei der Besetzung der Regierungspräsidentenposten wurde am heutigen Tag auch schon angesprochen. Herr Kretschmann, Sie haben im Landtagswahlkampf plakatiert – es wurde schon angedeutet –: „Regieren ist eine Stilfrage“. Aber Sie haben zwei qualifizierte Regierungspräsidenten einfach so abgeschossen, ohne Begründung.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Nach fünf Jahren Übergangszeit!)

– Nach fünf Jahren Übergangszeit. – Einen wollten Sie im Jahr 2012 schon einmal abschießen. Dann sind Sie zurückgeschreckt und haben festgestellt: Der macht vier Jahre lang gute Arbeit. Und dann haben Sie ihn aus Koalitionsoptionen doch abgeschossen.

Herr Ministerpräsident, das hat wenig Stil. Dass Sie bei der damaligen Pressekonferenz, als Sie nach einer Begründung gefragt wurden, noch gesagt haben, Sie lieferten diese Begründung nicht – aus Schutzgründen für die Betroffenen –, das ist besonders jämmerlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schabig!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Aber jetzt komme ich abschließend zum vermeintlichen Geschenk.

(Zurufe von der SPD)

– Nein, kein Plastik. Ich habe auch sichergestellt: nicht aus Kinderarbeit,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Kein Biber!)

fairer Handel – alles vorhanden.

(Zuruf von den Grünen: Regional?)

Ich habe jetzt über diese Regierungskoalition Grün-Schwarz vieles an Kritischem gesagt. Manche sprechen bei dieser Koalition auch von Kiwi. Ich will Ihnen zumindest konzederen, dass der Name gut gewählt ist. Dabei meine ich nicht die Frucht, sondern es gibt auch noch einen Vogel namens Kiwi.

(Der Redner legt einen Kiwi aus Plüsch auf das Rednerpult. – Abg. Andreas Stoch SPD: Sehr hässlich!)

Er sieht zwar relativ – –

(Zuruf: Ausgestopft!)

– Nein, es ist kein ausgestopfter Vogel.

(Heiterkeit)

Ich mache das wie der Kollege Wolf: Ich hole Plüschtiere.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut!)

Das ist also ein Kiwi aus Plüsch.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Ich will Ihnen aber nicht vorenthalten, was bei Wikipedia zu diesem Vogel steht. Denn das ist sehr treffend.

Diese Kiwis sind Vögel.

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Sie haben auch „Flügel, sind aber nicht in der Lage, damit zu fliegen.“

(Heiterkeit)

Es geht weiter:

Die Flügel tragen an den Enden kleine Krallen ... Die Krallen haben keine erkennbare Funktion ...

(Heiterkeit)

Bei Wikipedia steht weiter:

Kiwis besitzen keinen äußerlich sichtbaren Schwanz, ...

(Heiterkeit)

Der Kopf der Kiwis ist relativ klein, der Schnabel sehr lang ...

(Heiterkeit)

Er ist bei Weibchen um gut 30 Prozent größer als bei Männchen. ...

(Heiterkeit)

Wegen ihrer nächtlichen und verborgenen Lebensweise sind die Lautgebungen oft das Einzige, was Menschen von Kiwis mitbekommen.

(Heiterkeit)

Kiwis rufen das ganze Jahr und die ganze Nacht hindurch, ...

Die Rufe scheinen hauptsächlich in der Revierverteidigung eine Rolle zu spielen.

(Heiterkeit)

Jetzt kommt das Schönste, für uns auch das Verheißungsvollste:

Um im Stand das Gleichgewicht zu halten, stützen Kiwis sich oft auf ihren Schnabel.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, das sollte der versöhnliche Abschluss sein. Ich hatte eigentlich vor, Ihnen, Herr Ministerpräsident, diesen Vogel zu überreichen. Ich habe aber einen Fehler gemacht. Ich hatte ihn zu Hause, und mein jüngster Sohn hat ihn gesehen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Er sagte dann: „Der gefällt mir; den möchte ich haben.“ Deshalb musste ich versprechen, dass ich ihn wieder nach Hause bringe und ihn abgebe. Aber das Schöne daran ist, Herr Ministerpräsident: Somit können Sie davon ausgehen, dass Sie mit meinem jüngsten Sohn zumindest ein Landeskind haben, das Kiwi gut findet –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das grün wählt!)

wenn vielleicht auch nicht diese Regierung, so zumindest den Vogel.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Heiterkeit des Ministers Thomas Strobl – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege Dr. Rülke, das war jetzt einmal ganz nett. Ich sage aber an dieser Stelle vorbeugend für die Zukunft des Hohen Hauses: Im Interesse des Ernstes des Hohen Hauses sollten wir so etwas nicht in jeder Sitzung praktizieren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nur bei jeder Regierungserklärung!)

Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Ministerpräsident Kretschmann.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann trinkt aus dem am Rednerpult stehenden Wasserglas. – Abg. Thomas Blenke CDU: Das war das Glas Wasser von Herrn Rülke!)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg ist in einer guten, ja einer hervorragenden Verfassung. Nie war es wirtschaftlich so stark, so lebendig, innovativ, weltoffen. Wir sind die Wachstumslokomotive in Deutschland: Im Jahr 2015 lag das Plus in Baden-Württemberg bei 3,1 % und bundesweit bei 1,7 %. Noch nie waren so viele Menschen in Arbeit wie heute. Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote seit 1981, wir haben die niedrigste Jugendarbeitslosenquote in ganz Deutschland. Wir haben eine der höchsten Exportquoten. Auf jedem dritten Arbeitsplatz wird für den Export gearbeitet. Baden-Württemberg ist die innovativste Region Europas. 5 % der Wirtschaftsleistung gehen in Forschung und Innovation. Aber wir haben z. B. auch die besten Kitas, das beste Betreuungsverhältnis; seit 2011 haben wir die Zahl der Plätze um 50 % erhöht.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Richtig!)

Baden-Württemberg ist das Land mit den stärksten Kommunen. Unsere Kommunen haben die niedrigste Verschuldung aller Bundesländer und weisen die zweithöchsten Investitionen auf.

Baden-Württemberg ist aber auch das Land mit dem höchsten bürgerschaftlichen Engagement. Nirgendwo sonst engagieren sich so viele Menschen ehrenamtlich.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Jetzt stellt sich die Frage: Wie muss ein Koalitionsvertrag in einem Land aussehen, das eine Spitzenstellung innehat und in guter Verfassung ist?

(Zuruf von der SPD)

Ich glaube einfach: Der Koalitionsvertrag und die Koalitionspolitik müssen gewährleisten, dass Baden-Württemberg diese Spitzenstellung bewahrt und behält, und das in einem wahrlich schwierigen Umfeld. Dieser Koalitionsvertrag ist eine verlässliche und solide Grundlage, um Baden-Württemberg weiterhin an der Spitze zu halten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das, was ich in der Regierungserklärung gesagt habe, nämlich dass der Vertrag ein demokratisches Reifezeugnis ist, will ich noch einmal betonen. Schauen Sie sich doch einmal an, was in solchen Situationen in anderen Gegenden der Welt passiert. In Spanien wurde vor einem halben Jahr gewählt. Noch immer gibt es dort keine Regierung. Wahrscheinlich müssen sie dort in Neuwahlen gehen. Oder schauen Sie sich einmal die Polarisierung im Wahlkampf in den USA an. Ich finde, wenn wir in einer solchen Situation, nachdem die Wählerinnen und Wähler eine Entscheidung getroffen haben, in deren Folge das, was die jeweiligen Lager in der Gesellschaft wollten, in einer Koalition nicht umsetzbar war, weil es dafür keine Mehrheiten gab, in sechs Wochen – nachdem wir in den fünf Jahren zuvor hart gegeneinander gestanden haben – ein solches solides Dokument verhandelt haben, ist das – das sieht man, wenn man sich in der Welt umschaut – eine veritable Leistung.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Dies zeigt, dass beide Parteien, die diese Koalition bilden, in dieser schwierigen Situation ihrer Verantwortung gerecht ge-

worden sind, staatspolitisch verantwortungsvoll gehandelt haben sowie die Interessen des Landes und seiner Menschen in den Vordergrund gestellt haben und nicht die eigenen Befindlichkeiten, die in den vorausgegangenen fünf Jahren in der Regierung bzw. der Opposition entstanden sind. Deswegen will ich mich noch einmal wirklich für das sehr schnelle Vorgehen bedanken. Das war sozusagen eine Zusammenarbeit im Schnellkochtopf.

(Heiterkeit)

Wir hatten ja nicht monatelang Zeit, um uns zu beraten und zu finden.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Sehr heiße Luft kommt draus, wenn man einen Schnellkochtopf aufmacht!)

Das ist gut und hervorragend gelungen. Deswegen ist dieser Koalitionsvertrag keine spektakuläre, jedoch eine solide Grundlage, um die nächsten fünf Jahre konstruktiv für das Land und seine Menschen zu arbeiten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Er ist auch ein guter Hinweis darauf, dass Grün-Schwarz unter der großen Überschrift, unter der diese Koalition u. a. steht, nämlich für den Zusammenhalt in diesem Land zu sorgen, selbst ein gutes Beispiel dafür gegeben hat, indem es sich über alle Gräben der Vergangenheit hinweggesetzt hat, sie zugeschüttet hat, geschaut hat, wo gute, tragfähige Kompromisse möglich sind, wo etwas weitergeführt wird, wo etwas geändert wird, wo neue Akzente gesetzt werden. All das findet sich in diesem Koalitionsvertrag wieder.

Meine Damen und Herren, man kann natürlich immer sagen: Das ist alles nicht konkret genug.

(Zurufe: Genau! – So ist es in der Tat!)

Aber ich will erst einmal feststellen: Die beiden Regierungsfaktionen haben in ihren Darlegungen noch einmal zum Ausdruck gebracht, dass sie das, was wir dort gemeinsam beschlossen haben,

(Zuruf von der SPD: Was denn?)

mittragen, dass sie dafür Verantwortung übernehmen und dass sie bereit sind, diese Koalition über fünf Jahre hinweg erfolgreich zu führen, dass wir keine Konfliktkoalition wollen, sondern dass wir eine Koalition wollen, in der im Interesse dieses Landes ordentlich regiert wird. Dafür noch einmal herzlichen Dank an die beiden Vorsitzenden der Regierungsfaktionen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

War es nun konkret genug? Was hat eine Regierungserklärung eigentlich für eine Aufgabe?

(Zuruf: Etwas zu sagen!)

Sie hat doch die Aufgabe, der Bürgerschaft und Ihnen hier im Landtag, im Hohen Haus, zu zeigen: In welche Richtung will eigentlich die Regierung gehen?

(Zuruf von der SPD: Genau! Das ist ja unsere Frage!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Was sind die Richtungsentscheidungen, die sie getroffen hat? Insofern möchte ich mich auch bei den Vorsitzenden der Oppositionsfraktionen bedanken; auch sie haben jetzt keine grundsätzliche Richtungskritik am Koalitionsvertrag geübt.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn wir die Richtung gehabt hätten!)

Sie haben nicht irgendetwas ganz anderes gefordert als das, was wir hier niedergelegt haben und was wir in fünf Schwerpunkten dargestellt haben. Insofern sage ich noch einmal Danke für die muntere Kritik, vor allem des Kollegen Rülke. Das schätzen wir an Ihnen. Ihre Kritik war sehr spritzig und munter. Das ist etwas, was Sie gut machen und auch gut können. Das haben Sie sehr schön gemacht.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Ich darf Sie aber schon noch einmal daran erinnern, Herr Kollege Rülke: Als es darum ging, ob die FDP Verantwortung übernimmt, haben Sie, bevor es überhaupt Gespräche gegeben hat, schon abgelehnt, in eine Sondierungsverhandlung zu gehen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Wenn Sie jetzt in dem, was wir beschlossen haben, lustvoll herumgestochert und mit dem Florett gefochten haben – das liegt Ihnen, scheint es, offenbar mehr –, dann ist es auch gut so.

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Baden-Württemberg ist in einer guten Verfassung, aber in einem schwierigen Umfeld. Das sollten wir nicht vergessen. Wir sind außerordentlich herausgefordert.

Es geht darum, unsere offene Gesellschaft in schwierigen Zeiten zu verteidigen, sie weiterhin in der europäischen Integration und Familie zu halten. Ich will deswegen noch einmal den Fraktionen GRÜNE, SPD, CDU und FDP/DVP für diesen großen Konsens danken, dass wir alle entschieden wollen, dass wir dieses Land, das mitten in Europa liegt, auch mitten in Europa halten. Denn Europa ist unsere Zukunft.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Ich bin dankbar, dass die Vertreter dieser vier Fraktionen klar gesagt haben, dass sie alle daran mitarbeiten wollen, dass wir Europa wieder stärken, dass wir die europäische Krise, wie sie sich in der Flüchtlingskrise gezeigt hat, überwinden müssen und dass die Zukunft dieses exportorientierten Landes nur darin liegen kann, eine starke Stimme, eine starke Stellung in Europa zu haben.

Wir müssen alle Kräfte anspannen, um der Bevölkerung in Baden-Württemberg deutlich zu machen: Europa ist jetzt seit 70 Jahren ein Raum des Friedens, der Freiheit und auch des Wohlstands – etwas, was es niemals zuvor in der europäischen Geschichte gegeben hat. Deswegen ist es so wichtig, dass wir gemeinsam daran arbeiten, Europa aus der Krise herauszuführen, und der Bevölkerung klarmachen: Der Weg zurück ins

Nationale oder gar ins Nationalistische kann niemals der Weg von Baden-Württemberg sein, kann nicht der Weg von Deutschland sein. Dafür müssen wir gemeinsam wieder alle Kräfte anspannen. Ich freue mich darüber, dass diese Gemeinsamkeit da ist, um die Menschen in Baden-Württemberg davon zu überzeugen, dass wir mehr Europa brauchen und nicht weniger –

(Zuruf von der AfD)

selbstverständlich ein Europa, wie es mein Vorgänger Teufel sehr prominent vertreten hat, ein Europa der Subsidiarität,

(Zuruf von der AfD)

ein Europa, in dem an der richtigen Ebene und an der richtigen Stelle auch das Entscheidende gemacht wird. Darauf wird es ankommen.

Gerade wir, die europafreundlichen Parteien, müssen darauf schauen, dass diese Dinge auch wieder ins Gleichgewicht kommen. Das ist, glaube ich, wichtig; das möchte ich auch noch einmal deutlich unterstreichen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf von der AfD)

Meine Damen und Herren, wir stehen gut da, aber in einem schwierigen Umfeld. Wir sind herausgefordert durch den internationalen Terrorismus, wir sind herausgefordert durch weltweite Flüchtlingsströme und Wanderungsbewegungen, wir sind herausgefordert durch einen harten globalen Wettbewerb, und wir sind auch gesellschaftlich herausgefordert, dass wir der wachsenden Polarisierung, die wir in allen Industrienationen zurzeit beobachten können, entgegentreten und die Kräfte des Zusammenhalts, die Ligaturen, den Kitt, der eine Gesellschaft zusammenhält, stärken. Wenn das dieser Koalition gelingt – und dafür hat sie gute Voraussetzungen –, dann hat sie sich schon gelohnt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Deswegen glaube ich, dass sich die Reife und die Kraft einer demokratischen Gesellschaft am klarsten darin zeigen, wie wir uns in einer Krise aufstellen und wie wir uns darin bewähren, ob unsere Grundrechte auch Bestand haben, wenn vielfach von ihnen Gebrauch gemacht wird, ob wir die Werte auch leben, wenn es einmal eng wird, und ob wir unsere Offenheit auch in schwierigen Zeiten leben können.

Kaum war diese Regierung im Amt, mussten wir gleich mit diesen schlimmen Unwetterkatastrophen fertig werden. Ich denke, dass es trotz der schweren Schäden, die wir dort überall sehen mussten – der Innenminister und ich waren ja auch vor Ort –, doch erfreulich ist, wie in einer solchen Situation die Solidarität der Bevölkerung sofort vorhanden ist, die Bevölkerung sofort agiert und die Hilfsbereitschaft überwältigend ist. Aber in einer solchen Situation ist es auch erfreulich, zu sehen, dass wir ein wohlgeordnetes und funktionierendes Gemeinwesen haben, in dem der Staat, die Kommunen und Landkreise in der Lage sind, sofort zügig an die Behebung der Schäden zu gehen und den Menschen, die Hab und Gut verloren haben, zu helfen. Das zeigt: Dieses Land ist so aufgestellt, dass es auch schweren Herausforderungen begegnen kann und in diesen Herausforderungen zusammenhält.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Andreas Kenner SPD und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

In einer solchen Situation, Herr Meuthen, die Unwetteropfer gegen die Flüchtlinge auszuspielen, das ist einfach nur schäbig.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Typisch! – Zuruf von der AfD)

Das Land hat sofort ein Soforthilfeprogramm aufgelegt, von dem – Stand gestern – schon über 700 Millionen € abgerufen worden sind.

(Zurufe: 700 000!)

– Entschuldigung, 700 000 € sind schon abgerufen worden. – Das Land wird Sondermittel zur Verfügung stellen, um etwa der Gemeinde Braunsbach, die in ganz schwerwiegender Weise außerordentlich betroffen ist, auch jenseits der Kriterien, die wir sonst haben, zu helfen. Aber auch allen anderen Kommunen, die betroffen sind, wird das Land selbstverständlich helfen; das ist gar keine Frage. Das Kabinett hat die Beschlüsse dazu in zwei Kabinettsitzungen schon gefasst. Die Bevölkerung kann sich darauf verlassen, dass ihr das Land in solch einer schweren Katastrophe zur Seite steht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, dieses Land ist in guter Verfassung. Aber dass es in guter Verfassung bleibt, dafür haben wir, glaube ich, die richtigen Weichenstellungen gelegt.

Es war natürlich kein Zufall, dass den Schwerpunkt im Bereich der Wirtschaft die Digitalisierung darstellt. Denn die digitale Revolution wälzt unsere ganzen gesellschaftlichen Bereiche um. Natürlich hat diese Koalition dieses Thema nicht erfunden – ich war der erste Ministerpräsident, der dazu eine Regierungserklärung abgegeben hat –, aber diese Koalition wird diese ganze Frage vertiefen und zu einem ihrer Schwerpunkte in der Arbeit machen, weil die digitale Revolution alle Bereiche durchdringt. Nicht nur Wirtschaft und Dienstleistung, auch der Verkehr, auch der Medizinbereich, ja auch unsere Schulen werden sich dadurch grundlegend ändern, und es wird auch dort das Ende der „Kreidezeit“ eingeläutet werden, sodass wir sehen können, dass alle Bereiche geradezu umgepflügt werden.

Darauf müssen wir uns vorbereiten und die richtigen Rahmenbedingungen dafür schaffen. Das tut dieser Koalitionsvertrag. Wenn Sie immer sagen, das sei nicht konkret genug, dann machen Sie bitte Vorschläge, wo es konkreter sein soll.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Gern!)

Die habe ich leider vermisst. Dass die Opposition sagt: „Das ist alles zu wenig, und da und da muss man noch mehr machen“, das ist ja nicht unerwartet, und das dürfen Sie auch gern tun. Legen Sie ihre weiter gehenden Vorschläge auf den Tisch; wir haben nichts dagegen. Denken Sie immer daran: Eine gute Opposition regiert mit – aber nur, wenn sie konstruktiv ist und auch die entsprechenden konstruktiven Vorschläge macht. Darauf setzen wir, darüber freuen wir uns und sind für Vor-

schläge in dieser Richtung jederzeit offen. Wir wollen ja alle gemeinsam dieses Land gestalten.

Was ist ganz besonders wichtig, und wo setzt der Koalitionsvertrag noch einen Schwerpunkt? Es geht ja nicht nur um eine neue Technologie, die auf uns zukommt und die schon im Gange ist. Es geht darum, dass aus dieser neuen Technologie neue Geschäftsmodelle kreierte werden und dass wir mit diesen neuen Geschäftsmodellen wirtschaftlich angegriffen werden. Das muss man sehen. Das ist die eigentliche Herausforderung, vor der unsere Wirtschaft steht.

Deswegen setzt der Koalitionsvertrag in den Themen Gründermentalität und Start-ups einen klaren Schwerpunkt. Das ist genau das, was wir zusammen mit der Wirtschaft machen müssen: Plattformen schaffen, um zu ermöglichen, dass auch bei uns gute Rahmenbedingungen für eine Start-up-Kultur herrschen.

Man muss natürlich sehen: Das ist in unserem Land ein bisschen anders als in Berlin. Wir haben schon eine gut florierende Wirtschaft, wir haben schon hervorragende Betriebe in allen Sektoren. Da neue Ideen zu schaffen ist eine andere Herausforderung als in Berlin. Das muss man einfach sehen.

Deswegen bin ich froh, dass die Betriebe in unserem Land, sowohl die großen Konzerne als auch die Mittelständler, erkannt haben, dass sie auch in ihren eigenen Unternehmen solche Inkubatoren, also Plattformen, und damit Raum für Start-ups in den eigenen Konzernen und Unternehmen schaffen. Ich bin erfreut darüber, dass das wirklich in vielen Sektoren geschieht.

Unsere Aufgabe muss es jetzt nicht sein, den großen Konzernen Vorschläge zu machen – die können das schon selbst –, sondern es geht darum, das auch in der ganzen Breite des Mittelstands, insbesondere bei den kleinen und mittleren Betrieben, umzusetzen. Es ist hauptsächlich Aufgabe der Regierung, dafür die Rahmenbedingungen und die Plattformen zu schaffen. Da bin ich mit der neuen Wirtschaftsministerin völlig einig. Das werden wir auch ganz konsequent tun. Das genau ist das, was die Regierung machen kann. Sie kann die Innovation der Wirtschaft nicht ersetzen, sondern muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Plattformen entstehen, auf deren Basis der Austausch stattfindet und diese Innovationen tatsächlich in allen Bereichen umgesetzt werden. Das werden wir mit großer Leidenschaft und großem Ernst tun.

Auch was die Infrastrukturen betrifft, nämlich den Breitbandausbau über Glasfaser, werden wir noch einmal zusätzlich erhebliche Mittel einstellen. Herr Oettinger hat ja gesagt: „Funklöcher sind schlimmer als Schlaglöcher.“ Ich will nochmals wiederholen: Wir wollen beides nicht. Aber es ist schon richtig, dass wir da keine weißen Stellen im Land mehr haben dürfen. Deswegen wird das Land große Anstrengungen unternehmen, um auch da weiterzukommen und weiter an der Spitze zu bleiben. Ich denke, da sind die Grundlinien im Koalitionsvertrag wirklich sehr gut aufgezeichnet.

Dazu kommt der zweite Bereich. Das sind natürlich unsere Universitäten, ganze Forschungslandschaften. Da qualifiziert der Koalitionsvertrag einerseits klare Leuchtturmprojekte wie das Cyber Valley und anderes, aber wir versuchen auch, uns da in der ganzen Breite aufzustellen, z. B. die Gründerkultur, die Ausgründungen an unseren Hochschulen und Universitäten

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

ten zu forcieren wie etwa am KIT in Karlsruhe, wo das schon gut klappt. Da müssen wir schauen, dass dieser Spirit auch an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften breit in die Fläche kommt. Denn das ist ein wichtiger Punkt, damit wir neue Unternehmensgründungen bekommen. Auch da müssen wir diese Kultur der Neugründungen, des Unternehmertums verankern.

Dafür sind in der Schulpolitik mit dem neuen Fach Berufs- und Studienorientierung schon die Grundlagen gelegt worden, um die jungen Leute in unserem Land darauf hinzuweisen, dass man nicht nur als Angestellter einen guten Job haben und sein Geld verdienen kann, sondern auch als Unternehmer. Auch das wird eine Aufgabe der Regierung sein, dies besonders in den MINT-Fächern voranzutreiben.

Man kann also sagen, dass die Grundlinien für diese wichtige Agenda im Koalitionsvertrag gelegt sind, aber dass sie auch im Verkehrsbereich oder im Medizinbereich, wo wir ebenfalls diese tiefen Umbrüche haben, umgesetzt werden.

Jetzt komme ich zur Schulpolitik. Natürlich steht dazu nichts Aufsehenerregendes im Koalitionsvertrag. Meine Damen und Herren, das ist gewollt, das ist ganz genau gewollt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja! Das haben wir erkannt!)

Die Strukturreformen sind eingeleitet. Da haben wir einen großen Kompromiss gefunden. Dafür will ich noch einmal wirklich einen besonderen Respekt an die beiden Verhandlungspartner aussprechen. Das war wirklich das schwierigste Feld, bei dem es einen guten Kompromiss zu finden galt. Diesen guten, tragfähigen Kompromiss haben wir gefunden. Ich möchte sagen, das geht wirklich in Richtung Schulkonsens. Ich habe jetzt auch von den Oppositionsfraktionen SPD und FDP/DVP keine grundlegende Kritik daran gehört. Ich glaube, es ist entscheidend wichtig, dass wir jetzt aus der Phase der Strukturreform herauskommen hin zu der Frage: Wie steigern wir nun die Qualität in den Schulen und des Unterrichts selbst?

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Das wird der neue Schwerpunkt dieser Regierung sein.

Da haben wir, glaube ich, mit der neuen Kultusministerin eine erfahrene Akteurin, die aus einer Großstadt Erfahrung mitbringt, wie Bildungspolitik in einer modernen Gesellschaft gestaltet sein muss. Dafür sind ganz solide Grundlagen gelegt worden. Ich habe auch keine grundlegende Kritik daran gehört. Insofern kann ich auch da mit der Aufwartung zufrieden sein, die wir da bekommen haben.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Ich denke – ich will noch einmal alle dazu einladen; das möchte ich nochmals betonen –, wir müssen eher in Richtung Schulkonsens gehen, weil wir nicht alle fünf Jahre das Schulwesen ummodellieren können. Das geht einfach nicht. Deswegen ist der Vertrag sehr solide und ein sehr guter Kompromiss, der tragfähig sein wird. Jetzt wird es, wie gesagt, darum gehen, die Qualitätsaspekte zu steigern.

Nun kommen wir zum nächsten wichtigen Punkt: der inneren Sicherheit. Es ist völlig klar – wir haben jetzt wieder einen

terroristischen Anschlag in Istanbul erlebt –, dass der Terrorismus eine große Pest ist, die die Welt befallen hat und die auch uns herausfordert, auch wenn wir uns glücklich schätzen können, dass bei uns bisher solche Anschläge nicht erfolgt sind bzw. im Vorfeld schon verhindert werden konnten. Diese Koalition wird einen Schwerpunkt darauf setzen, unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen die Sicherheit der Bevölkerung so gut wie möglich zu gewährleisten. Wir werden noch einmal enorme Anstrengungen unternehmen, um auch durch mehr Polizeistellen das Notwendige zu tun. Seien Sie versichert, Herr Kollege Rülke, dass das auch kommen wird. Natürlich steht alles unter Haushaltsvorbehalt; wir können schließlich nicht voraussagen, wie sich die wirtschaftliche Situation entwickelt. Aber die Koalition hat sich ganz klar darauf verständigt, dass wir die Zahl der Polizeistellen erhöhen werden. Das ist gar keine Frage.

Ich will deswegen hier auch noch einmal zum Haushalt sagen: So konkret in finanzpolitischen Fragen wie dieser Koalitionsvertrag waren bisher die Koalitionsverträge meinem Überblick nach jedenfalls nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Das muss ich jetzt leider den Sozialdemokraten sagen, wenn Sie das schon aufs Tapet bringen: Dazu war der Koalitionsvertrag mit Ihnen nicht sehr umfangreich. Das kann man ja noch nachlesen; den gibt es ja immer noch.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Er war aber ehrlich! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wir haben aber viel gemacht!)

Klar ist: Haushaltsfragen gehören in die Haushaltsberatungen, und in den Haushaltsberatungen werden diese Fragen konkretisiert. Wir werden mit den Menschen, die von Einsparungen betroffen sind, zunächst einmal sprechen. Das gehört ja wohl mit dazu. Es ist auch oft vom Beamtenbund kritisiert worden, dass das nicht geschehen ist. Das werden wir machen und dann hoffentlich dazu kommen, dass wir alle fordern – gar keine Frage. Aber wir werden in den Haushaltsverhandlungen auch niemanden überfordern; auch das ist klar. Es werden von niemandem Einsparungen verlangt werden, die ihn überfordern und die er nicht leisten kann. Auch das ist eine klare Grundlage und Aussage dieser Koalition. Auch da bin ich dann auf die Opposition gespannt. Wir werden das jedenfalls stringent angehen müssen.

Wir müssen in dieser Legislaturperiode die Schuldenbremse einhalten; das schreibt das Grundgesetz vor. Wir wollen Sie alle im Landtag dazu einladen, das, was im Grundgesetz steht, als Selbstverpflichtung in die Landesverfassung zusätzlich hineinzuschreiben, damit klar ist: Wir wollen die Schuldenbremse einhalten – und das werden wir auch machen.

Wenn man sich die größten Posten im Haushalt anschaut – das sind mit über 40 % nun einmal das Personal und mit über 20 % die Kommunen –, dann ist klar: Man kann einen Haushalt nicht an diesen großen Positionen vorbei sanieren; das ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit; das ist ohne Zumutungen, wie gesagt, nicht möglich.

Ich will noch einmal betonen: Die innere Sicherheit ist dieser Koalition ein sehr großes Anliegen. Das gilt genauso für andere Infrastrukturen. Kollege Stoch, die 500 Millionen €, die

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

dort aufgeführt sind, kommen zu dem hinzu, was in der mittelfristigen Finanzplanung steht und schon von der letzten Koalition begonnen wurde. Es ist, denke ich, angesichts dieser Haushaltslage ein sehr ehrgeiziges und ambitioniertes Programm, noch eine halbe Milliarde Euro zusätzlich in wichtige Infrastrukturen

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

wie Schiene, Straße, Hochschule und anderes zu investieren.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wir werden sehen!)

Aber wir wissen, dass wir das machen müssen, weil wir sonst die Quellen des Reichtums der Zukunft schnell untergraben, wenn wir nicht kraftvoll investieren. Also werden wir auch das beachten, sodass wir die Sanierungsaufgaben weiter schultern, aber auch dort, wo es notwendig ist, investieren, wie etwa im digitalen Bereich oder bei den sonstigen Infrastrukturen. Das ist eine große Herausforderung.

Deswegen sind natürlich die Versprechungen in solch einem Koalitionsvertrag nicht übermäßig. Wir hätten in manchem Bereich gern noch mehr gemacht, aber das lässt die Haushaltslage einfach nicht zu. Deswegen ist das ein wichtiger Punkt.

Natürlich stehen ein Haufen Prüfaufträge im Koalitionsvertrag. Wen bitte kann das jetzt verwundern?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Uns nicht!
– Vereinzelt Heiterkeit)

– Warum beschweren Sie sich dann darüber?

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Weil wir es gern anders hätten! Es wundert uns nicht, aber wir hätten es gern anders!)

Schauen Sie einmal: Die Koalitionsverhandlungen sind so geführt worden, dass nicht einfach ein Rückabwicklungsprogramm stattfindet, sondern auch neue Akzente gesetzt werden. Das ist in Deutschland eigentlich durchaus üblich. Jetzt ist es doch ganz einfach, Herr Kollege Rülke: Wenn eine neue Koalition gebildet wird, bei der der eine Koalitionspartner schon in der letzten Regierung war und der andere neu ist, dann ist es eigentlich naheliegend, dass einige Prüfaufträge enthalten sind, nämlich dazu, ob man das, was die Vorgängerkoalition beschlossen hat, auch weiterführt – weil die Union dazu vielleicht andere Vorstellungen hat als wir.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das haben wir als FDP auch erlitten!)

Darüber muss man sich jetzt gar nicht wundern. Wenn der übliche Wechsel stattfindet und komplett neue Koalitionspartner an die Regierung kommen, dann sieht der neue Koalitionsvertrag eben anders aus als der vorhergehende. Das ist einfach der neuen Konstellation geschuldet. Darüber müssen Sie sich jetzt nicht wundern; Sie dürfen es aber.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Vereinzelt Heiterkeit)

Jedenfalls wird das geprüft, und dann werden sicher auch einzelne Punkte korrigiert, novelliert und geändert. Das ist wirklich klar.

Ich will zum Schluss noch einmal auf ein ganz wichtiges Thema zu sprechen kommen, nämlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie haben an den Zuschnitten der Ministerien herumkritisiert. Ich will, was den Zuschnitt der Ministerien betrifft, sagen: Das kann man immer alles so oder auch anders machen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Es muss aber Sinn machen!)

Darüber kann man trefflich streiten. Die Systematik von Ministeriumszuschnitten ist nicht so, wie es sich vielleicht ein Hochschulprofessor ausdenkt, sondern da geht es in Koalitionsverhandlungen schon ans Eingemachte; das weiß ja auch jeder. Da kommen manchmal auch ungewöhnliche Zuschnitte zustande.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist aber schön gesagt!
– Heiterkeit bei der SPD)

Darüber könnt ihr euch jetzt noch ewig echauffieren. Entscheidend ist, ob die, die das ressortieren, etwas daraus machen.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: So ist es!)

Das ist das Entscheidende.

Ich denke, so, wie die Ministerien besetzt sind – mit guten, hervorragenden Leuten –,

(Vereinzelt Lachen bei der SPD – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

können wir jedenfalls damit rechnen, dass auch die Minister, die ungewöhnliche Zusammenstellungen haben, daraus trotzdem etwas Gescheites machen. Davon gehen wir jeweils aus.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Insofern: Sie können sich daran vergnüglich weiden, aber das Entscheidende ist etwas anderes, nämlich ob da auch etwas für das Land geschieht.

Ich will noch einmal – weil das schon wichtig ist – die Frage des Integrationsministeriums ansprechen. Jetzt wollen wir einmal ehrlich sagen, dass das Integrationsministerium der letzten Koalition nun nicht allzu reichlich mit Kompetenzen ausgestattet war;

(Zuruf: Richtig! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Vorsichtig formuliert!)

das will ich jetzt nicht weiter vertiefen. Jetzt hat die neue Koalition beschlossen, dass sie die wichtige Frage der Integration im operativen Bereich – die ganzen operativen Fragen etwa der Flüchtlingspolitik – dem Innenministerium zuschlägt und die gesellschaftlichen Fragen dem Sozialministerium zugeordnet werden. Ich finde, das ist eine gute Lösung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Das ist eine gute Lösung, weil der Innenminister die operativen Instrumente in seinem Haus hat – wie etwa die Rettungsdienste, die bei diesen Fragen immer wichtig sind, oder die Polizei. Das ist, glaube ich, eine gute Lösung. Das Integrations- bzw. Sozialministerium ist jetzt auch ein Gesellschafts-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

integrationsministerium. Das heißt, es geht nicht mehr nur um vertikale Integration, also um den Zusammenhalt über die sozialen Unterschiede in einer Gesellschaft hinweg, sondern es geht auch um die horizontale Integration, also um den Zusammenhalt der verschiedenen Gruppen der Gesellschaft. Ich bin sicher, dass Minister Lucha daraus das Richtige machen wird, nämlich beides zu verknüpfen.

Denn – das ist auch teilweise angesprochen worden – wir sind uns der Herausforderungen der Flüchtlingssituation bewusst. Wir wissen, dass viele Flüchtlinge die Qualifikationen nicht haben, die benötigt werden. Wir müssen sie nachqualifizieren bzw. überhaupt erst ausbilden. Es ist natürlich eine wichtige Frage, wo das sozusagen ineinandergreift. Dasselbe gilt beim Wohnungsbau und vielem anderen.

Ich will in Bezug auf den Wohnungsbau sagen: Ich wundere mich jetzt, dass es Kritik an Allianzen gibt und gesagt wird: „Die machen nur Papier und keine Häuser.“

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist keine Kritik! Das gibt es ja schon! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das gibt es schon!)

– Allianzen haben wir in der letzten Koalition auch gemacht.

(Zuruf von der SPD: Ja, eben!)

Allianzen haben einfach den Sinn, dass man die Akteure, die dafür zuständig sind, zusammenführt und daraus etwas macht.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Es muss schneller gehen!)

Aber wir wenden ja zusätzlich 250 Millionen € auf. Also können Sie, Herr Kollege Stoch, nicht sagen, da würde nur Papier produziert. Dies bedeutet eine gigantische Anstrengung angesichts der Haushaltslage, die wir aber machen müssen, weil die Menschen – sowohl diejenigen, die schon länger hier leben, als auch diejenigen, die zu uns kommen – natürlich ein bezahlbares Dach über dem Kopf brauchen. Sie brauchen Arbeit, müssen aber auch ansonsten in die Gesellschaft integriert werden.

Ich bin auch dankbar – das möchte ich zum Schluss noch einmal sagen –, dass ich zwischen Grünen, CDU, aber auch den Oppositionsfraktionen SPD und FDP/DVP einen Konsens sehe, dass wir weiter für eine offene Gesellschaft kämpfen, dass wir weiter dafür kämpfen, dass unsere Gesellschaft eine Gesellschaft des Zusammenhalts bleibt, dass sie eine freiheitliche Gesellschaft bleibt, in der wirklich jeder nach seiner Fassung selig werden kann, und dass wir allen die Freiheitsrechte gewähren.

Da möchte ich schon noch einmal ein Wort in Richtung AfD sagen:

(Zuruf von der AfD: Wir sind hier! – Unruhe – Zurufe: Pst!)

Wenn eine Abgeordnete von Ihnen öffentlich sagt, dass sie es für eine Islamisierung der Gesellschaft hält, dass wir jetzt eine Parlamentspräsidentin haben, die Muslima bzw., genauer gesagt, Alevitin ist, dann müssen bei allen Demokraten die Alarmsirenen angehen.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Man kann da nur sagen: Hast du ein Problem, dann schau in die Verfassung. Artikel 33 des Grundgesetzes sagt ausdrücklich,

(Zuruf von der AfD: Jetzt kommt der Lehrer!)

dass jeder Deutsche nach Eignung, Leistung und Befähigung Zugang zu öffentlichen Ämtern hat. Das sind die Kriterien, und es gilt nicht als Kriterium, welcher Religion jemand angehört. Wer da die Religion mit ins Spiel bringt, der stellt Grundrechte infrage und stellt sich außerhalb des Rahmens unserer Verfassungsordnung. Das muss man klar sehen.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Es kommt auf klare Maßstäbe an. Die Tatsache, dass Parteien wie die CDU und die Grünen, die sich zuvor in der Tagespolitik bekämpft haben, trotzdem eine Koalition bilden, liegt darin begründet, dass wir die Grundwerte und Grundnormen unserer Verfassung völlig ungeschmälert und ohne Wenn und Aber teilen. Das schafft überhaupt erst die Möglichkeit, in einem Gemeinwesen zusammenzuhalten und diesen Zusammenhalt politisch darzustellen, zu organisieren. Darauf wird es ganz entscheidend ankommen. Wir haben nicht irgendwelche Maßstäbe anzulegen. Wir legen die Maßstäbe unserer Verfassungsordnung an, unseres Grundgesetzes, der besten Verfassung, die wir jemals auf deutschem Boden hatten. Wir wollen sie hegen und pflegen und nicht an ihren Rändern herumbasteln. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf von der AfD: Sie brechen Artikel 16 a des Grundgesetzes! – Gegenruf: Oje!)

Ich denke, es wird darauf ankommen, dass wir in Zukunft den Zusammenhalt der Gesellschaft auf Grundlage einer freiheitlichen Ordnung organisieren. Freiheitlich heißt, dass Differenzen erlaubt sind – dass es Differenzen gibt, ist überhaupt erst Sinn und Inhalt der Freiheit –, dass die Menschen so leben können und ihre Persönlichkeit so entfalten können, wie es ihnen entspricht, solange sie sich an die Verfassungsordnung halten, sich an die Gesetze halten und die Rechte anderer nicht beeinträchtigen. Das sind ganz einfache freiheitliche Maßstäbe, auf deren Grundlage wir agieren. Sie sind eine gute Grundlage für den Zusammenhalt der Gesellschaft.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Aber sie ermöglichen auch zivilisierten tagespolitischen Streit; auch der ist notwendig. Ich freue mich auf den Zusammenhalt einerseits, aber auch auf zivilisierten Streit andererseits, wie wir ihn in diesem Haus immer gern pflegen.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Frage an die Herren Fraktionsvorsitzenden: Wünschen Sie nach § 82 Absatz 4 des Geschäftsordnung das Wort?

Herr Abg. Professor Dr. Meuthen von der AfD ist nicht anwesend. Herr Abg. Dr. Grimmer, wünschen Sie das Wort? Andernfalls käme Kollege Stoch an die Reihe.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

(Abg. Emil Sänze AfD begibt sich zum Rednerpult.
– Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung ist das nicht möglich!)

– Herr stellvertretender Fraktionsvorsitzender Sänze.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD betritt den Plenarsaal.
– Beifall bei der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Der Fraktionsvorsitzende ist anwesend! – Zurufe: Das geht nicht! – Unruhe)

– Moment, Herr Kollege Sckerl. – Herr Abg. Professor Dr. Meuthen, Sie haben als Fraktionsvorsitzender das Recht zu sprechen. Nur wenn Sie nicht anwesend sind, darf Ihr Stellvertreter sprechen. – Herr Abg. Professor Dr. Meuthen, Sie haben das Wort.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Dann gehe ich wieder raus! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann geht er wieder raus! – Zuruf von den Grünen: Geschäftsordnung nicht gelesen! – Unruhe)

Herr Abg. Professor Dr. Meuthen, entweder Sie reden jetzt oder das Wort geht an den Kollegen Stoch.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Es ist eine Rede von Herrn Sänze vorbereitet! Wenn Sie das gestatten können, kann Herr Sänze sprechen! – Unruhe)

– Lieber Herr Fraktionsvorsitzender, aufgrund der Geschäftsordnung geht das nicht.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Das habe ich wohl verstanden!)

Das können wir auch nicht tolerieren. Sie hätten das Wort. Wenn Sie es nicht wünschen, geht das Wort jetzt an den Kollegen Stoch.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Ich verzichte dann!)

Bitte schön, Herr Kollege Stoch, Sie haben das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Martin Rivoir SPD: Herr Professor! Verwaltungshochschule! Oh!)

Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nachdem der Ministerpräsident das ergänzt hat, was er in der vergangenen Woche in seiner Regierungserklärung mitgeteilt hat, möchte ich die Gelegenheit nutzen, noch einige Punkte zu benennen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben eingangs Ihres heutigen Beitrags auf die Situation in Baden-Württemberg abgehoben und haben zu Recht darauf hingewiesen, dass Baden-Württemberg ein äußerst starkes Bundesland, eines der stärksten Bundesländer in Deutschland und eine der stärksten Regionen in Europa und in der Welt ist.

Dass Baden-Württemberg stark ist, gilt nicht nur in Bezug auf die Wirtschaftsdaten. Es gilt mit Blick auf die historisch niedrige Arbeitslosenquote, insbesondere die Jugendarbeitslosenquote, und die Wirtschaftskraft, aber es gilt, glaube ich, auch für unsere Integrationskraft, für die Fähigkeit dieser Gesell-

schaft, Veränderungen aufzunehmen und den Menschen die Zuversicht zu geben, in einem guten und sicheren Land zu leben.

Bei der Frage „Was erwarten wir von der Regierung?“ kommt es uns darauf an, dass diese Regierung nicht nur den Zustand beschreibt, sondern dass die Regierung auch in der Lage ist, die Zustandsbeschreibung in ein verantwortliches Handeln für die Zukunft umzusetzen. Das erwarten wir von dieser Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, da unterscheiden wir uns. An dieser Stelle erwarten wir, die SPD-Landtagsfraktion, dass Sie von der Regierung die Handlungsfelder konkret benennen, darstellen, welche Aufgaben in Angriff genommen werden, dass Sie also Problemfelder benennen und konkrete Vorschläge machen.

Sie haben davon gesprochen, dass es eine große Leistung war, eine Regierung zu bilden, eine Regierung von Parteien und Fraktionen, die in den vergangenen Jahren im Land Baden-Württemberg sicherlich relativ wenig Schnittmengen in ihrem politischen Handeln hatten. Woran das liegt, das mag der Beobachter bewerten. Aus meiner Sicht lag das sicherlich auch daran, dass lange Zeit – vielleicht die gesamten vergangenen fünf Jahre – aus der CDU-Fraktion keine konstruktiven Beiträge kamen, weil man sich dort oft darauf beschränkt hat, zu kritisieren und das Gegenteil dessen zu beschreiben, was tatsächlich umgesetzt worden ist.

Vielleicht passt das Bild des Schnellkochtopfs, das Sie verwendet haben, Herr Ministerpräsident, ganz gut. Sie haben beschrieben, dass das Bilden dieser neuen Regierung wie das Kochen mit einem Schnellkochtopf gelungen ist. Ich habe das Gefühl, dass in diesem Schnellkochtopf die eine oder andere Kartoffel zerfallen ist; manches von dem, womit beide Partner in die Verhandlungen gegangen sind, ist unkenntlich geworden.

Jetzt komme ich zu der Frage: Was erwarten wir von der Regierung? Die Kartoffel zu kochen ist natürlich eine Voraussetzung für alles Weitere, aber für einen gescheiterten Kartoffelsalat bedarf es noch viel mehr. Wir erwarten nämlich ordentliches Regierungshandeln, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen bitte ich Sie, sich nicht auf diesen Lorbeeren, eine Regierung gebildet zu haben, auszuruhen. Denn es reicht nicht, eine Regierung zu bilden. Da sind sicher machtpolitische Fragen, parteipolitische Fragen und manchmal leider auch versorgungspolitische Fragen ein Kriterium. Mir und uns geht es darum, dass Sie für dieses Land aus dieser Regierung auch etwas machen.

Sie sagen, dass unsere Reaktionen erkennen ließen, dass wir die Richtung nicht grundsätzlich infrage stellten. Da gebe ich Ihnen unumwunden recht. Wir haben die Besorgnis – das lässt manches im Koalitionsvertrag und manches in der Regierungserklärung erwarten –, dass diese Richtung nicht mehr entsprechend angestrebt wird, dass die Dynamik in den Entwicklungsprozessen fehlt, weil wir festgestellt haben, dass

(Andreas Stoch)

manches nicht einvernehmlich zwischen den Koalitionsfraktionen angegangen wird. Die SPD-Landtagsfraktion hat deshalb die Sorge, dass vieles von dem, was richtig und gut angestoßen wurde, in Zukunft leider nicht mehr die nötige Dynamik hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage es Ihnen ganz offen: Ich wünsche Ihnen da sehr viel Glück. Aber wenn ich die Reaktionen – in der Öffentlichkeit, aber eben auch hier im Plenarsaal – betrachte, wenn Sie im Rahmen der Regierungserklärung über verschiedene Themen sprechen – das Gleiche gilt auch für die Reden der Vorsitzenden der Regierungsfractionen –, dann stelle ich an vielen Stellen fest, dass entweder die eine oder die andere Regierungsfraction klatscht.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Oder beide!)

Da haben Sie noch ein ganz langes Stück Weg vor sich, bis Sie es tatsächlich schaffen, dass beide Partner sich hinter diesen Zielen vereinigen. Ich befürchte, dass in der Konkretisierung des Regierungshandelns die Konfliktfelder liegen und Sie dann an diesen Konfliktfeldern scheitern werden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie sagen zu Recht – denn das würde dem Land schaden –, Sie wollten keine Koalition. Diese wünsche ich Ihnen auch nicht. Aber was ich Ihnen auch nicht wünschen kann, ist, dass das Ergebnis eine Koalition ist, die sich vor den Konflikten scheut und damit die wirklich wichtigen Fragen nicht angeht, die keine sachlichen Auseinandersetzungen führt und die nicht argumentiert, sondern, wie ich fürchte, zu einer Koalition des kleinsten gemeinsamen Nenners wird. Das ist zu wenig für Baden-Württemberg, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben uns eingeladen, zu verschiedenen Politikfeldern, u. a. bei der Digitalisierung, Vorschläge zu machen. Das werden wir tun; darauf können Sie sich verlassen. Nur wollen wir an dieser Stelle klarmachen: Eine bloße Fortschrittsgläubigkeit oder -euphorie reicht nicht aus. Wenn wir über solche Veränderungsprozesse sprechen, dann erwarten wir von Ihnen, dass z. B. bei der Frage der Verortung des Themas in der Regierung die Vernunft und die Sachgründe dominieren und nicht die Verteilungsgerechtigkeit, bloß weil der Herr stellvertretende Ministerpräsident ein nach außen möglichst starkes Ministerium haben wollte. Wir wollen, dass diese Arbeit dort, wo sie gemacht werden muss, wo sie sinnvollerweise gemacht werden muss, auch geschehen kann. Das ist ganz wesentlich für Bildungs- und Forschungsfragen sowie den Wirtschaftsbereich, was das Thema Digitalisierung angeht.

(Beifall bei der SPD)

Der entscheidende Punkt ist folgender: Herr Ministerpräsident, Sie haben das Thema Geld angesprochen. Natürlich hören wir diese Ankündigung, was die zusätzlichen Ausgaben für Straße, Schiene, Hochschule, Hochbau angeht, sehr wohl. Wir hören auch die Ansagen, was die Polizeistellen angeht, sehr wohl. Wir hören auch die Ansage zu den Ausgaben für die Digitalisierung. Aber ich glaube, wir alle sollten so ehr-

lich zueinander sein, dass wir jetzt erst einmal warten müssen, was diese Regierung dann auch umsetzt. Denn – der Kollege Rülke hat es angesprochen – der Finanzierungsvorbehalt ist eben eine Konstante in Ihrem Koalitionsvertrag.

An dieser Stelle darf ich Sie, wenn Sie gestatten, korrigieren: Im Koalitionsvertrag zwischen Grünen und SPD war z. B. eine Maßnahme wie die Erhöhung der Grunderwerbsteuer mit einem klaren Ziel, nämlich einer Stärkung gerade im Bereich der frühkindlichen Bildung, explizit enthalten. Da war auch die Stärkung der Steuerverwaltung mit 500 Stellen konkret enthalten. Das heißt, der Vorwurf, dass es damals schon zu wenig konkret war, geht fehl. Wir sind dafür, dass den Menschen reiner Wein eingeschenkt wird. Das ist die richtige Politik für Baden-Württemberg, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend möchte ich Ihnen zusagen, dass wir, die SPD-Landtagsfraktion, natürlich den Anspruch haben, die Regierungspolitik konstruktiv zu begleiten, dass wir aber nicht zulassen, dass in vielen Bereichen die Dynamik gebremst wird, dass in manchen Bereichen die wichtigen Handlungsfelder nicht aufgegriffen werden. Wir, die SPD-Landtagsfraktion, werden dafür sorgen, dass alle Kreise und alle gesellschaftlichen Schichten von dem Fortschritt und dem Wohlstand in Baden-Württemberg auch profitieren können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Rülke.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wo ist die Figur?)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Kollege Drexler, wollen Sie auch so eine?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wenn Sie eine beschaffen könnten! – Heiterkeit)

– Mache ich, okay.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Meine Tochter möchte auch so etwas haben!)

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man Ihren heutigen Auftritt beurteilt, Herr Ministerpräsident, könnte man mit Blick auf einen Ihrer Amtsvorgänger, nämlich Erwin Teufel, zu dem Ergebnis kommen: Dieser Ministerpräsident ist im Amt angekommen. Sie haben das gemacht, was Erwin Teufel 14 Jahre lang mit Vorliebe gemacht hat, nämlich Daten und Statistiken vorgetragen, um zu beweisen, wie gut das Land Baden-Württemberg dasteht, aber vor allem um zu beweisen, wie gut das Land Baden-Württemberg geführt werde.

Ich will gar nicht bestreiten, dass es dem Land Baden-Württemberg gut geht. Ich habe schon in meinem ersten Redebeitrag deutlich gemacht, dass die Fraktionen, die schon lange hier im Landtag von Baden-Württemberg waren, in unterschiedlichen Regierungskonstellationen ihren Beitrag dazu

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

geleistet haben, dass es dem Land Baden-Württemberg gut geht. Es reicht aber nicht, bei einer Regierungserklärung oder einer Aussprache über eine Regierungserklärung auf das Erreichte zu verweisen.

(Zuruf: So ist es!)

Die Menschen wollen wissen, in welche Richtung es in Zukunft geht. Da haben Sie erklärt, ohne es zu belegen, der Koalitionsvertrag sei eine verlässliche Grundlage, ein solides Dokument; so waren Ihre Worte. Wenn dieser Koalitionsvertrag so verlässlich und solide ist, dann hätten wir uns schon etwas mehr Konkretisierung am heutigen Tag gewünscht.

Sie sprachen von einer „Zusammenarbeit im Schnellkochtopf“. Kollege Stoch hat das Bild im Zusammenhang mit einer Kartoffel aufgegriffen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Mehreren!)

Vielleicht war auch Fleisch in diesem Schnellkochtopf. Ich habe schon in meinem ersten Redebeitrag darauf abgehoben, dass man wahrscheinlich feststellen kann: Die CDU ist durch.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Aber, Herr Ministerpräsident, es reicht nicht, wenn Sie den Koalitionspartner weichkochen. Aus diesem Schnellkochtopf muss auch ein konkretes Gericht erwachsen, das irgendjemand in Baden-Württemberg vielleicht auch isst.

Ich habe es den Kommentierungen zu Ihrer Regierungserklärung entnommen – ich nehme an, Ihr Regierungssprecher hat in bewährter Weise bei den landespolitischen Journalisten adressiert, wie die Regierungserklärung zu verstehen sei –, dass es um den Zusammenhang in Europa und in Baden-Württemberg gehe, um die Ligaturen; ein Begriff von Ralf Dahrendorf. Diese Ligaturen sind wichtig, keine Frage. Wir haben auch festgestellt, dass wir zumindest über vier Fraktionen im Landtag von Baden-Württemberg hinweg zu diesen Ligaturen stehen.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Es ist völlig klar: Es gibt einen Grundkonsens. Aber dieser Grundkonsens reicht nicht aus, um ein Land zu regieren. Es reicht auch nicht aus, diesen Grundkonsens zu beschwören, sondern man muss deutlich machen, mit welchen konkreten Maßnahmen man dazu in der Lage ist, diesen Grundkonsens umzusetzen. Man muss auch deutlich machen, was konkret man in seinem Regierungshandeln über fünf Jahre hinweg vorhat.

Herr Ministerpräsident, Sie haben deutlich gemacht, die Digitalisierung sei ein zentrales Thema. Das ist natürlich auch ein Konsenthema in diesem Haus; völlig klar.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das wissen wir ja!)

Aber auch hier reicht es nicht aus, deutlich zu machen, dass wir alle uns einig sind: Die Digitalisierung ist ein entscheidendes Zukunftsthema, die Digitalisierung ist ein Thema, das auch für den baden-württembergischen Mittelstand so wichtig ist, dass es eine zentrale politische Aufgabe ist, dafür zu

sorgen, dass die Infrastruktur und die Forschungslandschaft so zur Verfügung gestellt werden, dass das in den nächsten Jahren funktioniert.

Aber gleichzeitig, Herr Ministerpräsident, bekennen Sie sich in diesem Koalitionsvertrag zur Haushaltskonsolidierung. Diese beiden Ziele stehen in einem Spannungsverhältnis. Anstrengungen für die Digitalisierung kosten Geld. Aber Haushaltskonsolidierung führt halt dazu, dass man auch irgendwo einsparen muss. Da sind Sie nicht konkret geworden – bis auf die Konstante aus der grün-roten Regierungszeit, dass man bei den Beamten einzusparen hat. Das ist zu wenig, Herr Ministerpräsident. Es kann nicht sein, dass nur eine Bevölkerungsgruppe die Lasten trägt. Sie müssen schon auch in Ihrem Koalitionsvertrag oder spätestens im Regierungshandeln deutlich machen, wenn Sie an einer Stelle einen Schwerpunkt setzen, an welcher anderen Stelle Sie etwas wegnehmen. Das ist Regierungskunst, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Sie haben über die Schulpolitik gesprochen und haben erklärt, dazu stehe gewolltermaßen nichts im Koalitionsvertrag.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Das sei so zu interpretieren: Die Schulpolitik wird so fortgesetzt, wie unter Grün-Rot auf die Spur gebracht. Das war auch meine Analyse. In der Tat: Die Grünen haben die CDU dazu gebracht, die grün-rote Schulpolitik fortzusetzen. Das kann man in dieser Deutlichkeit ansprechen.

Dann haben Sie erklärt, es gebe keine Kritik. Dem muss ich widersprechen, Herr Ministerpräsident. Wir bleiben bei dem, was wir in der Schulpolitik seit vielen Jahren für richtig halten. Wenn wir jetzt anfangen, in teuflischer Manier die großen Errungenschaften des Landes Baden-Württemberg aufzuzählen, dann gehört dazu auch, dass ein vielgliedriges und gegliedertes Schulsystem, ein differenziertes Schulsystem in Baden-Württemberg einen zentralen Beitrag dazu geleistet hat, dass dieser Wohlstand in Baden-Württemberg erarbeitet werden konnte. Davon gehen wir nicht ab.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der AfD)

Wir bleiben dabei: Wir sind der Auffassung, dass die Gemeinschaftsschule gegenüber anderen Schultypen privilegiert ist. Wir bleiben dabei, deutlich zu machen, dass wir von Ihrem Schulversuch mit den 44 Gymnasien nichts halten. Entweder wir haben flächendeckend G 8, oder alle Schüler bekommen – wenn bestimmte Schüler dieses Angebot bekommen – die Möglichkeit, ein G-9-Gymnasium zu besuchen – sonst ist es nicht in Ordnung, was Sie da machen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Deshalb stimmt es eben nicht, dass es keine Kritik an Ihrer Schulpolitik gibt, sondern die Kritik wurde in dieser Debatte nur deshalb nicht geäußert, weil eben der Koalitionsvertrag so unkonkret ist.

Um es an einem anderen Beispiel zu zeigen, das dann vielleicht als Nachspeise zu Ihrem Schnellkochtopf passt: Nageln

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Sie einmal einen Pudding an die Wand – das geht eben nicht. Das gilt auch für Ihren Koalitionsvertrag.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP)

Herr Kollege Strobl, Sie haben vorhin so engagiert den Kopf geschüttelt, als ich sagte, die 1 500 neu zu schaffenden Polizeistellen stünden unter Finanzierungsvorbehalt. Ich habe mitgeschrieben, was der Ministerpräsident gesagt hat. Ich zitiere: „Es steht immer alles unter Haushaltsvorbehalt.“ Also gilt das auch für die 1 500 Polizeistellen. Wollen wir einmal schauen, wie viele davon Sie durchsetzen und wie viele von der „lieben Edith“ im Neuen Schloss von dieser Wand abgepinnt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf: So ist es!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben konstruktive Vorschläge angemahnt. Völlig klar, dass Sie diese konstruktiven Vorschläge bekommen; wir haben das immer deutlich gemacht. Meine Fraktion ist jetzt erfreulicherweise auf zwölf Abgeordnete angewachsen; in der zurückliegenden Legislaturperiode waren es sieben, und Sie haben von uns über 40 Gesetzesvorschläge bekommen.

(Zuruf von den Grünen)

Sie haben nonchalant gesagt: Wir freuen uns, wenn Sie Vorschläge machen. Nun, Sie kennen das Geschäft lange genug; Sie wissen, wie das läuft. Sie werden immer ein Haar in der Suppe finden und diese konstruktiven Vorschläge ablehnen; völlig klar, das wissen wir auch. Da brauchen wir nicht übertrieben zu heucheln. Aber Sie können nicht behaupten, dass es diese Vorschläge nicht gebe.

Wir haben auch schon einen ersten Vorschlag gemacht. Dieser Vorschlag orientiert sich streng an den Vorgaben einer Ihrer Ministerinnen. Die Wirtschaftsministerin hat gesagt, sie wolle das Bildungszeitgesetz nachbessern und möchte, dass das Bildungszeitgesetz schwerpunktmäßig der beruflichen Aus- und Weiterbildung dienen soll. Sie hätte es gern, dass dieses Bildungszeitgesetz für den Fall, dass für ehrenamtliche Tätigkeit etwas zur Verfügung gestellt wird, so verändert wird, dass der Beschäftigte dann zumindest auch einen Beitrag leistet. Das hat Ihre Wirtschaftsministerin schon mehrfach öffentlich geäußert.

Einen Gesetzentwurf mit genau dieser Zielrichtung haben wir, um Ihrer Wirtschaftsministerin zu helfen, bereits eingebracht. Wir handeln also schneller konstruktiv, als Sie es uns überhaupt zutrauen, Herr Ministerpräsident; und so wird es weitergehen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ein letztes Wort zum Thema „FDP und Regierungsverantwortung“: Sie haben uns und auch mir persönlich vorgeworfen, wir hätten sozusagen die Verantwortung gescheut, weil es mehr Spaß mache, die Regierung im Parlament zu ärgern. Nun, Herr Ministerpräsident, die FDP/DVP hat im Land Baden-Württemberg – und auch die FDP in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – wohl oft genug nachgewiesen, dass wir die Verantwortung nicht scheuen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie nicht!)

Kollege Meuthen hat uns sogar vorgeworfen, die FDP würde, um in Regierungsverantwortung zu kommen, sämtliche ihrer Inhalte über Bord werfen.

(Zuruf von der AfD: Was ja häufig zutrifft!)

Immer wieder hieß es, die FDP werfe für Dienstwagen ihre Überzeugungen über Bord.

(Zuruf von der AfD: So ist es ja auch!)

Wir haben von vornherein, zu Beginn dieses Wahlkampfs gesagt – Herr Ministerpräsident, das wissen Sie ganz genau –: Wir sind bereit, in Baden-Württemberg Regierungsverantwortung zu übernehmen. Wir sind auch bereit, mit den demokratischen Parteien – das heißt mit CDU, SPD, Grünen – eine Koalition zu bilden.

(Zuruf von der AfD: Hetzer!)

Aber klar muss auch sein, dass wir nicht dazu bereit sind, in eine Koalition einzutreten, um einfach die grün-rote Regierungspolitik fortzuführen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deshalb haben wir Ihnen die Gelegenheit gegeben, auf unsere Wahlprüfsteine zu reagieren. Das haben Sie nicht für nötig befunden, sondern haben in einem Interview erklärt: Wie will die FDP mit 5 % einen Regierungswechsel fordern?

Das dürfen Sie, Herr Ministerpräsident, das ist völlig klar. Aber wir dürfen auch darauf bestehen, dass wir für den Fall, in dem wir keine Möglichkeit sehen, das, was wir für politisch richtig halten, umzusetzen, auch nicht bereit sind, in eine Regierungskoalition einzutreten. Ich bin stolz darauf, dass dieser Fraktion Inhalte eben wichtiger sind als Dienstwagen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das gilt auch für die berühmten Prüfaufträge; auch damit hat die FDP so ihre Erfahrungen. Im Jahr 2009 ist die FDP in genau eine solche Koalition eingetreten: Einer der Koalitionspartner war noch da und der andere weg, und es war das offensichtliche Ziel desjenigen, der noch da war, sämtliche politischen Vorschläge des neuen Koalitionspartners zu blockieren. Das tut man bekanntermaßen mit Prüfaufträgen. Denn was bei Prüfaufträgen herauskommt, ist völlig klar. Der eine will eine Veränderung, der andere nicht. Man einigt sich auf einen Prüfauftrag, und dieser Prüfauftrag wird dann so interpretiert, dass kein Veränderungsbedarf vorhanden sei.

(Zuruf von den Grünen)

Das werden wir dann an vielen Stellen in dieser Koalition erleben. Für so etwas stehen wir nicht zur Verfügung; das ist völlig klar.

Sie sagten, wir hätten nicht sondiert. Wir haben sehr wohl sondiert. Wir haben ein Gespräch mit der SPD geführt, wir haben auch ein Gespräch mit Ihnen geführt. Bei diesem Gespräch haben wir auch sehr deutlich gesagt, was wir verändern wollen. Was haben wir zur Antwort bekommen? Das wird keiner glauben. Da hieß es: „Wir sind bereit, Prüfaufträge zu machen“, beispielsweise beim Bildungszeitgesetz, beispielsweise bei der Polizeireform oder wo auch immer.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Nein, meine Damen und Herren, die FDP lässt sich nicht mit Prüfaufträgen abspesen. Wer so etwas vorhat, muss sich einen anderen Koalitionspartner suchen. Sie haben einen anderen Koalitionspartner gefunden, der mit Ihnen diese Prüfaufträge macht. Wir werden sehen, was bei diesen Prüfaufträgen herauskommt; wahrscheinlich nicht allzu viel. Aber keine Sorge, wir werden Sie entsprechend begleiten – fünf Jahre lang.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Schwarz das Wort.

(Abg. Andreas Stoch SPD zu Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Mach's kurz! – Abg. Reinhold Gall SPD: Unnötig!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die europäische Integration gehört für uns in Baden-Württemberg zur Staatsräson. Sie steht für 70 Jahre Frieden und Freiheit.

So hat es der Ministerpräsident letzte Woche in seiner Regierungserklärung vorgetragen. Das Plenarprotokoll verzeichnet große Zustimmung des ganzen Hauses. Ich sage: Recht hat er. Europa gehört für uns in Baden-Württemberg zur Staatsräson.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Denn die Europäische Union ist unser Garant für Frieden, Sicherheit und Freiheit. Nur wenn wir in der Europäischen Union gemeinsame europäische Antworten finden, etwa bei der solidarischen Aufnahme von Flüchtlingen, bei der Reduzierung von Fluchtursachen, in der Finanzmarktkrise oder zum Klimawandel, werden wir diese Herausforderungen, die vor uns liegen, gemeinsam meistern können.

(Zuruf von der AfD: Wo sind die Lösungen?)

Ein Zurück zu nationalen Grenzen, eine Einschränkung des Schengen-Raums würde das zerstören, würde wirtschaftlichen Wohlstand vernichten und würde den inneren Frieden und den Zusammenhalt in Europa gefährden. Daher kann das keine Lösung sein, um die Herausforderungen, die es in der Tagespolitik gibt, zu lösen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Da Frieden und Sicherheit in Europa, in der Bundesrepublik Deutschland, in Baden-Württemberg gerade auch für meine Fraktion einen so wichtigen Stellenwert einnehmen, war es für uns vollkommen klar, dass die Grünen in den Koalitionsverhandlungen der Anregung und dem Wunsch der CDU, auf tagesaktuelle Sicherheitsbedürfnisse der Bürgerschaft zu reagieren, nachgekommen sind.

Wir haben schon in der letzten Legislatur der Sicherheit, der Freiheit im öffentlichen Raum einen hohen Stellenwert beigemessen. Wir haben im Rahmen des Antiterrorpakets und im Rahmen eines Sofortprogramms zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität 200 neue Stellen für Polizei, Verfassungsschutz und Justiz geschaffen. Wir haben uns darauf verständigt, in diesem Jahr 1100 Stellen und im nächsten Jahr 2 800 Stellen für Polizeianwärter zu schaffen. Das war in der letz-

ten Legislatur die Grundlage. Dieses Vorhaben hat meine Fraktion in der letzten Legislatur mitgetragen. Heute stellen wir fest: Es gibt neue Kriminalitätsformen, die auf unsere Gesellschaft zukommen. Nehmen Sie die steigenden Einbruchszahlen, die uns Sorge bereiten,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Bei uns nehmen die doch ab!)

nehmen Sie den internationalen Terrorismus, der für große Verunsicherung bei der Bürgerschaft sorgt, nehmen Sie fremdenfeindliche Straftaten, die leider in unserem Land verübt werden: Da kommt es für uns darauf an, die Präsenz der Polizei vor Ort spürbar zu erhöhen. Dafür steht meine Fraktion hier im Landtag von Baden-Württemberg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir wollen die Polizei in die Lage versetzen, konsequent und dauerhaft neue Formen der Kriminalität im öffentlichen Raum zu bekämpfen und entsprechende Vorsorgemaßnahmen zu treffen. Daher gibt es da gar keinen Dissens zwischen Grünen und CDU, was die spürbare Ausweitung der Polizeipräsenz im öffentlichen Raum angeht, um die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Im Wahlprogramm der SPD steht: „Unser Land steht hervorragend da. Die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit vielen Jahren. Die Wirtschaft ist stetig gewachsen und gut aufgestellt.“ Das, was im SPD-Wahlprogramm steht, hat sicher auch nach dem 13. März noch Gültigkeit.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das hat doch niemand bestritten!)

Ich kann nicht feststellen, dass der wirtschaftliche Wohlstand zwischen dem 13. März und dem heutigen Tag irgendwelche Verwerfungen erlitten hätte. Im Gegenteil: Die Steuereinnahmen, die just in diesen Tagen noch vom früheren Finanzminister bekannt gegeben worden sind, bestätigen das hohe wirtschaftliche Niveau, das wir haben. Da kann ich einfach nur den Dank an alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, an die Wirtschaft und die Unternehmerinnen und Unternehmer für diese gute Leistung hier zum Ausdruck bringen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Ich glaube, die SPD muss sich überlegen, wie sie mit dieser neuen Koalition umgeht. Überwindet man irgendwann die Trauerarbeit? Die Trauer kann ich ja nachvollziehen, aber überwindet man irgendwann diese Trauerarbeit? Überwindet man irgendwann die Enttäuschung, dass man nicht mehr dabei ist?

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Nur keine Sorge!)

Sie fragen ja, welche Substanz diese Regierung, diese Koalition hat. Darauf komme ich noch.

(Zurufe von der SPD)

(Andreas Schwarz)

Kollege Professor Reinhart hat es sehr treffend auf den Punkt gebracht:

(Abg. Reinhold Gall SPD: Was muss ich eigentlich noch sagen, Herr Schwarz?)

Es ist eine Koalition, die noch ungeahnte Möglichkeiten – ungeahnte Möglichkeiten! – auf den Tisch dieses Hauses legen wird.

Die SPD hat kritisiert, im Bereich der Sozialpolitik sei zu wenig Substanz.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ja! – Abg. Sabine Wölfle SPD: Gibt es ja auch nicht!)

Dabei ist doch gerade die Bildungspolitik unser Beitrag zu Teilhabe und sozialer Gerechtigkeit. Wir bauen im Bereich der Bildungspolitik auf vielen Punkten, die wir in der letzten Legislatur gemeinsam entwickelt haben, auf, und wir setzen neue Impulse. Auch hier gilt wieder: Verlässlichkeit und innovative Ansätze.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Wo sind denn die neuen Konzepte? – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Neue Impulse,

(Abg. Gabi Rolland SPD: Wo sind denn die Impulse? Wo denn?)

weiterer Ausbau von Kinder- und Familienzentren, weiterer Ausbau der Ganztagsangebote, weiterer Ausbau von Gemeinschaftsschulen, von Ganztagschulen in offener und gebundener Form – all diese Angebote für eine starke Bürgergesellschaft, für eine aktive Sozialpolitik betreiben wir.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Sozialpolitik umfasst auch Erwachsene, alte Menschen!)

Sie können auch die Einführung des Kinderbildungspasses nehmen, die dazu führt, dass Eltern und Familien finanziell entlastet werden. – Jetzt müsste ich doch einmal Jubel von der SPD für dieses große Konzept der Bildungs- und Sozialpolitik hier im Haus ernten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Die soziale Komponente müssen Sie erst noch mal unter Beweis stellen!)

Nehmen Sie aus dem Geschäftsbereich des Umweltministeriums unsere 50 000-Dächer-Initiative oder das Solarprogramm für Mieter. Eine Partei, die doch viele Jahre die Mieterinnen und Mieter vertreten hat, müsste bei einem Mieter-Solarprogramm jubeln und müsste sagen: „Das ist etwas Innovatives hier in Baden-Württemberg! Da unterstützen wir Grün-Schwarz bei diesem Weg, für die Mieterinnen und Mieter etwas Gutes zu tun!“

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Legen Sie doch ein Programm vor! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das sind bislang bloß Worte! – Abg. Reinhold Gall SPD: Bisher sind es doch nur Sprüche!)

Nehmen Sie die ÖPNV-Offensive im ländlichen Raum. Auch das ist Teilhabe. Nicht jeder kann sich ein Auto leisten – obwohl Baden-Württemberg ein Autoland ist. Bei dieser ÖPNV-Offensive, auch im Sinne eines barrierefreien Ausbaus des öffentlichen Nahverkehrs, erwarte ich gerade von der SPD Jubel und Zustimmung dafür,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch Alltagsgeschäft! Wo ist denn da die große Neuigkeit?)

dass wir solche Projekte auf die Tagesordnung genommen haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Das gab es doch schon alles! Sie fangen doch nicht bei null an! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Enttäuschte Liebe tut weh, oder?)

Ich gehe noch weiter – der Ministerpräsident hat es ja angesprochen –: Ein Investitionsprogramm hat sich die Koalition vorgenommen. 500 Millionen € werden wir zusätzlich in Hochschulen, in Landesliegenschaften, in unsere Landesstraßen, in die Schienenwege investieren – ein Investitionsprogramm, ein Infrastrukturprogramm, um die Quellen des Reichtums der Zukunft weiter zu befördern. Auch da, muss ich sagen, müssten SPD wie auch FDP/DVP jubeln, weil dies in der Breite Baden-Württembergs für ganz viele Menschen zu Vorteilen führt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Sabine Wölfle SPD: Der Koalitionspartner jubelt aber nicht!)

Jetzt hat der Kollege Stoch noch einmal das Thema Wohnen angesprochen.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Ja!)

Die Wohnraum-Allianz in Baden-Württemberg hatten wir ja schon in der letzten Legislatur auf den Weg gebracht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Eben!)

Der Unterschied ist – der Ministerpräsident hat es dargelegt –: Die Wohnraum-Allianz ist mit Geld hinterlegt. 250 Millionen € stellt die Koalition aus Grünen und CDU für bezahlbaren Wohnraum im Rahmen dieser Wohnraum-Allianz zur Verfügung. Das ist der Unterschied zu unserer damaligen Koalition, nämlich dass wir diese Projekte mit Geld hinterlegt haben und da konkrete Ansagen machen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie wollen doch nicht sagen, dass wir dafür in der alten Regierung kein Geld ausgegeben hätten!)

Und das ist gut für unser Land.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir haben ein umfangreiches Tableau. Wir haben ein konkretes Tableau von Vorhaben, mit denen wir hier in den nächsten Jahren Politik machen werden. Ich habe Ihnen jetzt ein paar Dinge skizziert, sodass Sie die Substanz gut nachvollziehen

(Andreas Schwarz)

können. Ich freue mich weiter auf die Diskussion und auf die Auseinandersetzung hier.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzendem Professor Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich bei der SPD für das Geschenk bedanken – „Baden-Württemberg gestalten: Verlässlich. Nachhaltig. Innovativ.“ – der Koalitionsvertrag sei „eine wahre Fundgrube für gehobenen Polit-sprech“. Da kann ich nur sagen: Machen Sie weiter so! Ich finde, solange Sie damit Werbung u. a. für die Digitalisierungsoffensive, für Markt, für bürgernahe Politik, für aktive Digitalisierungspolitik machen, kann ich nur sagen: Das ist ein guter Werbefaktor. Ich bin überzeugt, dass wir die Bürger davon überzeugen, dass diese Regierung gute Schlagworte über ihre Regierungserklärung gesetzt hat. Also, insoweit –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Schlagworte, ganz genau!
– Weitere Zurufe von der SPD)

– Sehen Sie? Lieber Kollege Gall, ich kann mitfühlen. Denn wie Sie wissen, waren wir jetzt auch fünf Jahre in der Opposition.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das werden nicht die letzten sein!)

Sie werden die Höhen und Tiefen der Gefühle und die Durchsetzungskraft in den fünf Jahren noch erleben. Hier wird ständig – auch vom Kollegen Rülke und vom Kollegen Stoch, der gerade nicht da ist – gefragt, wo denn in den 141 Seiten des Koalitionsvertrags die Zukunft sei etc. Jetzt muss ich schon einmal fragen: Wo lagen eigentlich die Alternativen? Wer hat sich eigentlich vom Acker gemacht? Nach wenigen Tagen die FDP und kurz danach die SPD.

(Beifall bei der CDU)

Was wäre eigentlich die Alternative in diesem Land, wenn wir, die Union, nach drei Tagen genauso verantwortungslos gesagt hätten: „Nein, über eine Koalition sprechen wir nicht, das lehnen wir ab“?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe)

Die Alternative wäre doch gewesen – das muss man einmal beim Namen nennen –, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt über Neuwahlen sprechen würden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Unruhe)

– Ja, natürlich! Das ist doch die Realität. – Dann muss ich schon einmal sagen –

(Abg. Sascha Binder SPD: Das ist kein CDU-Partei-tag!)

– Bitte?

(Abg. Sascha Binder SPD: Das ist kein CDU-Partei-tag!)

– Nein, Herr Kollege, das kommt von außerhalb, das kommt nicht von Parteitag, sondern von klaren Stellungnahmen –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort hat Kollege Professor Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das kommt von klaren Aussagen und Kommentierungen. Das ist auch die Realität. Denn Sie wissen, dass beide ihre Aussagen dazu gemacht haben und erklärt haben, dass sie nicht bereit sind, in irgendwelche Koalitionen zu gehen. Zum Schluss war das Ergebnis, dass im Grunde genommen die grün-schwarze Koalition als einzige Option realistisch übrig geblieben ist. Auch das muss man einmal klar sagen. Ich bin froh darüber, dass daraus nun vor allem eine Perspektive mit 141 Seiten Koalitionsvertrag gemacht wird, wo –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wo nix drinsteht!)

– Herr Kollege Drexler, zu dem, was da drinsteht, kann ich Ihnen eines sagen: In vielen Bundesländern ist der Koalitionsvertrag erheblich kürzer

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Klar! – Weitere Zurufe)

und vor allem weniger konkretisiert. Doch zwei Gewissheiten sollten Ihnen bekannt sein. Zum einen, Herr Rülke, hatte der hochgeschätzte verstorbene Kollege Westerwelle immer damit zu leben und darunter zu leiden, dass er 2009 zu rasch ein Ende der Koalitionsverhandlungen wollte,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Richtig! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

um als Außenminister unterwegs zu sein, und einen Koalitionsvertrag geschlossen hat, in dem die meisten Punkte offen geblieben sind.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau! So wie Sie!)

Alle Analytiker haben gesagt: Das war damals bei der Koalition in Berlin ein Problem, das mit dazu geführt hat, dass es schiefgegangen ist.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau! – Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Zum anderen sage ich Ihnen: Wenn Sie sich einmal mit der Geschichte dieser Bundesrepublik befassen, dann werden Sie feststellen – deshalb kann ich Sie alle wieder zu einer ganz lockeren Gelassenheit zurückführen –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir sind ja locker!)

– Das freut mich, Herr Kollege Drexler. Wenn man den 70. Geburtstag gefeiert hat, dann muss man ein bisschen locker sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber nur bei der ersten Sitzung!)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

– Gut. – Ich will aber hinzufügen: Jeder, der sich mit Koalitionen und Politikgeschichte befasst, wird Ihnen erklären und bestätigen, dass auch in der deutschen Politik viele große Fragen entschieden worden sind, die gar nicht im Koalitionsvertrag vereinbart waren. Vielmehr müssen sie von den Partnern auf der Strecke entschieden werden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wollen Sie damit sagen, es kommt auf den Koalitionsvertrag gar nicht an?)

Darauf wird es ankommen. Der Wille ist vorhanden – bei Thomas Strobl, auch beim Ministerpräsidenten, bei uns allen –, dass wir auf der Strecke dieser fünf Jahre das Beste daraus machen für dieses Land, dass wir Verantwortung fühlen für dieses Land.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Es wird immer so getan, als enthielte der Koalitionsvertrag nichts Konkretes. Ich nenne einmal einen einfachen Punkt. Nehmen Sie die E-Mobilität. Ich sage Ihnen voraus: Wir werden hier auf das Gaspedal treten und in die Poleposition vorstoßen. Das ist unser Ziel.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Zurufe)

Für uns wird der Grundsatz der deutschen Mannschaft vor der Fußballeuropameisterschaft gelten: Wir wollen die Erwartungen sogar übertreffen, die an diese Koalition gestellt werden, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist keine große Kunst!
– Abg. Konrad Epple CDU: Bravo!)

Herr Kollege Gall, ich weiß, Sie haben auch in Interviews zum Ausdruck gebracht: „Wie schön wäre es gewesen, wenn ich als Innenminister von den Grünen das bekommen hätte, was der Innenminister Strobl jetzt durchgesetzt hat.“ Ich kann den Schmerz verstehen,

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

aber wir haben es jetzt nun einmal durchgesetzt. Die innere Sicherheit ist in diesem Vertrag eine Kernkompetenz geworden. Das ist doch die Realität.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Kollege Stoch hat kritisiert, dass die 500 Millionen € in fünf Jahren in die Infrastruktur investiert werden. Nur hat er natürlich unterlassen, zu sagen, dass diese 500 Millionen € zusätzlich investiert werden. Das ist der Punkt: Sie werden zusätzlich investiert werden!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Warten Sie einmal die Finanzberatungen ab!)

Das ist in der heutigen Zeit ganz wichtig, weil wir alle im Grunde natürlich wissen, dass es einen Investitionsstau gibt und es bei den Kommunen, auch bei den Ländern weiterhin zu viele konsumtive und zu wenige investive Ausgaben gibt. Deshalb ist der Weg, der hier beschritten wird, richtig. Das muss man festhalten.

Damit komme ich auch zu dem Thema Finanzen. Die baden-württembergische Landesregierung hatte beispielsweise in der Zeit 2008/2009 einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 5 % zu verkraften; da musste man Mangel verteilen. Damals hatte man keine fünf Jahre mit einem Zuwachs der Steuereinnahmen um insgesamt 40 %.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Deshalb sollte man hier, wenn man über Haushaltszahlen redet, auch das vergleichen, was verglichen werden kann.

(Beifall bei der CDU – Abg. Martin Rivoir SPD: Beifall bei der CDU!)

Herr Kollege Rülke, Sie haben immer gefragt: „Wo ist etwas Konkretes?“ Ich habe die Innovationsoffensive, die Ressourceneffizienz, die Umwelttechnik und vor allem die 320 Millionen € für die Digitalisierung und die Breitbandoffensive angesprochen. Wir wollen doch, dass dieses Land – auch in den ländlichen Räumen – endlich Anschluss hat, dass es keine weißen Flecken mehr gibt. Das ist doch konkret – wie auch die 500 Millionen € oder übrigens auch das, was wir für die Familien tun.

Zum Stichwort Schuldenbremse: In der damaligen Kommission in Berlin war auch der Ministerpräsident dabei. Sie stand unter der Führung seines Vorgängers Günther Oettinger. Herr Drexler war auch dabei; er nickt zustimmend.

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Er war auch dabei! Ja!)

Ich habe jede Sitzung begleitet. Die Schuldenbremse ist eine Erfindung des Landes Baden-Württemberg. Wir haben das umgesetzt und wollen die Schuldenbremse in der Verfassung verankern. Es tut allen 16 Ländern und dem Bund gut, wenn die Schuldenbremse ab 2020 eingehalten wird. Deshalb ist es gut, wenn diese Erfindung jetzt auch von der baden-württembergischen Regierung realisiert wird. Hier wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

In vielen Bereichen werden wir auf der Strecke auch Themen wie beispielsweise die Flüchtlingskrise etc. zu besprechen haben. Es wurde hier bedauert, dass das Integrationsministerium aufgelöst wurde. Auf der anderen Seite hat der Ministerpräsident hier zu Recht gesagt: Die Kompetenzen und Handlungsmöglichkeiten eines solchen Mini-Minimisteriums, das wir hatten, waren so beschränkt, dass dieser große Auftrag von dem, was früher ein Referat war, überhaupt nicht erfüllt werden können.

Deshalb hat diese Regierung, wie ich finde, auch in der Struktur zwei Dinge richtig gemacht. Die entsprechende Forderung trägt natürlich auch unsere Handschrift. Das eine ist, dass man die Integration in größere Ministerien, nämlich in das Innen- und das Sozialministerium, integriert. Das andere ist – das füge ich hinzu –, dass es ein Fehler war, dass Sie das Finanz- und das Wirtschaftsministerium fusioniert hatten. Das war ein Fehler in Ihren Regierungsjahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Deshalb ist es richtig, dass wir das Wirtschaftsministerium wieder zu einer eigenen Bedeutung zurückführen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Diese Aussage können Sie nicht ansatzweise belegen!)

Wir werden eine Innovationswerkstatt einrichten, die nach weltweiten Trends forscht und vor allem auch das Handwerk und den Mittelstand auf dem Weg in die Zukunft unterstützt. Bürokratische Hürden werden abgebaut, und den Familienunternehmen wird wieder mehr Eigenverantwortung zugestanden. Dazu zählt auch das eben vom Kollegen Stoch kritisierte Bildungszeitgesetz.

Wenn hier evaluiert wird – Oder nehmen Sie auch den anderen Begriff. Sie haben ja Begriffe gezählt. Angeblich sind es – Wie oft? 187-mal.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Prüfen, aber ohne „evaluieren“!)

– Prüfen. In der Bibel kommt das Wort „Wein“ 167-mal vor. Sie haben jetzt 187-mal das Wort „prüfen“ gezählt. Das ist sicherlich auch berechtigt, Herr Kollege Rülke.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Bibel ist noch etwas seriöser!)

– Sehen Sie. – Wenn zwei Partner zusammenkommen und hier miteinander einen Partnerschaftsvertrag auf Zeit abschließen,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Eingetragen! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das geht aber schnell!)

dann will ich Ihnen nur sagen: Es ist mit Sicherheit besser, wenn man erst prüft, bevor man handelt.

(Beifall der Abg. Nicole Razavi CDU)

Das wird auch unser Leitmotto sein: Erst denken, dann prüfen und dann handeln. Das werden wir in diesem Parlament alles machen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Vom Kollegen Stoch wurde der Wohnungsbau angesprochen. Die Wohnungsnot ist derzeit mit Händen greifbar – steigende Mieten, steigende Kaufpreise nicht nur in den Großstädten, sondern fast überall im Land. Wir wollen deshalb Baden-Württemberg wieder zum Land der Häuslebauer machen –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut!)

mit einer Allianz für Wohnungsbau und einem besseren Wohnraumförderungsprogramm. Da werden wir Fortschritte erzielen und damit auch die Wohnungsnot anpacken. Denn dabei werden vor allem auch beim Wohnungsbau junge Familien wieder in den Mittelpunkt gestellt. Der Traum von den eigenen vier Wänden, der Wunsch nach einem Platz für die Familie darf im Land der Häuslebauer nicht zum Luxus werden. Das ist uns wichtig. Wir wollen jungen Familien noch weiter unter die Arme greifen, damit Familienpolitik in Zukunft noch mehr im Mittelpunkt der Arbeit dieser Landesregierung steht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Sascha Binder SPD: Deshalb erhöhen Sie die Grunderwerbsteuer!)

Baden-Württemberg ist ein Wirtschaftsland, ein Transitland, aber auch ein Stauland. Deshalb ist es gut – der Herr Verkehrsminister ist ja anwesend –, wenn in Zukunft sozusagen die Benachteiligung der Straße beendet und wieder mehr in den Straßenbau investiert wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Den Hund zum Jagen tragen! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Nachdem wir die Aussprache über die Regierungserklärung heute um 10:00 Uhr begonnen haben und es jetzt 14:45 Uhr ist, will ich einfach –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir sind aber noch fit!
– Vereinzelt Heiterkeit)

– Das freut mich. Das spricht für den 70-Jährigen.

Aber ich wollte abschließend sagen: Unser Herz schlägt auch für die Kommunen. Deshalb ist uns auch die finanzielle Ausstattung der Kreise, Städte und Gemeinden sowie die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung entlang des Subsidiaritätsprinzips ein Herzensanliegen.

Auf diesem Weg, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern und auch den Kommunen ein Partner sind, werden wir die nächsten fünf Jahre alles unternehmen, damit wir in fünf Jahren sagen können: Den Menschen in Baden-Württemberg geht es besser als beim Start dieser Regierung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, die Aussprache nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung ist damit beendet. Mir liegen auch keine weiteren Wortmeldungen –

(Abg. Emil Sänze AfD meldet sich.)

Eine Wortmeldung, Herr Abg. Sänze? – Dann haben Sie jetzt das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE meldet sich zur Geschäftsordnung.)

Herr Abg. Sckerl, zur Geschäftsordnung, ein Geschäftsordnungsantrag. – Bitte schön, Herr Sckerl.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, ich beantrage nach § 85 der Geschäftsordnung nach Beendigung der jetzigen Redeliste das Ende der Aussprache. Wenn der Kollege geredet hat, hatten alle Fraktionen hinreichend Gelegenheit, ihren Standpunkt hier im Landtag zu äußern. Dann ist es geboten, die Debatte für heute zu beenden.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Findet dieser Antrag Zustimmung? Wir stimmen darüber ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die Mehrheit. Ich bedanke mich.

Dann haben Sie, Herr Kollege Sänze, das Wort.

Abg. Emil Sänze AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kretschmann! Ich fand es äußerst geschickt, dass Sie auf das Grundgesetz hingewiesen haben. Aber eines darf ich Ihnen auch sagen: Unser Respekt – –

(Zurufe, u. a. Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sie können das Redepult hochfahren, Herr Kollege!)

– Ich habe es ja schon. Geht es noch höher? Ja, es geht höher.

(Unruhe)

Ist es jetzt besser?

(Zurufe)

– Nein, das nehme ich nicht mit. Das ist nicht meine Art. Denn ich habe jahrzehntelang Steuern bezahlt, damit das aufgebaut werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sehr geehrte Frau Aras, ich sehe Sie jetzt nicht. Ihnen gebührt als Mensch und als Person natürlich unser voller Respekt, auch als Fraktion der AfD. Das muss man einmal klarstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Zum anderen fand ich es äußerst geschickt, Herr Kretschmann, dass Sie das Grundgesetz bemüht haben. Aber ich darf auch einmal an Artikel 1 der Landesverfassung erinnern. Auch ihn sollten wir respektieren. Darin steht:

Der Mensch ist berufen, in der ihn umgebenden Gemeinschaft seine Gaben in Freiheit und in der Erfüllung des christlichen Sittengesetzes zu seinem und der anderen Wohl zu entfalten.

Das gilt genauso.

(Abg. Winfried Mack CDU: Dann tun Sie das!)

– Das tun wir auch.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Verstößt sie dagegen?)

– Nein, aber dass manche eine andere Meinung haben, was die Besetzung einer Position betrifft, das muss eben respektiert werden.

(Zurufe der Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE und Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Im Übrigen darf ich daran erinnern, dass ich es äußerst ungebührlich fand, wie die Einführung, die Inthronisation von Frau Aras ablief.

(Zurufe von der SPD: Was?)

Das muss ich sagen. Das Verhalten war in meinen Augen respektlos. Jeder, der hier vorn steht, ist beim ersten Mal etwas nervöser. Das muss ich sagen. Und das ist nicht zu kommentieren.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wir waren nicht respektlos! – Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Präsident, er spricht nicht zur Sache!)

Aber lassen Sie mich auf Herrn Schwarz eingehen. Herr Schwarz, Sie sprachen von Erfahrungen. Ich kann das nur respektieren. Aber ich wusste nicht genau, welche Erfahrungen Sie gemeint haben. Meinten Sie die Erfahrung auf dieser politischen Bühne, oder meinten Sie Wirtschaftserfahrung oder Finanzerfahrung? Ich kann das nicht genau eingrenzen. Ich kann Ihnen sagen: Ich bringe viel Erfahrung mit, allerdings keine Erfahrung auf dieser politischen Bühne.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

– Ja, ja, lassen Sie sich das einfach einmal sagen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Können Sie lauter reden?)

– Ja, das kann ich gern tun. – Herr Rülke, Sie sprachen davon, dass wir keine Leistung erbracht hätten. Natürlich haben wir das nicht hier in diesem Plenum; das ist richtig. Wir waren ja hier bisher nicht vertreten. Aber ich bin stolz darauf, einer Fraktion anzugehören, die mit ihren Steuergeldern dies alles ermöglicht hat.

(Beifall bei der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Wie kann man so einen Quatsch daherreden? Meine Güte! Sie tun gerade so, als ob die anderen keine Steuern zahlen würden! Das ist doch Unfug!)

Das ist das Erste. Jetzt lassen Sie mich noch auf Inhalte eingehen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kollege Sänze hat das Wort.

Lieber Kollege Sänze, wir haben gerade den Tagesordnungspunkt „Aussprache über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten“.

Abg. Emil Sänze AfD: Genau. Darauf komme ich jetzt zu sprechen.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Bitte schön.

Abg. Emil Sänze AfD: Ich habe mir den Koalitionsvertrag und die Regierungserklärung angeschaut. Ich vermisse darin einige Worte, beispielsweise über die technologische Entwicklung. Die haben Sie angerissen. Sie haben gesagt, Sie werden Technologiezentren entwickeln. Das ist auch dringend notwendig. Wenn Sie die gigantische Veränderung unserer Industrie gerade in Bezug auf die Elektromobilität sehen, werden Sie feststellen, dass unser Land vor einer ganz großen Herausforderung steht, nämlich in der Umstellung seiner Industrien. Getriebetechnologien fallen weg, und der große, breite Mittelstand ist als Zulieferer in dieser technologischen Entwicklung gefangen. Ich hoffe, dass dann die entsprechenden Mittel eingestellt werden.

Der andere Punkt ist das Thema Infrastruktur. Sie haben gesagt, die digitale Autobahn, aber auch Straßen und sonstige Verkehrsformen seien zu fördern. Das kann man nur begrüßen. Ich frage mich nur: Wie geht das mit 500 Millionen €?

(Abg. Nicole Razavi CDU: Zusätzlich!)

(Emil Sänze)

– Zusätzlich, ja, 500 Millionen €. Jedem, der ein bisschen Bescheid weiß, ist bekannt: Ein Straßenkilometer kostet ungefähr 1 Million €.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wir wollen halt keine Schulden machen!)

– Das verstehe ich ja. Ich mache Sie auch nicht für Fehler in der Vergangenheit verantwortlich. Allerdings hätte ich mich nie in der Lage gesehen, dass ich die SPD und die Grünen in Schutz nehmen muss. Denn das sind zum Teil auch strukturelle Ergebnisse der Vorgängerregierungen. Man ändert nicht innerhalb von fünf Jahren in die Wege geleitete Aktivitäten.

So ist es auch mit der Vernetzung. Sie haben gesagt, Sie wollten 320 Millionen € dafür einsetzen. Das ist dringend notwendig. Denn Industrie 4.0 oder Digitalisierung heißt im Grunde genommen nicht nur, dass man eine PDF-Datei ausdrucken kann oder etwas übertragen kann, sondern heißt, die Wirtschaft an die anderen Wirtschaften international anzuschließen. Schauen Sie: Wenn heute jemand etwas entwickelt, dann wird das zur gleichen Zeit in Australien weiterentwickelt. Doch in manchen Regionen im ländlichen Raum gibt es überhaupt keine Möglichkeit, ins Internet zu gehen. Das ist die Realität. Da frage ich mich angesichts von 320 Millionen € schon, ob diese Position ausreichend ist, um ein solches Wirtschaftsland nach vorn zu bringen.

Eine Korrektur darf ich Ihnen noch mit auf den Weg geben. Unser Export in die Eurozone, das waren 36,4 % im Jahr 2015. Nach Europa gingen in der Tat 58 %, und der Rest geht dann folglich in die Welt hinaus. Das heißt, hier findet eine deutliche Verschiebung statt, die man wieder verändern muss. Die Bedeutung Europas ist groß, aber sie verliert zunehmend. Das muss man verändern. Das heißt nicht, dass wir raus wollten, sondern die Frage ist: Welche Stellschrauben ergeben sich dadurch?

Sie sprechen – jetzt komme ich einmal zur inneren Sicherheit – im Zusammenhang mit der inneren Sicherheit von 1 500 Polizisten. Aber wenn ich die Tatsache berücksichtige, dass wir auf den baden-württembergischen Autobahnen keine Autobahnfahndung mehr haben, frage ich mich schon –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Unfug! Das ist doch völlig falsch! Sie haben doch keine Ahnung!)

– Das ist kein Unfug. Das ist die Realität.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben doch keine Ahnung! Natürlich haben wir Autobahnfahndungsdienste! Natürlich!)

– Wo, Herr Gall? Die sind nicht da.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Die sehen Sie nicht! Die haben wir schon! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wie kann man nur so einen Stuss erzählen!)

Das ist das eine.

Wenn ich dann von steigender Kriminalität höre, frage ich mich schon, wie es möglich sein kann, dass man eine Gefahr sieht und nichts dagegen tut.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was?)

Wir haben im Rahmen der Abgabe von Souveränitäten an die EU im Rahmen des Schengener Abkommens nicht nur die Verantwortung für die eigenen Grenzen abgegeben. Wir sehen zu, wie wir diese aufheben und nichts gegen die Folgen tun. Das ist für mich zu spät gehandelt.

(Beifall bei der AfD)

Deshalb begrüße ich es, wenn Sie die Polizei wieder aufbauen. Aber wir sollten auch dazu übergehen, dass wir unsere Grenzen kontrolliert wieder so in den Griff bekommen, dass wir die Kriminellen nicht in unser Land hineinbekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Dafür reichen übrigens auch keine 1 500 Polizisten aus.

Herr Dr. Reinhart, Sie sprachen von der neuen DNA der Union in Baden-Württemberg. Die sei ja wirtschaftlich indiziert, sagten Sie. Ich hoffe, Sie halten das auch durch. Aber ich wünschte mir, dass Sie in Bezug auf die 1,8 Milliarden € und den vielberufenen Finanzierungsvorbehalt, den es in der Tat gibt, den richtigen Weg einschlagen, um die baden-württembergische Wirtschaft wirklich nach vorn zu bringen. Wenn wir es nicht schaffen, uns anders auszurichten und vor allem den ländlichen Raum wieder zu stärken, werden wir es auch nicht schaffen, den Anschluss an die Welt zu halten.

Noch ein Wort zu Ihnen, Herr Kretschmann. Sie sagten in Ihrer Rede, dass Baden-Württemberg die Spitze der Innovation sei. Leider ist das nur bedingt der Fall. Denn wir haben bei den Patentanmeldungen die Spitzenposition an das Land Bayern abgegeben. Das ist eine eher bedenkliche Entwicklung. Denn das Gros der Patentanmeldungen – das wissen auch Sie – kommt aus den Häusern Bosch, Mercedes und Siemens. Von dort kommt das Gros der Patentanmeldungen. Das heißt, wenn wir anhand dieser Messzahl Patente aufzeigen können, dass wir den Anschluss verlieren, ist es dringend geboten, etwas zu tun und daran etwas zu verändern.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Können Sie das noch einmal in wenigen Worten zusammenfassen? – Gegenruf: Zuhören, Herr Kollege!)

– Einfach nur zuhören. – Lassen Sie mich noch ein letztes Wort zu den Umständen sagen. Hier wird ja von einem Wohnungsbauprogramm gesprochen. Jetzt habe ich etwas von 23 000 obdachlosen Baden-Württembergern im Ohr. Hierbei handelt es sich ja nicht um Familien, sondern hierbei handelt es sich um Einzelschicksale. Wie wollen Sie mit Ihrem Programm diese Lücke schließen? Das erschließt sich mir nicht. 23 000 Obdachlose, die durch die Migranten nochmals verstärkt werden, und deshalb muss ich schon fragen: Was hat man denn in der Vergangenheit getan? Das frage ich auch die SPD, weil sie ja gerade für eine Klientel antritt, die eher in prekären Arbeitssituationen steckt oder dort vielleicht gar nicht mehr herauskommt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Worum geht es eigentlich?)

Da muss ich mich schon fragen: Wie ist so etwas möglich?

Als Letztes darf ich noch den Begriff Subsidiarität bemühen. Er gilt natürlich sowohl für ein Land als auch für die Gemein-

(Emil Sänze)

den. Aber er gilt auch für Familien. Wenn wir uns ständig in die Belange der Unternehmen, der Familien und der Menschen einmischen, werden wir sie dirigistisch beeinflussen, jedoch keinen Meter weiterbringen. Das ist das Resultat.

Lieber Herr Schwarz, ich habe Sie bei diesem ÖPNV-Auftritt kennengelernt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE deutet auf Abg. Nicole Razavi CDU. – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU: Er meint uns beide!)

– Ja, ja. Okay. Das kann schon sein. – Aber ich wusste jetzt nicht, dass Sie den Jagdschein machen und auf der Suche nach der eierlegenden Wollmilchsau sind. Die wird es nämlich nicht geben.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich kann Sie beruhigen, Herr Kollege! Ich habe nicht vor, den Jagdschein zu machen! – Abg. Nicole Razavi CDU: Wildtiermanager!)

– Das ist ja schon einmal beruhigend. Denn ich hätte Angst, dass ich da in Ihre Schusslinie gerate.

(Unruhe)

Aber eines darf ich Ihnen auch noch sagen:

(Fortgesetzte Unruhe)

Woher nehmen Sie eigentlich das Wissen, dass Herr Gedeon in Fachausschüssen Mitglied wäre? Woher?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sie haben ihn ja zurückgezogen! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Sänze, ich darf Sie noch einmal darauf hinweisen, welchen Tagesordnungspunkt wir behandeln. Kommen Sie bitte zur Sache.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Abg. Emil Sänze AfD: Ich komme jetzt zur Sache. Abschließend – –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Versprochen?)

– Wenn Sie zuhören könnten. Ich bin es eigentlich nicht gewohnt, dass man immer so wild durcheinander redet.

(Unruhe)

Das halte ich aber auch aus.

Final muss ich sagen: Wir, die Fraktion der AfD, bieten unsere Zusammenarbeit an.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Unsere Möglichkeiten sind beträchtlich; denn wir repräsentieren den Querschnitt der Bevölkerung.

(Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Gott sei Dank nicht!
Gott sei Dank nicht!)

Herr Professor Dr. Meuthen hat es schon gesagt. Das ist schon so.

(Unruhe – Zuruf von den Grünen: Gilt das auch innerhalb Ihrer Fraktion? – Zurufe – Gegenruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Wann werden Sie sich eigentlich einmal benehmen? Das ist doch unerträglich!)

– Das gilt auch innerhalb unserer Fraktion. Denn wir haben uns aufgestellt, und wenn Probleme zu lösen sind, dann lösen wir sie auch. So viel hierzu. Manche lösen sie nicht, sondern sitzen sie einfach aus. Oder sie schicken sie temporär in die USA, damit sie wieder zurückkommen. Aber was soll es?

Ich biete Ihnen unsere Zusammenarbeit an. Wir reichen Ihnen die Hand. In den einzelnen Fachausschüssen – da ist es wichtig – sind die Kompetenzen zusammenzutragen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Welche Kompetenzen? – Gegenruf von der AfD: Dass Sie das nicht wissen, ist ja kein Wunder!)

Wenn Sie die ausschlagen, ist das Ihre Entscheidung.

Damit will ich es bewenden lassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nach dem mehrheitlich angenommenen Geschäftsordnungsantrag des Kollegen Sckerl auf Beendigung des Tagesordnungspunkts nach den Ausführungen des Kollegen Sänze ist Tagesordnungspunkt 1 hiermit erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der AfD, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Einsetzung einer Geschäftsordnungskommission – Drucksache 16/57

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat festgelegt, dazu keine Aussprache zu führen.

Wir kommen daher gleich zur Abstimmung über den interfraktionellen Antrag Drucksache 16/57. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen und Tagesordnungspunkt 2 beendet.

Somit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, 9. Juni 2016, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 14:59 Uhr